

11 mai 2023 (FAZ)

[Dänemark löst mit radikalen Maßnahmen Problemviertel auf \(faz.net\)](https://www.faz.net)

ABRISS UND UMSIEDLUNG:

## Das Ende dänischer „Ghettos“

VON [JULIAN STAIB](#)

-AKTUALISIERT AM 11.05.2023-09:18



Radikale Schritte in Dänemark: Das Viertel Gellerup in Aarhus ist von Migration geprägt. Bild: Imago

In Deutschland wäre das undenkbar. In Dänemark löst der Staat mit radikalen Maßnahmen Problemviertel auf. Aber verschwinden mit den Vierteln auch die Probleme?

An den Balkonen flattern Protestbanner. „Nein zum Abriss“ steht auf einem. „Wir bewegen uns nicht“ auf einem anderen. Die großen Blocks in Gellerup, einem Wohngebiet im Westen der dänischen Stadt Aarhus, sollen in Kürze abgerissen werden. Nur noch maximal 40 Prozent der Sozialwohnungen dürfen bleiben. Stattdessen sollen privat finanzierte Wohnungen entstehen und andere Leute ins Viertel ziehen. Solche mit höherem Einkommen, besserer Bildung und ohne Migrationshintergrund.

In Gellerup ist der Anteil der arbeitenden Bevölkerung gering, ebenso die Bildungsquote, dafür ist der Anteil von Migranten hoch, ebenso die Kriminalitätsrate. Bis 2030 soll es in [Dänemark](#) keine Orte wie Gellerup mehr geben. Dafür versucht sich das Land an einem riesigen sozialen Experiment, von dem niemand sagen kann, wie es ausgehen wird. „Ein Dänemark ohne Parallelgesellschaften“, lautet die Strategie. 2018 wurde sie vom Parlament verabschiedet. Dazu wurden „Ghetto“-Listen veröffentlicht, die problematische Stadtviertel je nach Härtegrad aufführen. Als Ghetto klassifiziert wurden Gegenden, die so wie Gellerup mehr als 1000 Einwohner haben und mindestens drei der vier Kriterien erfüllen: mindestens 40 Prozent der Bewohner weder in Arbeit noch in Ausbildung, mindestens 50 Prozent „nichtwestliche“ Migranten, hohe Kriminalitätsrate, geringe Schulausbildung. Mittlerweile wurde der Begriff „Ghetto“ gestrichen, stattdessen ist von „Transformationsgebieten“ die Rede.

Solche Viertel gibt es auch in Deutschland. Es sind Gegenden, in die Leute, die in den besseren Stadtteilen leben, nie ihre Kinder zur Schule schicken würden. Manchmal wird in Deutschland erschrocken über diese Viertel diskutiert. Etwa nach Silvester, als Feuerwehrleute mit Böllern beschossen wurden. Doch getan wird wenig.

### Der Staat lässt abreißen

In Dänemark hingegen lässt der Staat in Brennpunktvierteln Häuser abreißen, Menschen umsiedeln, zwangsintegrieren, zudem gelten dort verschärfte Strafen. Zusätzlich wird viel Geld investiert, etwa für die Renovierung städtischer Wohnungen, für neue Parks, Vorzeigeschulen und Bibliotheken.

In Gellerup hat sich auf den ersten Blick in den letzten Jahren vieles zum Positiven gewandelt. Die neue, helle Bibliothek ist gut besucht. Nebenan kicken Jugendliche auf dem großen neuen Sportplatz. Daneben

befinden sich das neue Kletterzentrum und der große neue Park. „Hier ist so viel Gutes geschehen“, sagt Karen Huus. Sie arbeitet seit zwölf Jahren als Priesterin in der [Kirche](#) Gellerups und läuft die neue begrünte Straße hinab, hin zu dem heruntergekommenen Betonbau, in dem einmal in Zusammenarbeit mit der örtlichen Moschee ein „Haus des Dialogs“ eröffnet werden soll. Auch von den Plänen für die neue reformorientierte Schule, die entstehen soll, schwärmt Huus. Es sei eine gute Idee, das Viertel stärker zu durchmischen, sagt sie. Die Umbrüche könnten gut für alle sein. Aber natürlich zahlten jene einen hohen Preis, die nun gehen müssten.

Gellerup war Ende der Sechzigerjahre das größte Wohnungsbauprojekt Dänemarks. Geplant war ein Paradies für die Arbeiterschaft: grün, mit Zentralheizungen und großen Wohnungen, der Blick über die Stadt aufs Meer. Helle Hansen zog 1973 mit ihrer Mutter her, da war sie acht Jahre alt, seitdem hat sie fast durchgehend in Gellerup gewohnt. Sie schildert ihre Kindheit als Idyll, ohne große Probleme, bis vielleicht auf zu laute Mopedfahrer. Damals lebten viele Arbeiter in Gellerup, doch die kauften sich dann rasch eigene Häuschen. Nach ihnen folgten Menschen mit Wurzeln im Ausland, aus der Türkei, später kamen Palästinenser, danach Menschen aus Afrika, vom Balkan, aus Osteuropa. „In Gellerup konnte man immer sehen, was in der Welt los war“, sagt Hansen. Mit der Zeit aber rutschte das Viertel ab. Jene, die konnten, zogen weg. Jene, die blieben, hatten oft keine gute Ausbildung, keine Jobs, sprachen kaum Dänisch. Viele im Viertel sind überdies krank. Viele litten unter posttraumatischen Belastungsstörungen, sagt die Pfarrerin Huus. Sie nennt das Viertel das „größte Traumakrankenhaus Dänemarks“.



„Wir gehen nicht“ Plakat auf einem Balkon in Gellerup :Bild: Julian Staib

„Gellerup wurde als Wohlfahrtsutopie geplant. Aber es hat einfach nicht funktioniert“, sagt Sophie Mørkholt Rasmussen dazu. Sie ist Mitarbeiterin der Stadt im Bereich Integration und Stadtentwicklung und zuständig für die Umwandlung des Viertels. Aus ihrer Sicht gab es dort von Anfang an viele Probleme. Ende der Neunziger- und Anfang der Nullerjahre wurde Gellerup überdies bekannt für Überfälle und Schießereien. „Es war klar, dass etwas getan werden muss“, sagt Mørkholt Rasmussen.

Die Kommune erarbeitete daher von 2010 an einen Plan, das war lange bevor die dänische Regierung die Abschaffung der „Ghettos“ plante. Die Anwohner Gellerups beteiligten sich und stimmten dafür. Beschlossen wurde, fünf Blocks abzureißen, das Viertel aufzuwerten, Straßen neu zu bauen, neue Funktionen hineinzubringen. Das Viertel verlassen musste niemand, der nicht wollte, es gab schließlich viel Leerstand. Aber dann kam 2018 die „Ghetto“-Gesetzgebung dazu. Nun muss auch in Gellerup der Anteil der staatlich geförderten Wohnungen auf 40 Prozent sinken. Sieben weitere Wohnblocks mit insgesamt rund 400 Wohnungen müssen abgerissen werden. „Wir versuchen das, möglichst ohne all zu viel kaputtzumachen“, sagt Mørkholt Rasmussen. So sinke etwa der Anteil der Sozialwohnungen, wenn man mehr private Wohnungen im Viertel baue. Auch helfe die Gemeinde bei Umzugskosten sowie bei der Suche nach Schul- und Kindergartenplätzen.

„Ich weiß nicht wohin“, sagt Kadisja

Trotzdem gibt es viel Unmut. Spricht man mit Anwohnern, hört man viele wütende Geschichten. Kadisja etwa, eine Palästinenserin mit libanesischen Wurzeln, erhielt kürzlich einen Brief, in dem sie und ihre Familie aufgefordert wurde, bis November die Wohnung zu verlassen, in der sie seit 21 Jahren lebt. „Ich weiß nicht wohin“, sagt sie, „es ist mein Zuhause. Hier fühle ich mich sicher.“ Sie lebt dort mit einem Kind und ihrem Mann. Der ist Maler mit eigenem Betrieb. Alle in der Familie haben einen dänischen Pass, und Kadisja sagt, sie spreche besser Dänisch als Arabisch. Aber sie sind Einwanderer, also zählen sie zur Quote, die Gellerup zum „Konversionsgebiet“ macht. Kadisja sagt, der Staat handele „rassistisch“. Sie will gegen die Entscheidung klagen. Auch andere in den betroffenen Gebieten tun das.

Aus Sicht der Kritiker ist das Kriterium der Herkunft diskriminierend. Hinzu kommt: In den Problemvierteln siedelt der dänische Staat nicht nur Menschen um und regelt, wer hineindarf. Dort gelten auch andere Gesetze. So kann etwa ein Mietverhältnis gekündigt werden bei schweren Straftaten, unabhängig davon, wer im Haushalt sie beging. Es gibt eine Kindergartenpflicht und verpflichtende Sprachtests für Kinder. Bei fehlender Kooperation können Gelder gekürzt werden.

Das ansonsten so egalitäre Dänemark verfolgt seit Langem quer über alle Parteigrenzen hinweg einen gegen Migration gerichteten Kurs. Derzeit verlieren im Land viele syrische Flüchtlinge ihren Schutzstatus, wenn sie aus Gebieten Syriens kommen, die Dänemark als sicher eingestuft hat. Bis 2030 sollen möglichst gar keine Flüchtlinge mehr einreisen. Bis dann sollen auch alle Viertel wie Gellerup aufgelöst sein.

Welche Folgen das haben wird, ist unklar, doch Forscher warnen. Die Interventionen des Staates könnten sich negativ auswirken, sagt Rebecka Söderberg, die an der Universität Malmö am Beispiel des Brennpunktviertels Mjølnerparken in Kopenhagen forscht. Das ist viel kleiner als Gellerup und wurde auch als „Konversionsgebiet“ eingestuft. Hier werden Wohnblöcke an einen privaten Investor verkauft, Menschen müssen wegziehen. Die ungewisse Zukunft führe zu großer Unsicherheit, sagt Söderberg. Die Menschen würden durch die Statistiken stigmatisiert, als „nichtwestlich“ abgestempelt und fühlten ihr Zugehörigkeitsgefühl infrage gestellt. „Die Leute fühlen sich, als würde auf sie getreten.“

Durch die Maßnahmen sei Gellerup aufgewertet worden, sagt Jonas Strandholdt Bach. Doch habe die Politik viele Menschen extrem verunsichert. Strandholdt Bach ist Anthropologe und arbeitet an der Universität Aarhus. Für seine Forschungen hat er Interviews mit Anwohnern geführt. Nachdem die Menschen erst an der Neugestaltung ihres Viertels beteiligt worden waren, dann aber von 2018 an alles anders kam, hätten viele das Gefühl, nicht Teil des Entscheidungsprozesses zu sein, sagt er. Ausgerechnet einige „ethnische Dänen“, die die Regierung doch eigentlich ins Viertel holen wolle, seien nach 2018 weggezogen, als sie gemerkt hätten, dass sie die Entscheidungen nicht beeinflussen könnten. „Die Menschen hatten das Gefühl, die Politik spricht von Bürgerbeteiligung – und macht dann, was sie will.“

## Was sind eigentlich Dänen?

Knapp 80 Prozent der rund 4700 Einwohner Gellerups wurden im Ausland geboren oder haben mindestens ein Elternteil, auf den das zutrifft. Nach Angaben der Stadt besteht die größte Gruppe aus Palästinensern, danach folgen Somalis. Die drittgrößte Gruppe sind „ethnische Dänen“. Mørkholt Rasmussen von der Stadt Aarhus lacht über den Begriff. Sie macht keinen Hehl daraus, dass sie die Politik der Regierung kritisch sieht. Denn was seien eigentlich „ethnische Dänen“? Ihre eigene Familie etwa sei einst aus Süddeutschland gekommen. Sie selbst habe lange in Großbritannien gelebt. Viele der Menschen, die in Gellerup lebten, seien „dänischer“ als sie selbst, sagt sie.

Das Problem sieht sie vielmehr darin, dass es im Viertel Generationen von Menschen gebe, die nie einen Job gehabt hätten. „Es gibt keinen Zweifel, dass wir etwas tun müssen.“ Aber hilft es, die Menschen einfach umzusiedeln, verlagert man damit nicht die Probleme? „Das wird die Zeit zeigen. Was Dänemark gerade tut, hat noch niemand davor getan. Wir wissen nicht, ob es funktioniert“, sagt Mørkholt Rasmussen dazu.

Auch Strandholdt Bach von der Aarhus-Universität sagt: „Wir wissen nicht, ob der Plan funktioniert.“ Zwar dürften sich wohl die Statistiken der betroffenen Viertel verbessern, etwa was Kriminalität, Einkommen und Bildung angeht. Dadurch könnte die Regierung wohl irgendwann sagen, dass es keine „Ghettos“ mehr in Dänemark gebe. Aber die individuellen Probleme der marginalisierten Menschen würden damit kaum gelöst, sondern nur statistisch „verdünnt“, sagt Strandholdt Bach. Die Menschen lebten dann andernorts, hätten ihre Netzwerke und den Glauben an die dänischen Institutionen verloren. Studien aus Großbritannien zeigten, dass nach derlei erzwungener Durchmischung zwar Menschen unterschiedlichster Herkunft an einem Ort lebten, ansonsten aber getrennte Wege gingen.

11 mai 2023 (NZZ)

[Israels: Seit 1948 könnte es einen palästinensischen Staat geben \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

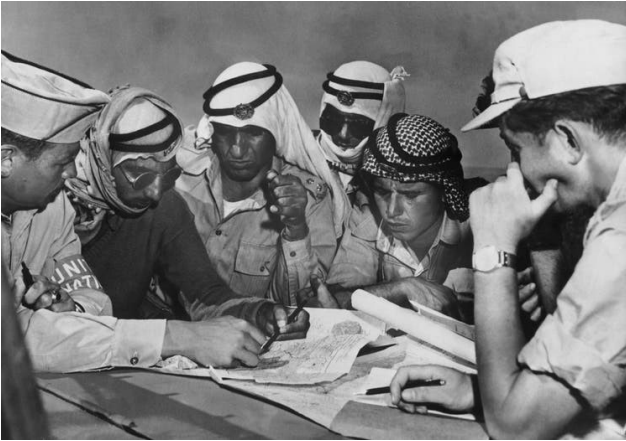
GASTKOMMENTAR

Vielen ist über die Gründungsjahre Israels kaum etwas bekannt. Dazu gehört, dass es seit 75 Jahren einen palästinensischen Staat geben könnte

Der Teilungsplan der Vereinten Nationen sah Zweistaatlichkeit vor. Doch während die jüdische Gemeinschaft im Mandatsgebiet schweren Herzens zustimmte, lehnten die arabischen Führungen ab.

Stephan Grigat

11.05.2023, 05.30 Uhr



20. August 1948: Ein Repräsentant der Vereinten Nationen (ganz links), vier der arabischen Liga (Mitte) und ein Offizier der neu gegründeten israelischen Armee beugen sich bei Waffenstillstandsgesprächen über eine Karte des Heiligen Landes.

Gamma-Keystone / Getty

Im Mai 1948 wurde in Tel Aviv die Gründung des israelischen Staates verkündet. Das war 51 Jahre nach dem ersten Zionistischen Kongress, den Theodor Herzl 1897 als Reaktion auf den europäischen Antisemitismus in Basel organisiert hatte, drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und sechs Monate nach dem Uno-Teilungsplan, der eine Teilung des damals noch von Grossbritannien verwalteten Mandatsgebiets Palästina vorsah.

Israel ist seit seiner Gründung, die sowohl von den USA als auch der Sowjetunion unterstützt wurde, nicht nur mit Vernichtungsdrohungen konfrontiert. Es kam zu handfesten Vernichtungsversuchen. Der erste begann unmittelbar nach der Ausrufung des Staates.

## Das arabische Nein zur Teilung

Dem vorausgegangen war ein Bürgerkrieg im Mandatsgebiet, der nach Verkündung des Teilungsplans von arabischer Seite losgetreten worden war. Das Vorhaben der Vereinten Nationen sah auf 56 Prozent des nach der Abspaltung Jordaniens vom Mandatsgebiet Palästina verbliebenen Territoriums einen jüdischen, auf 43 Prozent einen arabischen Staat vor. Jerusalem sollte als «internationale Zone» verwaltet werden.

Der Plan wurde vom Jishuw, der prästaatlichen jüdischen Gemeinschaft im Mandatsgebiet, schweren Herzens akzeptiert. Von arabischer Seite gab es ein eindeutiges Nein, das die Politik der arabischen Staaten die nächsten Jahrzehnte prägen sollte. Hätten die arabischen Führungen den Teilungsplan befürwortet, gäbe es bereits seit 75 Jahren einen palästinensischen Staat an der Seite Israels.

Im Bürgerkrieg vor dem Unabhängigkeitskrieg kämpften die paramilitärische Hagana und weitere jüdische Milizen wie der rechtsgerichtete Irgun gegen Verbände der arabischen Bevölkerung. Unmittelbar nach der Ausrufung des israelischen Staates kam es zur Invasion der Armeen Ägyptens, Syriens, Transjordaniens, des Iraks und Libanons, die mit den palästinensischen Kämpfern kooperierten.

## Die Mandatsmacht stellt sich quer

Wäre die Gründung Israels früher gelungen, hätte sie vermutlich Hunderttausenden europäischen Juden das Leben retten können. Dass sie nicht früher erfolgte, lag massgeblich an der Bekämpfung des Zionismus durch Teile der arabischen Bevölkerung und an den Pogromen der 1920er und 1930er Jahre im Mandatsgebiet, die regelmässig von Parolen wie «Schlachtet die Juden» begleitet wurden.

Die Ausschreitungen, denen Hunderte Juden – und noch mehr moderate Araber – zum Opfer fielen, bewogen die britische Mandatsmacht nicht etwa zu einem konsequenten Vorgehen gegen den antisemitischen Terror. Sie führten zu einer restriktiven Einwanderungspolitik gegenüber den europäischen Juden und liessen Grossbritannien eine frühere Gründung des jüdischen Staates zurückweisen.

Im Unabhängigkeitskrieg führten die offen formulierten Vernichtungsdrohungen der arabischen Führer zu einer hohen Motivation der jüdischen Kämpfer. Viele von diesen waren gerade erst der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie entkommen. Nun sahen sie die einmalige historische Chance für die Etablierung einer jüdischen Souveränität.



Kämpfer des Kibbuz Yad Mordechai im Jahr 1948.

Universal / Getty

## Shoah-Überlebende gegen Mufti

Ein beeindruckendes Beispiel dafür lieferte eine Gruppe von Shoah-Überlebenden, die im Kibbuz Yad Mordechai, der nach dem Anführer des Aufstands im Warschauer Ghetto benannt ist, ein angreifendes ägyptisches Bataillon tagelang zurückhielt. Den jüdischen Kämpfern war bewusst, dass die palästinensischen Araber unter der Führung des Mufti Amin el-Husseini standen – eines wüsten

Antisemiten, der 1941 in Berlin residiert, dort die Spitzen des Nationalsozialismus getroffen hatte und in die antisemitische Vernichtungspolitik involviert gewesen war. El-Husseini beteiligte sich an der Nazi-Propaganda für die Region des Nahen Ostens und an der Aufstellung muslimischer SS-Divisionen.

Der Mufti konnte sich einer Strafverfolgung durch die Alliierten entziehen, indem ihm nach dem Zweiten Weltkrieg die Flucht aus Deutschland nach Kairo gelang. Dort schaffte er es wie schon in den 1930er Jahren, seine innerpalästinensischen Widersacher auszuschalten und die Leitung des Hohen Arabischen Komitees zu übernehmen. Dieses war schon in der Mandatszeit ein zentrales Organ der arabischen Nationalbewegung.

Auch wenn der Mufti während des israelischen Unabhängigkeitskrieges militärisch wenig Einfluss auf das Geschehen hatte, war es für das Bewusstsein der israelischen Soldaten von entscheidender Bedeutung, dass sie gegen einen Verbündeten der Nazis kämpften, der als eine Führungsfigur der arabischen Nationalbewegung schon bei den antijüdischen Pogromen der 1920er und 1930er Jahre eine wichtige Rolle gespielt hatte.



Mohammed Amin al-Husseini in einer Aufnahme von 1936.

Universal / Getty

## Konsequenzen einer Niederlage

1948 wussten die Kämpfer der jüdischen Verbände, dass eine Niederlage drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wohl die Vernichtung des Jishuw bedeuten würde. Achmet Shukeiry, einer der Gehilfen des Mufti und Vorgänger Jassir Arafats als Führer der PLO, nannte als Ziel der Invasion «die Vernichtung des jüdischen Staates». Abdel Rahman Azzam, der Generalsekretär der Arabischen Liga, verkündete hinsichtlich des bevorstehenden Überfalls auf den neugegründeten jüdischen Staat: «Dies wird ein Krieg der Vernichtung sein und ein enormes Massaker.»

Dass diese Vernichtungsphantasien nicht in die Tat umgesetzt werden konnten, lag unter anderem an der Uneinigkeit der arabischen Staaten, die sich in einer fehlenden militärischen Koordination niederschlug. Zudem waren auf arabischer Seite keineswegs alle von der antijüdischen Agitation ihrer

Führer überzeugt: Von irakischen Soldaten gibt es Berichte, dass ihnen schwer zu vermitteln gewesen sei, warum sie Hunderte Kilometer fern der eigenen Heimat in einen Krieg ziehen sollten.

## Zweierlei Vertreibungen

Israel konnte die erste Phase des Krieges nach der Staatsgründung für sich entscheiden, hatte aber aufgrund der schlechten Bewaffnung viele Opfer zu beklagen. Eine Woche nach dem Überfall der arabischen Armeen forderte der Uno-Sicherheitsrat einen Waffenstillstand – zu dem David Ben-Gurion, der erste Premierminister Israels, Zustimmung signalisierte, während die arabischen Staaten zunächst ablehnten.

Erst nachdem sie realisiert hatten, dass ihre Armeen nicht den erwarteten schnellen Sieg über den jüdischen Staat erringen konnten, willigten sie ein. Die israelische Armee, in welche die Hagana und ihre Eliteeinheit Palmach transformiert worden waren, wusste den Waffenstillstand deutlich besser für sich zu nutzen. Nach heftigen Auseinandersetzungen, die den Konflikt zwischen linken und rechten Kräften in Israel bis heute prägen, wurde auch der Irgun in die Armee integriert.

Der Krieg endete 1949 mit einem klaren Sieg Israels, das nun etwa 77 Prozent des im Uno-Teilungsplan definierten Territoriums kontrollierte, und mit einer demütigenden Niederlage für die arabische Seite. Auf israelischer Seite starben etwa 6000 Menschen, viele von ihnen Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtungslager. Doppelt so viele wurden verwundet. Die Opferzahlen auf arabischer Seite dürften ähnlich, vermutlich etwas höher gewesen sein. Jordanien besetzte und annektierte Cisjordanien und Ägypten unter König Farouk den Gaza-Streifen.



Israelische Truppen hissen am 10. März 1949 die Flagge in Eilat am Roten Meer. Micha Perry/ GPO / Getty

Im Verlauf der Kriegshandlungen sind etwa 750 000 Palästinenser geflohen oder vertrieben worden. Auch wenn Teile der zionistischen Bewegung sich früh für eine Trennung zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung ausgesprochen hatten und insbesondere die rechtsgerichteten Milizen auch eine entsprechende Politik verfolgten, waren Flucht und Vertreibungen nicht das Ergebnis einer von



der zionistischen Führung lange geplanten Strategie. Sie waren Resultat eines kriegerischen Konflikts, der durch die arabische Seite nach ihrer Ablehnung des Uno-Teilungsplans begonnen worden war.

Die genauen Zahlen und Abläufe sind Gegenstand von anhaltenden geschichtswissenschaftlichen Kontroversen. Nahezu in Vergessenheit geraten ist hingegen, dass auch 850 000 Juden zu Flüchtlingen aus den arabischen Ländern wurden. Im Gegensatz zu den Palästinensern war ihre Vertreibung nahezu total und stand nicht im Zusammenhang mit einem Kriegsgeschehen vor Ort.

## Heutige Herausforderungen

Seit der Staatsgründung bleibt der israelischen Gesellschaft nichts anderes übrig, als eine permanente Diskussion darüber zu führen, welches Ausmass an Gewaltanwendung als legitim angesehen wird. Die arabischen Staaten änderten ihre Position nach der Niederlage von 1948 drei Jahrzehnte lang nicht.

Erst nach weiteren verheerenden Kriegen kam es 1979 mit Ägypten zum ersten Friedensschluss eines arabischen Landes mit Israel. 1994 folgte Jordanien, und erst 2020 haben weitere arabische Länder ihre Beziehungen mit dem jüdischen Staat normalisiert, der gegenwärtig mit einer der schwersten innenpolitischen Krisen seiner 75-jährigen Geschichte konfrontiert ist.

Die Vernichtungsdrohungen gegen Israel kommen schon seit Jahrzehnten nicht mehr von den arabischen Führungen, sondern vom Regime in Iran und von seinen Verbündeten. Darauf adäquat zu reagieren, bleibt neben der Aufrechterhaltung einer jüdisch-demokratischen Staatlichkeit die zentrale Herausforderung.

Der leitende Gedanke des Zionismus bleibt schon allein angesichts der Persistenz des Antisemitismus aktuell. Wie eine zionistische Staatlichkeit als Schutz für alle vom Antisemitismus Bedrohten im Einzelnen auszugestalten ist, wird in Israel auch in den kommenden Jahrzehnten Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen sein – ganz so, wie sie auch schon die frühe zionistische Bewegung zu Zeiten Theodor Herzls geprägt haben.

Stephan Grigat ist Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen und Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien in Aachen.

11 mai 2023 (NZZ)

[Studie zur Gleichstellung von Frauen: nicht alle wollen Karriere \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

INTERVIEW

## Soziologieprofessorin Katja Rost: «So wie eine Frau auch ohne Kinder glücklich sein kann, kann sie auch ohne Karriere glücklich sein»

Die meisten Studentinnen wollten lieber einen reichen Mann als selbst Karriere machen, berichteten die Tamedia-Zeitungen am Wochenende. Ist die Gleichstellung also gescheitert, weil die Frauen keine Karriere wollen? Studienautorin Katja Rost hält die Diskussion für ideologisch aufgeladen.

Christin Severin

11.05.2023, 05.30 Uhr



Soziologieprofessorin Katja Rost: «Wir müssen Vorstellungen davon entwickeln, wie eine Gleichstellungspolitik aussieht, die die unterschiedlichen Wünsche berücksichtigt.» PD

Frau Rost, Sie haben zusammen mit Ihrer Kollegin Margit Osterloh eine Studie zum Geschlechterverhalten, zu Rollenbildern und Karrierewünschen der Studierenden gemacht. Die Tamedia-Zeitungen berichteten davon unter dem Titel: «Die meisten Studentinnen wollen lieber einen erfolgreichen Mann als selbst Karriere machen.» Das hat ein riesiges Echo ausgelöst. Sind Sie überrascht?

In der Massivität, ja. Davon wurde ich überrollt und auch davon, wie extrem die Reaktionen sind. Es ist eine ideologisch aufgeladene Diskussion, in der sich die Fronten zuspitzen. Aber natürlich stehe ich zu unseren Resultaten. Diese sind eigentlich auch nicht überraschend, sondern entsprechen vielen aktuellen Untersuchungen zu diesem Thema.

Sind Studentinnen tatsächlich verhinderte Prinzessinnen und wünschen sich einen reichen und älteren Mann?

Nein. Das ist zu pauschal. Das sagen wir in keiner Weise. Dass alle Frauen reiche Männer heiraten und nicht selbst Karriere machen wollen, stimmt ganz sicher nicht. Aber wir zeigen: Es gibt systematische Unterschiede zwischen den Wünschen und Vorstellungen der Männer und denen der Frauen.

**Wieviel wollen Sie bei der Familiengründung arbeiten?**

Wünschen sich die Frauen einen Mann, der die klassische Ernährer-Rolle übernimmt, damit sie selbst nicht arbeiten müssen?

Viele Frauen haben ein recht egalitäres Rollenbild. Sie wollen arbeiten, aber vor allem mit kleinen Kindern einfach nicht immer Vollzeit. Die wenigsten Frauen wünschen sich einen Vollzeitmann. Gerade Frauen in «Frauenstudiengängen» (Studiengänge mit 70 Prozent oder mehr Frauenanteil zu Beginn des Studiums, Anm. d. Red.) wünschen sich, dass auch ihr Partner Teilzeit arbeitet. Bei ihnen ist dieser Wunsch sogar noch ausgeprägter als bei Studierenden in sogenannten Männerstudiengängen. Letztere können sich eher Vollzeit-Karrieren beider Partner vorstellen.

Die Frage ist aber: Wo findet der Heiratsmarkt statt? Frauen aus Frauenstudiengängen heiraten oft Männer aus Männerstudiengängen. In der Kombination verstärken sich häufig die traditionellen Rollen, bei der die Männer stärker auf eine Karriere fokussieren und die Frauen beruflich zurückstecken.

## **Wieviel soll Ihr Partner bei der Familiengründung arbeiten?**

Was ändert sich mit Kindern?

Denken Sie an die Mutterschaftsstrafe. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist fast verschwunden – bis zu dem Moment, wo junge Menschen Eltern werden. Dann kommt es häufig zu einer Re-Traditionalisierung der Paare, sogar bei denen, die vor der Elternschaft sehr egalitär waren. [Das habe ich bereits in einer Studie für Ihre Zeitung vor sieben Jahren dargestellt.](#) In Ihrer Studie ging es eigentlich um die sogenannte Leaky-Pipeline, das Phänomen, dass Frauen zwar in vielen Studienfächern gut vertreten sind, ihr Anteil jedoch mit jeder Karrierestufe sinkt, es also immer weniger Doktorandinnen, Assistenzprofessorinnen und Professorinnen gibt . . .

Ja. Bei den Professuren gibt es trotz Gleichstellungsmassnahmen eine Decke bei 25 Prozent. Unser Auftrag war, herauszufinden, warum so viele Frauen auf dem Weg zu einer akademischen Karriere aus dem System fallen. Dazu haben wir über die letzten zwei Jahre sehr viele Daten aus den Universitätsstatistiken der letzten 10–15 Jahre zusammengetragen und ausgewertet und am Ende auch noch 10 000 Studierende befragt.

Was kam bei der Studie heraus?

Wir haben festgestellt, dass in «Frauenstudiengängen» viele Frauen auf dem Weg nach oben aus dem System herausröpfeln. Im Maschinenbau oder in der Physik hingegen gehen die Frauen viel weniger verloren. Der Anteil der Professorinnen ist vergleichbar mit dem Frauenanteil bei den Bachelor-Abschlüssen. Dieses systematische Muster hat unserer Hypothese komplett widersprochen.

Was war Ihre Hypothese?

Wir gingen davon aus, dass Frauen dort geringere Aufstiegschancen haben, wo ihr Anteil gering ist, weil sie als Minderheit ausgeschlossen werden. Unsere Daten zeigen aber, dass das Gegenteil der Fall ist.

Wir untersuchten dann die Status-Gruppen-These. Diese besagt, dass Männer einen beruflich höheren Status haben und darum in sogenannten Frauenberufen oder -fächern besonders schnell Karriere machen. Quasi der Krankenpfleger oder der Sozialpädagoge, der Gruppenchef wird. Dafür haben wir aber keine Evidenz gefunden.

In den Medien wurden nur die Ergebnisse Ihrer Studie besprochen. Oft hängt das Ergebnis einer Antwort von der Art der Frage ab. Was haben Sie genau gefragt? Ob die Studierenden lieber einen reichen Partner wollen als einen armen? Ob sie auch mit Kindern jederzeit karrieremässig Vollgas geben wollen?

Wir haben nach sehr vielen Dingen gefragt, unter anderem nach dem Kinderwunsch, der gewünschten Kinderzahl und dem gewünschten Zeitpunkt der Familiengründung. Danach, wie viel man selber arbeiten will und wie die Arbeitsbelastung des Partners aussehen soll. Zudem, aus welchen Elternhäusern die Studierenden kommen, nach Vermögen, Einkommen und ob die Väter und Mütter erwerbstätig waren.

Hat Sie das Ergebnis der Studie geärgert?

Nein, es hat mich nicht geärgert. Ich war aber verwundert, wie hartnäckig und tief verankert die Rollenbilder nach wie vor sind, und ich habe mich gefragt, wie es sein kann, dass die Gesellschaft so viel von dem, was erreicht wurde, über den Haufen wirft und die Rückwärtsrolle macht. Und es hat uns angeregt, unsere eigene Meinung zu diesem Phänomen zu reflektieren.

Wie meinen Sie das?

Wir waren davon ausgegangen, dass Frauen und Männer das Gleiche wollen und die gleichen Ziele haben. In der Forschung sehen wir das aber nicht. Nur weil ich Karriere gemacht habe, müssen das nicht alle Frauen wollen.

Sie selbst haben es in dem «Frauenfach» Soziologie durch die «Leaky Pipeline» geschafft und sind Professorin geworden.

Ja. Aber man muss fairerweise sagen, dass ich zum Zeitpunkt meiner Berufung kinderlos war. Ich habe grenzenlose Bewunderung für die Frauen in meinem Umfeld, denen dies mit einem oder in einem Fall sogar mit sechs Kindern geglückt ist. Aber: Mein (spätes) Kind macht mich extrem glücklich – insofern funktioniere ich nicht anders als viele andere Frauen. Deswegen sage ich allen jungen Wissenschaftlerinnen, dass sie nicht auf Kinder verzichten müssen. Es muss beides gehen: Karriere und Kinder.

Und trotzdem versuche ich, die Wünsche und Vorstellungen anderer Frauen nicht ideologisch zu bewerten. Es gibt keine falsche Meinung und kein falsches Lebensmodell. So wie eine Frau auch ohne Kinder glücklich sein kann, kann sie auch ohne Karriere glücklich sein. Das gilt übrigens auch für Männer. Wenn es Unterschiede – auch systematische – gibt, ist es wichtig, das als Ergebnis zu akzeptieren, und zwar ohne ideologische Brille.

Ihre Forschung spiegelt eigentlich eine breite und bunte Gesellschaft, in der verschiedene Menschen verschiedene Lebensentwürfe haben.

Genau. Es gibt Frauen, die Karriere machen wollen, und es gibt Frauen, die das eben nicht wollen. Genauso wenig, wie alle Männer Karriere machen wollen. Ohnehin hat bei der jüngeren Generation die Karriereorientierung insgesamt abgenommen, unabhängig vom Geschlecht.

Ist das schlimm?

Die Frage ist, wie wir als Gesellschaft damit umgehen. Müssen wir die Frauen ändern und die Männer? Müssen alle gleich sein? Hier muss meiner Meinung nach eine breitere gesellschaftliche Diskussion stattfinden. Das gilt beispielsweise auch für die Frage nach der Studienfach- und Berufswahl. Ist es schlimm, dass Frauen andere Fächer und Berufe bevorzugen als Männer? Und wenn ja, was wollen und können wir als Gesellschaft tun, und zwar ohne Zwang auszuüben?

Ich persönlich bin beispielsweise mit meiner Fachwahl sehr zufrieden, auch wenn es sich um ein schlechter bezahltes Frauenfach handelt. Ich möchte kein anderes Fach studiert haben, obwohl ich in Mathematik und Physik in der Spezialförderung war. Aber natürlich kann man auch versuchen, die Präferenzen der Mädchen und Buben bereits früh zu verändern, damit diese nicht so stereotype Entscheidungen treffen. Aber das ist eine Mammutaufgabe, bei der wir neue Ideen brauchen.

Solange beispielsweise die Werbung immer geschlechtsspezifischer wird und Sie ein Kinderfahrrad nur noch als rosarote oder blaue Version kaufen können oder ein Shampoo für die Frau oder den Mann, tut sich die Gesellschaft auf diesem Weg keinen Gefallen.

Folgt aus Ihrer Forschung, dass Frauenförderung nichts nützt, weil viele Studentinnen ohnehin keine Karriere wollen?

Definitiv nein! Wir müssen Vorstellungen davon entwickeln, wie eine Gleichstellungspolitik aussieht, die die unterschiedlichen Wünsche berücksichtigt, und zwar ohne Schreckensszenarien, indem man beispielsweise Teilzeitkräften damit droht, dass sie ihre universitäre Ausbildung selbst bezahlen müssen.

Umgekehrt müssen wir nach kreativen Lösungen suchen für die Frauen, die beruflich ambitioniert sind. Die, die wollen, sollen auch können.

Viele Eltern wollen eine gewisse Zeit ihr Arbeitspensum reduzieren und danach wieder aufstocken. Diese Flexibilität ist aber oft nicht gegeben. Hier gibt es noch viele Barrieren in den Köpfen und den Organisationen.

Welche Rolle spielt die Aufteilung der Haus- und Familienarbeit?

Vielleicht muss man auch akzeptieren, dass Teilzeit-Karrieren in gewissen Berufen wie beispielsweise der Chirurgie tatsächlich nicht gut möglich sind. Vielleicht dauert es noch lange, bis dort ein hoher Frauenanteil erreicht ist, vielleicht kommt das auch nie. Dennoch sollten wir mehr über Teilzeit-Karriere-Modelle nachdenken, auch und gerade in der Medizin.

Je stärker die Frauen jedoch immer noch mehrheitlich für die Familie verantwortlich sind, desto schwieriger ist es. Es gibt einige vorbildliche Paare; häufig ist die Familienarbeit trotzdem noch nicht gleich verteilt. Insbesondere nach der Geburt des ersten Kindes. Aber auch kinderlose Frauen tragen oft einen Hauptteil der Haus- und Pflegearbeit in Familien.

Die ganze Diskussion um Frauen und Karriere wird sehr emotional geführt . . .

Der ideologische Eifer ärgert mich in diesen Diskussionen am meisten. Wenn man sagt, jede Frau will Karriere machen, und es stimmt nicht, führt dies mittelfristig zu einer Diskriminierung von Männern. Wir können zwar sagen, wir nehmen das in Kauf; die Ziele rechtfertigen die Mittel. Langfristig ist das aber schlecht für die Emanzipation. Dann hätten wir eine Rolle rückwärts gemacht. Und das wäre extrem schade.

Die verschiedenen Fronten im Feminismus spiegeln das wider. So gibt es auch die feministischen Hausfrauen, die sich dagegen wehren, als unemanzipiert eingeordnet zu werden.

Wir dürfen nicht auf eine sachliche Debatte verzichten, nur weil wir die Befürchtung haben, dass die Errungenschaften der Emanzipation kaputtgehen. Im Gegenteil: Diese Errungenschaften werden kaputtgehen, wenn man mit ideologischen Scheuklappen diskutiert.

## Konservativ? Eine Frage der Einstellung!

Das Ergebnis der Studie habe sie «schlichtweg umgehauen», hatte Wirtschaftsprofessorin Margit Osterloh kommentiert. Doch ist die Haltung der Studierenden so abgrundtief konservativ? Bei der Frage, welches Erwerbspansum sie für sich als wünschenswert ansehen, antworteten 43 Prozent der Studentinnen in klassischen Frauenfächern, dass sie bei der Familiengründung 60 Prozent arbeiten wollten, 19 Prozent votierten für Vollzeit. Bei den Studentinnen in klassischen Männerfächern liegt der Anteil derjenigen, die auch in der Phase der Familiengründung Vollzeit arbeiten wollen, bei 39 Prozent. Das mag man konservativ finden – oder auch einfach sehr verständlich. Eindrücklich ist hingegen, wie sehr sich die Männer eine Abkehr von der Vollzeitarbeit wünschen. Bei den Männern in klassischen Männerfächern streben gemäss der Umfrage lediglich 44 Prozent ein Vollzeitpensum an, 43 Prozent wollen 60 Prozent arbeiten. Damit sind sie gar nicht mehr weit von den Frauen entfernt.

11 mai 2023 (NYT)

[Opinion | Government Budget Deficits Can Pay for Themselves - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

OPINION

## Government Budget Deficits Can Pay for Themselves

May 10, 2023



Credit...Illustration by The New York Times; image by CSA Images/Getty Images

By [Peter Coy](#)

The conventional wisdom on government budget deficits is that they have to be paid for eventually: To repay the debts incurred because of today's deficits, some future government will have to either raise taxes or cut spending. You're hearing a lot of that talk in the fight over the debt ceiling.

But the eat-your-spinach argument isn't always correct. Olivier Blanchard, a former chief economist of the International Monetary Fund, [pointed out](#) in 2019 that a big debt will shrink as a share of gross domestic product over time if the interest rate the government has to pay on the debt is lower than the growth rate of the economy. The government could get away with running deficits in perpetuity, as long as they're not too big, he said.

Now some other economists have demonstrated a second mechanism by which a government could run deficits and never have to pay for them. Unlike Blanchard's mechanism, it doesn't depend on the relationship of interest rates to economic growth. Their research came out last month as a [working paper](#) released by the National Bureau of Economic Research. It's by George-Marios Angeletos of M.I.T.; Chen Lian of the University of California, Berkeley; and Christian Wolf of M.I.T.

"Can Deficits Finance Themselves?" is the paper's provocative title — evoking, to me anyway, the [Laffer Curve](#) theory that tax cuts can pay for themselves. The economists concluded that "deficits contribute to their own financing via two channels." First, they can accelerate economic growth, which generates more tax revenue. Second, they can cause inflation to rise, which shrinks the effective cost of debt. (Tax revenues rise with inflation, while interest payments are fixed.)

"A large degree of self-financing is not only theoretically possible but also quantitatively relevant," they wrote. The longer tax hikes are put off, the longer the deficit-fueled boom can run, the paper said.

I interviewed Angeletos and Wolf on Tuesday. They warned that their research shouldn't be understood as justifying any size of budget deficit, and they had no comment on the current fight over the debt ceiling and Republicans' proposed spending cuts.

“I wouldn’t dare present this paper in Greece, where I’m from, because I don’t want to give excuses for running bigger deficits” there, Angeletos said. He added in an email, “I would also hope that our work informs the ongoing policy debate in Europe (especially the German side) about how quick fiscal adjustment should be: Slow adjustments can be fiscally prudent.”

The Laffer Curve argument about taxes focuses on the supply side of the economy — that is, the people, machines, structures and software that produce goods and services. It says that if taxes are too high, people won’t want to work or invest in new equipment, so cutting taxes from that prohibitive level can produce more economic activity. The flaw in the Laffer Curve logic is that in reality, taxes are far below the point on the curve where cutting them would make tax receipts rise.

The Angeletos-Lian-Wolf argument, in contrast, focuses on the demand side of the economy. It requires two key assumptions, which seem reasonable to me. One is that consumers aren’t perfectly farsighted or can’t borrow cheaply. If they get a windfall from a tax cut, they will spend at least some of it, juicing growth, rather than save all of it to cover future tax bills when tax rates go back up. (The theory that people do save tax cut windfalls is called [Ricardian equivalence](#).) The other assumption is that prices and wages are sticky: They don’t go up right away when demand rises or down right away when demand falls. When prices and wages don’t go up right away, a bigger deficit translates into stronger growth.

Running bigger budget deficits is a no-brainer when there are lots of unemployed people and resources that can be put to work through the stimulus. It’s not so great when the unemployment rate is low (as it is now), because the stimulus will end up creating inflation rather than growth. True, the inflation will help the government self-finance by making its debt payments effectively smaller, but it will hurt the owners of the government’s debt, such as pension funds.

“This is not a free lunch in all conditions,” Angeletos said. “It’s a pretty cheap lunch in a recession.”

To economists, Wolf said, the trick in the paper is demonstrating how the self-financing works in an extremely simple model of the economy and then constructing a mental bridge to show that it also works in a more complicated model of the economy. “People get on board relatively quickly,” he said. “They see it’s a feature they hadn’t appreciated.”



11 mai 2023 (WSJ)

[China Seeks to Pry Europe Away From Washington - WSJ](#)

China Seeks to Pry Europe Away From Washington

## Beijing's new foreign minister uses first solo Europe trip to warn against decoupling between two economic giants

By [Laurence Norman](#) and [Austin Ramzy](#)

Updated May 10, 2023 4:24 pm ET



German Foreign Minister Annalena Baerbock with her Chinese counterpart, Qin Gang, after talks in Berlin. PHOTO: THOMAS TRUTSCHEL/ZUMA PRESS

BERLIN—China's foreign minister is crisscrossing Europe this week in a bid to peel the continent away from the [growing confrontation](#) between Beijing and Washington, warning that European interests would be harmed by toeing the U.S.'s approach.

A three-capital trip by Qin Gang, his first solo trip to the region since becoming China's foreign minister, comes at a pivotal moment for China's relationship with the bloc.

European leaders have been reluctant to join Washington's mounting confrontation with Beijing. Instead, they have emphasized diplomatic dialogue and trade while pushing back on Beijing's increasing assertiveness on the world stage. They are also trying to [persuade Beijing](#) to play a role in ending Russia's [war in Ukraine](#).

Yet China's more aggressive foreign policy, tighter scrutiny of foreign companies at home and political support for Russia have also caused a backlash in Europe.

There is a growing push in Brussels to arm European capitals with greater powers to reduce economic dependencies on Beijing, an approach European officials are calling "de-risking" from Beijing. Some in Washington have called for a decoupling of Western economies from China.

After a meeting with German Foreign Minister Annalena Baerbock in Berlin, Mr. Qin, previously Beijing's ambassador in Washington, said the real risks for Europe were being dragged into a Western confrontation with Beijing.

"If you 'de-China' in the name of 'de-risking,' you are also reducing opportunity, cooperation, stability and development," Mr. Qin said at a press conference on Tuesday.

Without naming the U.S. directly, he warned of "some countries waging a 'new Cold War,'" by imposing unilateral sanctions and exporting inflation and fiscal crises.

“These are the real risks that need to be taken seriously,” he said. “If this ‘new Cold War’ is fought, not only the interests of China will be harmed, but Europe’s interests will also be sacrificed.”



Chinese leader Xi Jinping, in a red tie, and French President Emmanuel Macron in Beijing last month. PHOTO: THIBAUT CAMUS/ASSOCIATED PRESS

Mr. Qin is set to visit France on Wednesday before traveling to Norway. His trip comes as EU foreign ministers prepare to gather in Sweden on Friday to discuss changes in the bloc’s relations with Beijing and the challenges China poses. That is likely to include a first discussion among senior European officials on the [bloc’s position on Taiwan](#), diplomats said.

Speaking in the European Parliament on Tuesday, German Chancellor Olaf Scholz said the continent’s relationship with China was increasingly characterized by rivalry and competition.

He said Europe needed to look for new trade opportunities as the continent seeks to become less dependent on its commercial ties with Beijing, which amounted to 850 billion euros in 2022, equivalent to \$932 billion, with a sharply growing European trade deficit.

“No decoupling but smart de-risking is the motto,” he told EU lawmakers.

Europe’s relations with China have been severely tested by the war in Ukraine, where Beijing has claimed to be a neutral player while offering Russian President [Vladimir Putin](#) political support and driving up trade with Russia.

European officials have been visiting China to try to dissuade Beijing from supplying arms to Russia and to encourage Beijing to prod Moscow toward some form of peace talks. China has said it has no plans to arm Russia and has criticized Europe and the U.S. for their [large-scale military support](#) for Ukraine.

Both U.S. and European officials have said China could play a role in a peace process in Ukraine. Beijing has laid out a 12-point approach to the war and pledged to send a peace envoy for discussions in Europe in the coming weeks. Chinese leader Xi Jinping last month made his [first phone call](#) to Ukrainian President Volodymyr Zelensky since the war began. He [has met with Mr. Putin](#) several times.

However, European officials say they have seen no signs yet that Beijing is willing to do more than the minimum necessary to appear a part of the diplomatic process, a point that German officials echoed on Tuesday after Mr. Qin’s visit.

“It’s obvious that China’s main concern is the closer coordination between the EU and U.S. on China,” said Jean-Pierre Cabestan, an emeritus professor of political science at Hong Kong Baptist University. “That is why they are...sending some reassuring messages but also some threats.”

There are some signs that economic ties between the two powerhouses are fraying on the margins.

Chinese foreign direct investment in Europe reached a decade low of €7.9 billion in 2022, down 22% from the previous year, according to a report published this week by Rhodium Group, a New York-based advisory firm. That decline took Chinese investment in Europe to the same level since 2013.

Germany, Europe's industrial powerhouse, has sharply tilted its trade away from China and toward the U.S. in recent months. German exports to China declined 12% in the first three months of the year from a year earlier, to €24.1 billion, while Germany's exports to the U.S. increased 14% over the same period, to €39.6 billion, according to Germany's federal statistics agency.

When French President Emmanuel Macron visited China in early April, the two sides pledged to work closely together and Mr. Macron distanced his country from Washington's stance on Taiwan.

But Chinese-European ties have been rocky since. Beijing had to walk back comments by its ambassador in Paris, questioning the sovereignty and borders of post-Soviet countries, including Ukraine, which infuriated some European capitals.

This week, the European Commission has proposed sanctions against eight Chinese companies for supplying Russian firms with dual-use goods that can be used by Russia's military. Beijing canceled a visit by German Finance Minister Christian Lindner, leader of Germany's junior Free Democrats party, at the last minute, citing scheduling reasons.



Beijing canceled a visit by German Finance Minister Christian Lindner at the last minute. PHOTO: MICHELE TANTUSSI/REUTERS

Chinese officials have reacted sharply to the sanctions threat, warning of retaliation.

“While China is making every effort to promote peace which is in Europe's interest, Europe gives a stab in the back in return, bullying China on economic issues,” Wang Lutong, director-general of the Chinese Foreign Ministry's Department of European Affairs, said on Twitter. “Can't understand what Europe is up to.”

11 mai 2023 (The Economist)

[Expensive energy may have killed more Europeans than covid-19 last winter | The Economist](#)

Out in the cold

## Expensive energy may have killed more Europeans than covid-19 last winter

Our modelling estimates that high energy prices claimed 68,000 lives

May 10th 2023

After Russia invaded Ukraine in February 2022, Vladimir Putin weaponised his country's energy supplies: cutting gas exports to Europe and causing prices to surge. **Although wholesale costs have now fallen across the continent, the prices of domestic electricity and gas, compared with two years earlier, were up by an eye-watering 69% and 145% last winter.**

**High energy prices can cost lives. They discourage people from heating their homes properly, and living in cold conditions raises the risk of cardiac and respiratory problems. In November *The Economist* predicted that expensive power might result in between 22,000 and 138,000 deaths during a mild winter. Unfortunately, we appear to have been correct.**

To assess how deaths last winter compare to previous ones we have used a common measure of mortality: excess deaths. Comparing actual deaths with the number we might expect given mortality in the same weeks of 2015-19, we found that deaths across Europe were higher than expected. **Across 28 European countries we investigated, there were 149,000 excess deaths between November 2022 and February 2023, equivalent to a 7.8% increase.**

Several factors might explain this rise. Among those that died last winter, nearly 60,000 were recorded as covid-19 deaths. The disease probably contributed—directly or indirectly—to more, but it is unlikely that it can account for all of last winter's surge. Between March 2020 and September 2022 the official covid death count was 79% of total excess deaths among our 28 countries. Last winter it was 40%.

The weather has also affected the number of deaths. A cold snap in December was accompanied by a rise in mortality. A drop of 1°C (1.8°F) in the average temperature over a three-week period is associated with a 2.2% rise in total deaths. However, last winter was milder than the average of 2015-19, so the cold alone cannot be responsible for the additional deaths.

It appears that high energy prices might have had an effect. Looking across countries reveals that those with the highest excess deaths typically experienced the biggest increases in fuel costs. To disentangle energy costs from covid and temperature changes we have built a statistical model. Our model also accounts for a country's demographics, the number of covid deaths prior to last winter and historic underreporting of those deaths.

We estimate that a price rise of around €0.10 per kwh—about 30% of last winter's average electricity price—was related to an increase in a country's weekly mortality of around 2.2%. If electricity last winter had cost the same as it did in 2020, our model would have expected 68,000 fewer deaths across Europe, a decline of 3.6%.

Deaths in Europe might have been higher had governments not intervened in energy markets (although lower prices bid up demand, causing problems elsewhere in the world). Using data from Vaasaett, a consultancy, we have estimated how many excess deaths would have occurred had bills not been reduced by price caps or lower sales taxes. Across 23 countries our model finds that these subsidies saved 26,600 lives. As wholesale energy prices fall and temperatures rise, the immediate threat may be over, but it is clear Mr Putin's energy weapon was deadly.

11 mai 2023 (The Economist)

[Investors brace for a painful crash into America's debt-ceiling | The Economist](#)

Buttonwood

## Investors brace for a painful crash into America's debt-ceiling

A solution will probably be found. But default is no longer unthinkable



May 10th 2023

Most of the time, the impossibility of America defaulting on its sovereign bonds is taken as a fundamental axiom of the financial system. The country issues the world's reserve currency, so investors always stand ready to lend it money. And if you are able to borrow more, you can pay back your debts.

Yet Washington is once again reminding the world that, through sheer mulishness, a default is indeed possible. Every now and again—as in 2011, 2013 and today—America smacks into its “debt ceiling”, a political device that places a hard limit (currently \$31.4trn, or 117% of gdp) on gross government borrowing. Congress must then agree to raise or waive the ceiling in order to prevent the Treasury from failing to make bond payments or meet spending obligations. This time round Janet Yellen, the treasury secretary, has warned that the government may run out of cash and accounting maneuvers as soon as June 1st. And so on May 9th, congressional leaders gathered in the Oval Office with President Joe Biden for the very first stage of negotiation. They are a long way from a deal.

Thus the stage is set for a game of brinkmanship in which a Republican-controlled Congress tries to wring concessions from Mr Biden, as the nation's creditworthiness hangs in the balance. The two sides will almost certainly find a way to avoid catastrophe. But as Washington's staring contest intensifies, Wall Street's finest are less inclined to get involved. The merest whiff of a default has already set traders to work finding a way to protect their investments.

To understand why, consider what a default would mean. Short-term Treasuries, or “t-bills”, are the closest thing there is to a risk-free asset. This makes them a favourite of corporate cash managers (who want an ultra-safe return) and any trader needing to post collateral (which must hold its value and be easy to sell). If the government stiffes corporate treasurers, companies will miss payments to one another and the wheels of commerce will grind to an agonising halt. Make traders' collateral vanish, and financial contracts of all stripes will start to fall apart, unleashing chaos in global markets.

Small wonder, then, that investors are rushing to protect themselves. A clamour for t-bills maturing before any possible default has given rise to wild swings in the yield of the world's safest asset. One-month bills yielded 4.7% at the start of April. Over the next three weeks that fell to 3.4%, even as the Federal Reserve prepared to raise its interest rate to 5-5.25%. But one-month bills now mature after June 1st, when the Treasury might have exhausted its cash. And so demand has cratered, with their yield soaring by more than two percentage points in a matter of weeks. One trading boss describes having her team attempt to manually override their settlement software, in order to ensure that bills which mature without being paid do not simply vanish from the system.

Longer-term Treasuries have so far seemed safer, under the assumption that an actual default would shock politicians out of their stubbornness, and would be quickly rectified. Yet even they are not immune. The cost to insure five-year Treasuries against default, once the very definition of throwing away money, has quadrupled over the past 12 months (a fact admittedly explained in part by the market's lack of liquidity).

What next? If you think there is no chance of Washington careening over the precipice, it is time to snap up t-bills at a discount and sell pointless bond insurance to the nervous. But even if you think this, you might pause. Since the Treasury would have run down its cash reserves to virtually nothing, a deal would be followed by a glut of issuance to rebuild the buffer. Even the best-case scenario, in other words, would drain liquidity from the market and may push yields higher.

The stockmarket, meanwhile, looks shaky either way. Analysts at pimco, an asset manager, note that over the past dozen years, the s&p 500 index has fallen by an average of 6.5% in the month running up to a debt-ceiling deadline—even though these have always been met. Under a default it would fare much worse. In 2013, during a previous debt-ceiling stand-off, Fed officials simulated the effects of a month-long default. They estimated that stock prices would fall by 30% and the dollar by 10%.

In the meantime, expect traders to get even more jittery. America's politics will prevent an early deal, and it could well take the markets freaking out to force one at all. Default remains the least likely outcome. But as investors are acutely aware, it is no longer unthinkable.

11 mai 2023 (L'Express)

[Retraites, mariage pour tous... Quand les intellectuels aggravent le déni de réalité des Français - L'Express \(lexpress.fr\)](#)

## Quand les intellectuels aggravent le déni de réalité des Français

DENYS DE BÉCHILLON

**Mariage pour tous, réforme des retraites... En poussant des cris d'orfraie excessifs, nos intellectuels contribuent à l'effacement des vrais enjeux.**

LES SCIENCES SOCIALES françaises ne sont pas au mieux. Nous retrouvons, dans la « communauté » universitaire, des niveaux de pression idéologique inédits depuis longtemps. Nombreux sont ceux qui n'en finissent plus de « démontrer » ce dont on sait à l'avance qu'ils vont le démontrer puisqu'ils se sont donné pour vocation de le faire. On imagine mal Thomas Piketty (faire) douter que la solution de tous nos malheurs passe par une taxation confiscatoire des plus riches. Les wokistes critiques oxymore? ne se lèvent pas en masse pour répertorier les effets indésirables de leur combat et revendiquer de les mettre en balance avant de foncer plus avant. J'en passe...

Nul n'a jamais découvert grand-chose avec des présupposés. Surtout en ambitionnant de ne les abandonner sous aucun prétexte. Repensez, dix ans après, au monceau de prophéties apocalyptiques dont on nous a abreuvés à propos du « mariage pour tous ». Combien de psychanalystes, d'anthropologues, de sociologues, de juristes se précipitaient dans les gazettes pour annoncer la fin de la civilisation occidentale? A l'époque, personne ou presque ne se préoccupait de regarder pour de bon ce qui se passait chez les enfants élevés par des couples homosexuels. On postulait qu'ils deviendraient dingues, que la raison même disparaîtrait de la terre; on emballait ça dans un joli papier décoré de mots obscurs (mais d'allure savante) et on vendait le tout comme de la science alors que ce n'en n'était pas. Aujourd'hui, les mêmes Philippulus ne disent plus rien à ce sujet. Ils se sont dépêchés de ne pas aller vérifier sur le vaste terrain d'enquête désormais disponible s'ils avaient eu raison ou pas. Mais ça n'a pas dérangé grand monde.

Nous avons le droit de rêver d'une recherche en sciences humaines et sociales qui soit aussi disruptive, créative, inattendue, bouleversante et, pour tout dire, utile que sa grande soeur « dure », fondamentale ou appliquée pensons aux progrès fulgurants de l'intelligence artificielle. Mais, vu de ma fenêtre et sauf exception notoire, je ne vois rien venir de tel. La plus grande part de ce qu'on lit est stéréotypée, prévisible en plus que politiquement conditionnée.

Cette stérilité d'ensemble ne serait pas bien grave si elle ne s'accompagnait d'autres travers. L'un des pires me semble contenu dans la contribution objective d'une partie de la classe intellectuelle au repli général de la nuance et, surtout, du sens du relatif. Regardez ce qui se passe avec la réforme des retraites. Un Martien fraîchement débarqué nous jugerait au bord du gouffre : « crise démocratique », « dictature », « scandale », complicité « énorme » du Conseil constitutionnel... Sans compter l'étouffement provoqué par l'accumulation des tribunes dans la presse généraliste. On ne sort plus du gravissime, de l'épouvantable, de l'historique... Et tout ça sans l'ombre d'un recul sur la magnitude de ce dont on parle. La guerre est revenue en Europe; la Chine montre des signes d'agressivité inquiétants; l'islamisme radical n'a pas disparu; presque tous les pays occidentaux dérivent sur la même pente populiste; les forces politiques « raisonnables » le sont de moins en moins regardez ce que sont devenus le Parti républicain aux Etats-Unis et la quasi-totalité de la gauche en France ; les défis qui se présentent au pays sont abyssaux en matière d'énergie, d'infrastructures, de réarmement, de climat, d'éducation, de santé, de compétitivité, de dépense publique et requièrent un effort gigantesque de compromis en plus que de travail et de réflexion posée. Mais peu importe : rien de tout cela ne compte autant que la monstruosité et le mot est faible consistant à avoir réduit à 175 heures le temps du débat parlementaire sur les retraites...

Le drame ne tient pas au ridicule de cette disproportion des problèmes, mais à la gravité de ceux que les intellectuels aggravent quand ils font ainsi monter la mayonnaise jusqu'à ce qu'elle recouvre tout. Ce bruit, ce buzz, cette démesure, cet effarement surjoué ou vécu renforcent la propension générale des Français au déni de réalité, à l'occultation de ce qui les dérange, à la volonté que nous avons de regarder ailleurs pendant que nos maisons brûlent toutes en même temps. Là est la nouvelle trahison des clercs dont le métier est de faire la lumière et qui s'emploient à l'éteindre.

Denys de Béchillon est constitutionnaliste et professeur de droit à l'université de Pau.





11 mai 2023 (L'Express)

[Dette : la baisse de la note de la France cache une autre réalité, par Nicolas Bouzou - L'Express \(lexpress.fr\)](#)

## Le pays s'endette, l'intendance suit : jusqu'à quand?

NICOLAS BOUZOU

L'agence Fitch a revu à la baisse la note de la France sur sa dette. Mais la vraie question reste : pourquoi cette note est-elle encore aussi haute?

La dégradation de la note de la dette publique de la France de AA à AA- par l'agence de notation Fitch a suscité nombre de commentaires politiques, qui sont largement passés à côté du sujet. La gauche a cru voir dans cet abaissement la preuve que, décidément, la réforme des retraites n'avait servi à rien. Ceux qui ont répété cet argument n'ont pas lu ou pas compris les attendus de Fitch. Ce qui est dit par l'agence de notation, ce n'est pas que la réforme des retraites est injustifiée ou inefficace, mais que la France ne sait pas réformer dans une ambiance qui ne soit pas hystérique. Fitch ajoute que notre climat social, délétère, peut décourager les gouvernements de mener des réformes structurelles, voire en amener certains à les annuler.

L'agence ne critique donc pas la réforme des retraites en soi mais craint, au mieux, qu'elle soit la dernière réforme courageuse du quinquennat, au pire qu'elle soit remise en cause dans quatre ans par la gauche ou, hypothèse plus probable, par Marine Le Pen. Le problème, c'est que l'état de nos finances publiques est dégradé. Le ratio de notre dette publique au PIB atteignait 112 % fin 2022, le chiffre le plus haut de tous les pays notés AA, pays dont l'endettement médian est de... 48,4 % du PIB. Vu nos déficits, en 2027, le ratio sera pour la France encore supérieur de 17 points à son niveau pré-pandémique. La dégradation opérée par Fitch était donc explicable.

Le vrai sujet est de comprendre pourquoi, en dépit d'une situation de finances publiques dégradée, d'une croissance économique structurellement faible, d'une incapacité à réformer son appareil public, pourquoi notre notation reste aussi haute et les taux d'intérêt auxquels nous nous endettons aussi bas. Déjà inférieurs à 3 % à dix ans, ils ont même reflué depuis l'annonce de Fitch. La France, qui présente un déficit primaire (hors charge d'intérêt) opiniâtre, s'endette à moindre taux que l'Italie, qui dégage un excédent primaire depuis des années. Quel est ce prodige?

Première raison : Bercy sait de longue date lever les impôts, et plus encore depuis la mise en place de la retenue à la source pour l'impôt sur le revenu. Les investisseurs institutionnels banques, assurances, ou fonds de pension, savent, de leur côté, que le déficit public de notre pays peut toujours être un peu réduit sans trop de difficulté grâce à un « impôt exceptionnel », à des suppressions de niches fiscales ou à une manipulation de l'indexation des bases fiscales. Bercy est un ministère d'une efficacité redoutable. Le taux de recouvrement des impôts tangente les 100 %. Les Français râlent contre des impôts objectivement élevés et pas toujours bien utilisés, mais ils les paient.

Deuxième raison : à plus de 16 %, le taux d'épargne des ménages français est supérieur de deux points à son niveau d'avant-Covid, lequel était déjà élevé.

Les ménages qui détiennent de l'assurance-vie financent le déficit public. Cette capacité des Français à épargner constitue une source de financement quasi-captive pour notre Etat. Cela rassure les marchés.

Troisième raison : la Banque centrale européenne garantit implicitement la dette des Etats de la zone euro. C'est, à l'inverse, cette absence de garantie qui explique que la dette publique britannique ait pu être attaquée sur les marchés obligataires cet automne, quand l'ex-Première ministre Liz Truss a tenté de mettre en oeuvre un plan de baisse d'impôts non financé. La BCE est notre assurance-vie financière. Raison pour laquelle, si l'Union européenne et monétaire est critiquable à bien des égards, il ne faut jamais oublier qu'elle nous autorise une grande et confortable lâcheté macroéconomique.

La France n'a pas fait défaut sur sa dette depuis les guerres napoléoniennes. Les marchés voient notre pays comme une Cocotte-Minute irrationnelle, à la dépense publique mal maîtrisée, aux prélèvements obligatoires élevés mais payés, un pays qui finit toujours par se réformer, fût-ce dans une douleur indescriptible. Cet équilibre

tient, mais il est fragile. C'est pourquoi une politique économique sérieuse devrait toujours mettre en avant l'investissement dans notre croissance future et la réforme de l'Etat. WNicolas Bouzou, économiste et essayiste, est directeur du cabinet de conseil Asterès.

11 mai 2023 (L'Express)

[Proust assassiné à la Comédie-Française : l'histoire d'un recommencement, par Abnousse Shalmani - L'Express \(lexpress.fr\)](#)

Société, dimanche 7 mai 2023 779 mots

## Proust assassiné à la Comédie-Française : l'histoire d'un recommencement, par Abnousse Shalmani

Abnousse Shalmani

**"Le Côté de Guermantes", mis en scène par Christophe Honoré, est un massacre. Comme Aragon, comme sous l'URSS, on tente de résumer la "Recherche" à un bavardage snob. Un contresens.**

Je n'ai pas eu la chance, enfant et adolescente, de fréquenter régulièrement les salles de théâtre. En conséquence, je me souviens avec émotion de chaque rare soirée théâtrale, du frisson du rideau qui s'ouvre, de la solennité des trois coups. Plus tard, grâce à des amis journalistes et d'autres comédiens, j'ai pu parfaire ma bancale culture de l'art dramatique qui garde les stigmates d'une fascination teintée d'admiration pour ce qui est rare. Aujourd'hui, je retrouve un réflexe enfantin quand je tiens mon billet en main avant d'entrer dans une salle de théâtre, qui plus est la Comédie-Française, où j'espère retrouver la magie de l'inédit, la beauté de l'instantané et des voix qui portent une langue qui n'a jamais cessé de m'émerveiller. Peut-être est-ce pourquoi mes déceptions théâtrales sont si homériques.

*Le Côté de Guermantes* avait tout pour exciter mon désir. Le français, Proust, une langue, une promesse. Et patatras! Point de rideau qui préserve le mystère de ce qui va être vu, mais un décor minimaliste, déjà offert, défloré, sans grâce et adieu les trois coups! Comme si c'était trop brutal, comme si cela faisait trop pays dominateur-colonisateur-blanc, comme si le son martial pouvait surprendre ou offenser quelques spectateurs sensibles. Le résultat en est déconcertant : parce que le cérémonial des trois coups n'est plus, il faut un temps au public pour se reprendre, cesser les bavardages et entrer dans la pièce. Le temps de sortir du brouhaha au son d'une guitare électrique et d'un comédien qui interprète du Cat Stevens - pardon du Yusuf depuis que le chanteur s'est rangé du côté des islamistes -, et pourquoi pas? Du Yusuf pour introduire Proust, il faut bien s'accommoder de la modernité. Et puis... et puis plus rien. Si. Un massacre en règle. Il faut bien achever Proust.

Ce qui est fascinant avec cette nouvelle tendance de la culture française qui consiste à se boucher le nez devant les grandes oeuvres du passé, est qu'elle s'imagine avoir innové. Je ne sais pas si le metteur en scène Christophe Honoré voulait rendre hommage au mépris d'Annie Ernaux qui venge sa race depuis le bar PMU de son enfance en crachant, entre autres, sur Proust, mais s'il pense avoir révolutionné Proust en le limitant rageusement aux riches snobs oisifs, il serait bon de lui rappeler que ses prédécesseurs ont déjà joué au jeu de massacre.

### **Après Aragon et Jdanov**

Dès l'attribution du prix Goncourt à Proust, Aragon se déchaîne : "M. Marcel Proust est un jeune homme plein de talent et comme il a bien travaillé, on lui a donné un prix. Allons, ça va faire monter le tirage. Une excellente affaire pour la NRF. On n'aurait jamais cru qu'un snob laborieux fût de si fructueux rapport. A la bonne heure, M. Marcel Proust vaut son pesant de papier." Aragon, compagnon de route du Parti communiste qui aurait trahi bien des amis, n'appellera plus Proust que le "digne pisseur de copie" et réduira son oeuvre à du "bavardage de concierge". *Le Côté de Guermantes* de Christophe Honoré ne fait pas autre chose, mettant exclusivement en exergue cet aspect et seulement cet aspect. Il faudrait méditer plus souvent le bon mot de Dali sur Aragon avant de mettre les amis gauchistes du premier dans ceux, communistes, du second : "Tant et tant d'arrivisme pour si peu d'arrivage"... La guerre froide va tenter d'enterrer un peu plus Proust en parfaite opposition avec le réalisme socialiste de Jdanov, collaborateur de Staline, qui fustige le beau, le libre, le romanesque. Il lui préfère ces plats tracts militants qui décourageraient n'importe quel juste esprit littéraire de sauver la veuve et l'orphelin dans un roman.

Proust, c'est la Belle Epoque qui a fini en boucherie dans les tranchées, il semble alors impossible de le ressusciter. Erreur de militant borné! Le malheur des idéologues est qu'ils oublient trop souvent qu'ils n'ont qu'un temps, le temps d'une mode. En revanche, une oeuvre peut renaître, quand bien même "un livre est un grand cimetière où,

sur la plupart des tombes, on ne peut plus lire les noms effacés", comme le rappelle Proust. Car une oeuvre nous parle de nature humaine, décortique les émotions, démontre l'universalité des sentiments et rappelle que parler dans le dos des autres fait indéniablement partie de la vie, d'hier comme d'aujourd'hui. Proust gagnera toujours à la fin, malgré les vaines tentatives pour l'enterrer.

*Abnousse Shalmani est écrivain et journaliste engagée contre l'obsession identitaire*

11 mai 2023 (L'Express)

[Pap Ndiaye, éducation positive, laïcité : Elisabeth Badinter monte au créneau - L'Express \(lexpress.fr\)](https://www.lexpress.fr/actualites/education/pap-ndiaye-education-positive-laicite-elisabeth-badinter-monte-au-creneau_1979179.html)

L'Express (site web)

Education, mardi 9 mai 2023 1979 mots

## Pap Ndiaye, éducation positive, laïcité : Elisabeth Badinter monte au créneau

Amandine Hirou; Eric Chol

**La philosophe évoque les principaux facteurs de destruction de notre système scolaire que sont la perte d'autorité et la remise en cause de notre modèle laïque par les jeunes générations.**

Les derniers chiffres, en hausse, rappellent l'importance de ne pas baisser la garde. Le 7 mai dernier, Pap Ndiaye a indiqué qu'environ 500 cas d'atteintes à la laïcité avaient été recensés en mars dernier. "Il y a toujours une remontée, chaque année, au moment du ramadan", a-t-il avancé pour justifier ce pic. Quelques semaines plus tôt, le ministre de l'Éducation nationale avait procédé à une refonte du Conseil des sages de la laïcité en élargissant son périmètre à la lutte contre le racisme et l'antisémitisme, en modifiant ses règles de fonctionnement et en procédant à de nouvelles nominations dont l'une, celle du politologue Alain Policar, suscite particulièrement la controverse.

Plusieurs farouches défenseurs du principe de laïcité à l'école y voient une tentative d'étouffement de cette instance créée par Jean-Michel Blanquer en 2018. Dans cet entretien accordé à L'Express, Elisabeth Badinter monte à son tour au créneau et dénonce l'"attitude contradictoire" du ministre de l'Éducation nationale sur ces questions de laïcité. La philosophe revient, plus généralement, sur les facteurs de délitement d'une école publique qui échoue à défendre ses principes et ses valeurs.

**L'Express : Le principe de laïcité à l'école a été fortement interrogé ces derniers mois entre l'affaire des abayas, le remaniement du Conseil des sages de la laïcité, et plusieurs sondages et enquêtes pointant les clivages qui traversent le monde enseignant. La situation vous inquiète-t-elle?**

**Elisabeth Badinter :** Tous ces événements viennent confirmer le constat suivant : en quarante ans, la donne s'est totalement inversée. A cette époque pas si lointaine, nous avions une école qui fonctionnait beaucoup mieux, qui ne posait aucun problème, et qui avait pour but d'instruire et d'éliminer tout ce qui relevait du personnel et de l'intime. La politique et la religion n'y avaient pas leur place. Jusqu'à ce qu'éclate l'affaire des jeunes filles voilées de Creil, dans l'Oise, en 1989. A partir de là, et alors que personne ne s'en plaignait, notre modèle laïque a commencé à se faire attaquer de l'extérieur et l'on s'est incliné au nom d'une soi-disant "tolérance" à l'égard des croyances de chacun.

La situation n'a cessé de se dégrader depuis. La laïcité républicaine, celle que l'on connaît depuis plus d'un siècle, est aujourd'hui traitée de laïcité "de combat", "agressive" et "intolérante" par de nombreux intellectuels, des universitaires et même des professeurs de collèges et de lycées. Tout cela s'inscrit dans un mouvement plus large et dans un contexte contemporain qui prône l'éducation bienveillante. Cette nouvelle forme d'éducation, même si elle a eu des effets positifs, a contribué par ses excès au déclin de l'école publique puisque refuser quelque chose à un enfant ou à un adolescent est, peu à peu, devenu inacceptable. Le constat est que nous n'avons pas réussi à défendre nos principes, que l'école s'écroule faute d'autorité, et les professeurs les mieux formés rechignent à venir y enseigner.

**Des principes de laïcité mais aussi d'autorité donc...**

Oui, c'est-à-dire tout ce qui faisait la qualité de l'école publique. Laquelle, autrefois, surpassait de loin le secteur privé dans l'esprit d'une grande majorité de parents. Une fois de plus, on voit bien que la situation a basculé et pas seulement pour des questions de religion ou de croyance. Même si, à partir du moment où l'on a commencé à abandonner nos valeurs, certains ennemis de notre modèle comme les militants islamistes en ont profité pour pousser leurs pions. Ce qui a donné lieu à différentes polémiques. Je pense notamment à ces jeunes filles qui, au nom de leur religion, refusent de se rendre à la piscine mais aussi à toutes ces contestations de cours ou d'enseignements liés, par

exemple, à la théorie de Darwin. Les croyances sont en train de battre en brèche les raisonnements et les savoirs rationnels et on finit par tolérer l'intolérable. Tous ces facteurs font que notre école dégringole dans les classements internationaux. Tout le monde reconnaît que notre système scolaire est à bout de souffle. Hélas, les responsables politiques qui se succèdent se contentent de brandir quelques réformes en guise de sparadraps ou bien enchaînent les annonces qui se contredisent les unes les autres.

**Justement, le ministre Pap Ndiaye a récemment annoncé l'élargissement du périmètre du Conseil des sages de la laïcité à la lutte contre le racisme et l'antisémitisme. Les règles de fonctionnement de cette instance, qui passe de 15 à 20 membres, ont également été modifiées. Est-ce une manière de renforcer ou d'affaiblir son action?**

De l'affaiblir, très clairement! Le fait que le Conseil des sages de la laïcité n'ait plus, en principe, le pouvoir de s'autosaisir, et que la saisine n'appartienne plus qu'au ministre, constitue, à mon sens, un recul considérable. Cela peut le rendre impuissant. Les chefs d'établissement, qui avaient déjà du mal à faire remonter leurs doléances, risquent de céder davantage encore au fameux "pas de vagues" qui perdure au sein de l'Education nationale. Très franchement, je ne m'attendais pas du tout à cette tentative d'étouffement. L'arrivée de certaines nouvelles personnalités risque également de briser la belle unité qui prévalait entre les 15 membres initiaux du Conseil. Faire venir un sociologue pour que notre modèle de laïcité doit s'inspirer du système anglo-saxon est particulièrement délétère car ses idées vont se heurter frontalement aux convictions de ses nouveaux collègues.

**Vous faites référence au politologue Alain Policar dont les idées semblent en effet très éloignées de la ligne universaliste que vous défendez. Ce dernier est récemment revenu sur la tribune "Profs, ne capitulons pas!" que vous aviez signée avec d'autres intellectuels, dans *Le Nouvel Observateur*, au moment de l'affaire des foulards de Creil en 1989. Il vous accuse d'avoir défendu "une République fétichisée, inattentive à la persistance des discriminations"...**

Mais c'est complètement dément d'avancer cela. Je dirais même que c'est écoeurant! En tant qu'ancienne professeure de philosophie à Limeil-Brévannes (Val-de-Marne), je peux vous assurer qu'à l'époque l'école, le collège et le lycée n'étaient pas du tout traversés par ces problèmes de racisme et d'antisémitisme que ce sociologue dénonce. Le cadre scolaire était un lieu d'union et non de revendication de ses différences, où le professeur, dont la figure était respectée, s'attachait à transmettre une culture commune à des élèves certes parfois d'origines ou de religions diverses. Mais en tout cas nous n'en savions rien, ce n'était vraiment pas un sujet. Et nous étions très loin des conflits permanents que nous connaissons aujourd'hui.

**La loi de 2004 qui interdit le port de signes religieux ostensibles à l'école fait partie des sujets de controverse actuels. Pourquoi cette loi est-elle si mal comprise aujourd'hui, notamment par une partie du monde enseignant?**

Même si cela peut vous sembler a priori un peu éloigné du sujet, ce rejet de la loi de 2004 rejoint cette obsession de la tolérance que j'évoquais au début de notre entretien. "Je pense et m'habille comme je veux et j'exige que vous le respectiez"... Tel est le leitmotiv actuel de bon nombre de jeunes avec l'acquiescement de cette nouvelle génération de professeurs âgés de moins de 35 ans. Au nom de cette fameuse éducation bienveillante, les parents se sont mis en tête qu'il fallait à tout prix éviter la moindre frustration à leurs enfants. Or l'apprentissage de la loi va de pair avec la frustration.

Pour être quelqu'un d'à peu près équilibré, il faut certes pouvoir bénéficier de la bienveillance de son entourage, sans pour autant faire l'économie de cette frustration qui est en quelque sorte le deuxième pilier de l'éducation. Au lieu de cela, nous avons tendance à tomber dans une forme d'individualisme pathologique. Pour en revenir à la loi de 2004 : certaines voix fortes se font aujourd'hui entendre pour la défendre. Hélas, j'ai l'impression que nous sommes en train de devenir minoritaires par rapport à ceux qui mettent en avant ce fameux concept de laïcité "ouverte" ou "tolérante". Le fait d'y ajouter ces adjectifs positifs est un leurre, une façon de tromper les esprits : pour moi, ce modèle-là est le contraire de la laïcité républicaine que l'on devrait s'attacher à préserver et à défendre.

**Un récent sondage, mené auprès de chefs d'établissement, montre que, dans le secondaire, 43 % de ceux ayant dû faire face à des élèves portant des tenues à connotation religieuse, ne l'ont pas signalé à l'institution. Un chiffre éloquent...**

Cela peut s'expliquer par la crainte d'être mal noté par ses supérieurs ou bien de devoir affronter les remarques de certains enseignants qui considèrent que des tenues, de type abayas, ne sont pas à caractère religieux. Les islamistes

ont une finesse politique que nous n'avons pas, ils savent attendre le bon moment pour agir et s'engouffrer dans nos failles. Le fait que l'école publique apparaisse aussi divisée sur cette question en est une.

**"Je n'ai pas la main qui tremble sur les questions de laïcité", affirmait Pap Ndiaye en octobre dernier au moment de l'affaire des abayas... quelques mois avant de se pencher sur le sort du Conseil des sages de la laïcité. Quelles sont ses véritables convictions?**

Un jour, Pap Ndiaye affirme sa volonté de défendre à tout prix l'école publique et ses principes. Le lendemain, c'est l'opposé qui s'exprime. Cette attitude contradictoire, ce fameux "en même temps", ne peut qu'engendrer une situation stationnaire. Je ne vous cache pas que sa nomination, qui symbolise un virage à 180 degrés par rapport à l'action menée par son prédécesseur Jean-Michel Blanquer, m'a beaucoup étonnée. Il est évident que ces deux personnalités défendent des opinions diamétralement opposées. N'oublions pas qu'en septembre 2022, Pap Ndiaye n'a rien caché de ses convictions lors d'un déplacement aux Etats-Unis, notamment dans la prestigieuse université de Washington. Son discours était apparu, à tort ou à raison, comme une critique de notre école publique laïque. J'avais trouvé cela assez déplacé.

**L'assassinat de Samuel Paty en 2020 a marqué un tournant. Aux difficultés du métier d'enseignant s'ajoute la peur d'éventuelles représailles de la part de certaines communautés religieuses, ou la crainte d'être taxé d'islamophobe par des élèves voire des collègues...**

N'oublions pas aussi les parents qui n'hésitent plus à monter au créneau dès qu'ils estiment que leur enfant est injustement évalué par ses professeurs. Une attitude consumériste qui ne cesse de gagner du terrain. Oui, bien sûr, depuis l'assassinat de Samuel Paty, on sait bien qu'un enseignant peut devenir une cible. Voilà pourquoi je suis convaincue que beaucoup préfèrent s'autocensurer, fermer les yeux ou se taire lorsqu'ils sont confrontés à certaines entorses à la laïcité. Ce qui peut se comprendre car être taxé d'islamophobe sur les réseaux sociaux peut coûter très cher. Pour ma génération, devenir professeur était un rêve. Un vrai rêve! Aujourd'hui, on a du mal à trouver des volontaires, à tel point que l'on se met à organiser des *speed datings* pour recruter des gens qui n'ont jamais enseigné. Cela en dit long sur la perte d'attractivité du métier.

**Le constat que vous dressez est sévère. Comment faire pour que l'école remonte enfin la pente?**

Il faudrait un courage formidable de la société tout entière, une conviction politique forte comme celle de Blanquer, des principes chevillés au corps, pour mener à bien ce combat intellectuel. Je parle bien de combat car le rôle de l'école est évidemment essentiel. Cela ne pourra se faire sans l'adhésion de toute la société. Hélas, je dois vous avouer que je suis assez pessimiste. Quand je vois qu'une bonne partie de la gauche se trouve embringuée dans cette longue dégringolade, se montre complice de tout cela en se croyant du bon côté de la barrière, cela me désole... J'ai l'impression, encore une fois, de faire partie d'un camp minoritaire et que les générations montantes s'attachent peu à peu à défaire ce trésor que nous avons entre les mains. J'espère vivement me tromper.

11 mai 2023 (Contrepoints)

[Les musulmans, tous croyants ? - Contrepoints](#)

## Les musulmans, tous croyants ?

[Yves Montenay](#)

Les musulmans seraient, dit-on, profondément croyants ? Une fois les idées reçues dépassées, et à la lumière de différentes études et sondages, la réalité apparaît bien plus contrastée. Analyse.



Publié le 11 mai 2023

Bizarrement, les islamistes et les islamophobes partagent les mêmes idées : dans les États ou les groupes étiquetés musulmans, tout le monde serait profondément croyant, quelques arguments suffisent pour mener à l'islamisme, et la foi se transmet mécaniquement d'une génération à l'autre.

Pourtant, il y a quelques fausses notes. Les **islamistes** eux-mêmes dénoncent les « faux musulmans » qu'il faut recadrer ou tuer, et surtout les témoignages se multiplient : ceux qui comme moi ont connu un grand nombre de musulmans de nombreux pays témoignent de décrochages.

Des exceptions, vous disent à la fois les islamistes et les islamophobes. Pourtant, les sondages se multiplient. Que disent-ils ?

Dans cette analyse, je vais me limiter aux pays que je connais le mieux, du Maghreb à l'**Iran**, et à leur diaspora en France.

### Des sondages détruisant le mythe de l'unanimité

#### Le sondage du « Baromètre arabe » (2019)

Premier sondage : celui du « **baromètre arabe** », résumé par *The Economist* du 7 décembre 2019. Comme son nom l'indique, il est axé sur les pays arabes, ce qui laisse de côté de grands pays musulmans de la région : la Turquie et l'Iran, où une partie importante de la population ne se considère plus comme musulmane dans ces pays pourtant dirigés par des islamistes.

Ce sondage indique que la confiance envers les partis islamistes diminue partout, et la chute est particulièrement forte en Algérie et en Irak. Il indique également que la minorité qui se déclare « non religieux » augmente partout, particulièrement en Tunisie (35 %).

La confiance dans les chefs religieux est également en recul général, particulièrement en Irak où elle passe de 65 à 40 %. Elle est maintenant minoritaire dans tous les pays.



Enfin, le pourcentage de ceux qui vont à la mosquée même épisodiquement est également en recul général et devient minoritaire au Liban, où les musulmans sont maintenant très largement majoritaires du fait de l'exode des chrétiens. Ce pourcentage est tombé à 35 % en Irak et 25 % en Tunisie. C'est en Égypte qu'il reste plus élevé avec environ 70 %, mais partant de 88 %. »

### **L'étude « Que pense-t-on dans le monde arabe ? » (2022)**

Passons à un autre sondage : « [Que pense-t-on dans le monde arabe ?](#) » édition 2022, réalisé par Salam Kawakibi, directeur du Centre arabe de recherches et d'études politiques de Paris (Carep Paris). Ce sondage est intéressant parce qu'il a touché 33 000 personnes via 900 chercheurs qui ont conduit des entretiens en face-à-face.

Ce sondage portait notamment sur la religiosité « définie par la personne répondant au sondage » (*self-defined*).

- une minorité, 20 à 24 % dans les 11 dernières années, c'est-à-dire depuis les printemps arabes, se définit comme « très religieuse » ;
- une minorité encore plus faible, 8 à 12 %, comme « non religieuse » ;
- une forte majorité, 61 à 67 %, comme « plus ou moins religieuse » (*religious to some extent*).

Ce « plus ou moins » est défini de manière variable et en général rappelle la morale basique de toutes les religions : être honnête, être charitable, respecter les proches... Cela recoupe une expression populaire que j'ai souvent entendue dans un contexte commercial : « les Européens sont de bons musulmans car ils respectent leurs engagements ».

Par ailleurs, ces chiffres sont une moyenne entre « la vallée du Nil » (l'Égypte et le Soudan) religieux dans un sens plus traditionnel, et le Maghreb et surtout le Moyen-Orient asiatique qui le sont nettement moins.

### **La proportion d'agnostiques et d'athées sous-évaluée**

Ces sondages sont d'autant plus intéressants qu'il est très mal vu de ne pas être croyant : théoriquement, un apostat peut être condamné à mort, que ce soit par les tribunaux ou par ses voisins. Ce n'est bien sûr pas général, mais existe néanmoins toujours.

Il est donc probable que le nombre de « tièdes », voire d'athées, est sous-évalué par les sondages.

Personnellement, des discussions approfondies avec des amis musulmans du Maghreb ou de France, faisant souvent suite à leur comportement « indépendant », m'ont révélé une bonne proportion d'agnostiques et d'athées.

Ces comportements « indépendants » sont pour les uns considérés comme l'équivalent du « péché véniel » pour les catholiques, comme boire du vin ou de manger du sanglier (« ce n'est pas du porc »), voire du porc (« pour voir »).

### **L'interdiction des mariages interreligieux**

Mais d'autres comportements sont considérés comme des atteintes plus graves aux dogmes, comme le mariage d'une femme avec un non musulman. Ces unions supposaient que le mari se convertisse à l'islam, ce qui peut être une simple affirmation verbale sans conséquence dans les pays libres, mais qui entraîne des obligations rituelles et sociales dans de nombreux pays. [Seule la Tunisie](#) vient récemment d'autoriser ces mariages.

Au Maroc, où l'interdiction demeure, j'ai connu deux mariages de ce genre, l'un en Suisse et l'autre en France, dans les deux cas avec le consentement des familles. En France, ce genre d'union se multiplie, mais dans certains cas elle implique une rupture avec la famille, voire la clandestinité... ce qui pose des problèmes quand les parents décident de marier leur fille avec un cousin du bled.

Comme nous le verrons plus loin, ces unions interrompent en général la transmission familiale de la religion. Et c'est d'ailleurs pour cela qu'ils sont interdits par le dogme musulman.

### **La « sortie de la foi » par Houssame Bentabet**

En France, nous disposons des travaux de Houssame Bentabet. Dans [sa thèse de doctorat](#) consacrée à « la sortie de la foi » il expose que des musulmans, souvent bac+2 ou plus, constatent que leur foi complique leur intégration. Ils s'imprègnent peu à peu de « la conception scientifique de l'univers et des lois libérales », notamment celles concernant la pluralité des opinions. Lorsque l'évolution va jusqu'au bout, le musulman « décide de s'extraire de son identité originelle » et rejoint l'humanisme séculier qui règne en France et dans de nombreux autres pays. Houssame Bentabet estime à 15 % des musulmans français le nombre des « ex », soit 600 à 700 000 personnes.

Ce chiffre ne représente qu'une partie des descendants d'immigrants musulmans qui ne le sont plus, comme expliqué plus bas.

### **Des sondages à lire à l'envers**

En général, les sondages sur la religiosité des musulmans sont présentés de manière un peu catastrophique d'un point de vue occidental, parce que cela se vend mieux. Par exemple, il a été fait état d'une grande inquiétude face au [sondage de l'institut Montaigne en 2016](#), révélant que 28 % des personnes se déclarant musulmanes estimaient que la loi de Dieu était supérieure aux lois françaises, ou autres considérations dures.

28 %, c'est important, mais ne doit pas faire oublier la grande majorité : les 72 % qui ne le pensent pas. C'est ce que j'appelle « la lecture à l'envers ».

Je rappelle à cette occasion que la doctrine musulmane énonce que les lois de l'État priment sur celles de la religion, et que si le croyant en est perturbé, il doit émigrer vers un pays qui lui convient mieux. Je ne suis pas certain que tous les imams le savent ou du moins le disent, mais il n'y a pas d'autorité religieuse au-dessus d'eux... d'où d'ailleurs les tentatives d'organisation du culte musulman par nos divers gouvernants... sujet délicat dans un pays laïque.

Et surtout, cela fait oublier qu'il ne s'agit que « des personnes qui se déclarent musulmanes » soit, d'après ce même sondage, 5,6 % de la population métropolitaine de plus de 15 ans ; c'est-à-dire environ trois millions de personnes, chiffre très inférieur à ce que pense le grand public.

Car le nombre d'immigrants provenant de pays musulmans, arabes, turcs, iraniens, subsahariens... et de leurs descendants est évidemment très supérieur. C'est difficile à chiffrer notamment du fait des mariages mixtes. Rappelons quelques chiffres : 6,7 millions d'immigrés en 2020, 7,6 millions de deuxième génération, sans parler des générations suivantes.

D'après les pays d'origine, on peut estimer extrêmement grossièrement qu'au moins sept millions venaient de pays musulmans ou avaient des parents issus de ces pays. On voit qu'il existe un écart énorme entre le nombre des personnes se déclarant musulmanes, et ce nombre de descendants, surtout si on ajoute une troisième génération.

Cela signifie que des millions de personnes (sept ? dix ?) dont certains ancêtres venant de pays musulmans ne sont pas croyantes aujourd'hui.

Cela recoupe le fait qu'une partie des migrants n'était déjà pas musulmane (ou « plus ou moins ») dans le pays de départ, ou qu'elle a abandonné la religion en France, ou encore qu'elle ne l'a pas transmise à ses enfants, notamment dans le cas des mariages mixtes.

Il ressort également de ce sondage qu'il n'y a ni « communauté musulmane » ni « communautarisme musulman » : le sentiment d'appartenance est avant tout individuel, et il y a peu d'engagement associatif au nom de l'islam.

Voici un autre exemple.

Une étude de l'INSEE publiée jeudi 30 mars 2023 et reprise par *Le Monde*, montre que les immigrés venant de pays où la religion structure la société se disent plus souvent religieux et ont davantage tendance à transmettre leurs pratiques à leurs descendants que le reste de la population. Cela vise non seulement les musulmans, mais aussi les chrétiens africains et certains milieux juifs. C'est assez naturel lorsque, dans le pays de départ, la religion organise bien plus la vie sociale qu'en France.

Mais, toujours d'après cette étude, cela ne dure qu'une ou deux générations. Ensuite l'effet s'affaiblit : par exemple, la pratique du port du voile diminue : 36 % des femmes musulmanes immigrées disent l'arborer, contre 17 % des descendantes de deuxième génération. Il en va de même de l'intensité de la pratique et des prières.

Ce texte conclut que « seuls 19 % des immigrés arrivés après 16 ans en France, et 26 % des descendants de deux parents immigrés » abandonnent leur religion familiale. Le mot « seuls » donne une connotation inquiétante, alors que le phénomène d'abandon est sensible.

Ce texte signale ensuite que cet abandon est plus élevé si on tient compte des couples mixtes de plus en plus nombreux.

Le rapport indique que selon l'Insee, « Les descendants d'immigrés musulmans ayant grandi dans des familles où la religion avait beaucoup d'importance (42 % des familles musulmanes) ont une probabilité élevée (70 %) de déclarer que la religion a une place très importante dans leur vie ».

Une « lecture à l'envers » signifierait plutôt que 58 % des familles n'accordent pas beaucoup d'importance à la religion, chiffre auquel il faudrait ajouter 30 % de 42 %, ce qui monte le total à 70 % !

Comme dans toute enquête sociologique, je pense que ces chiffres, tant favorables que défavorables, ne sont qu'indicatifs.

Je cherche simplement à montrer que tout sondage peut avoir deux lectures opposées, et que l'on se focalise souvent sur la plus inquiétante.

## **Pourquoi ce recul de la religion ou de la religiosité ?**

Une première raison me semble être que les [partis islamistes ayant déçu](#) (guerres civiles, échec économique, restriction des libertés...), certains musulmans se posent des questions sur l'islam lui-même.

Je l'ai constaté en Iran, où un mollah m'a dit qu'un gouvernement islamiste, c'est-à-dire politisant l'islam, ne pouvait que nuire à la religion.

Cela s'ajoute à une autre raison, qui a également joué pour les autres religions. La plus importante est peut-être l'urbanisation, qui a des conséquences en cascade : d'abord des contacts infiniment plus variés qu'au village ; ensuite, une scolarisation généralisée.

Certes, cette scolarisation est extrêmement teintée de religion dans les pays de la région que nous étudions, non seulement par des cours spécifiques, mais aussi via les cours d'histoire qui magnifient la diffusion de l'islam et la présentent comme un progrès pour l'humanité.

Mais il n'en reste pas moins qu'un scolarisé sait lire et écrire, en arabe, ou turc ou farsi (langue de l'Iran) et plus ou moins dans une langue internationale comme le français ou l'anglais.

Cela a deux conséquences.

1. Ce que j'appellerai « le syndrome de Luther » : lire et comprendre les textes sacrés (dans le cas de Luther, traduire en allemand la Bible alors en latin) amène certains à avoir un regard plus froid sur ces textes, qui cessent alors d'être mystérieux et impressionnants.
2. Celle qui mène aux médias écrits, dont Internet, où l'on tombe dans une grande diversité d'opinions, notamment celles imprégnées de la rationalité et de la science comme autres sources d'explication du monde ; ou encore celles insistant sur la liberté et la démocratie, qui ont déclenché [les printemps arabes](#).

Et, bien sûr, quand la scolarisation a eu lieu dans un milieu laïque, comme en France, l'évolution est encore plus rapide. Elle peut ensuite se répandre dans les pays de départ à l'occasion des vacances réunissant les familles au pays.

## Une rupture entre gouvernants et gouvernés

Pour les gouvernants, l'islam c'est commode. Comme le confucianisme en Chine, il prône l'obéissance aux parents et aux gouvernants. De plus, comme Dieu est tout-puissant, si le dirigeant est en place, c'est que Dieu l'a voulu. On comprend pourquoi de nombreux gouvernements proclament l'islam religion d'État.

Mais, s'il y a échec, cela se retourne aussi contre la religion, ou du moins certains de ces aspects. Au minimum, se répand l'idée qu'il s'agit d'une conviction privée n'ayant pas à être instrumentalisée politiquement. On est bien sûr dans ce cas à l'opposé de l'islamisme.

Quand, de plus, les formes publiques de la religion s'atténuent, on arrive à [la sécularisation](#), qui est en bonne voie dans de nombreuses villes de pays musulmans.

Malheureusement, ce qui est fourni au grand public ce sont plutôt des reportages sur la radicalisation que sur cette sécularisation.

## Les islamistes profitent de la focalisation sur leurs actions

Il est naturel que la presse occidentale aborde surtout la radicalisation à l'occasion des attentats islamistes, puis des procès qui leur font suite, à l'occasion des atrocités d'Al Qaïda puis de l'État islamique. Cela après la guerre civile en Algérie (les années 1990) et aujourd'hui les actions des djihadistes, du Sahel à la rive africaine de l'océan Indien.

C'est naturel et inévitable, mais cela engendre peur et méfiance vis-à-vis de tous les musulmans, et donc des attitudes de rejet ayant tendance à accentuer la radicalisation et à masquer le mouvement général de sécularisation.

Plus généralement, tout ce qui pousse à la séparation des communautés fait le jeu des islamistes. Ils rappellent que des communautés musulmanes ont disparu par assimilation, par exemple en Amérique latine où les musulmans étaient arrivés nombreux dans les années 1920. Il en reste aujourd'hui de nombreux noms de famille arabes précédés d'un prénom chrétien.

C'est pour cela que les islamistes insistent pour que la religion ne soit pas seulement une affaire personnelle, mais que les musulmans se structurent en communauté dans tous les pays. Ce que nous appelons « le séparatisme ».

Ils comptent pour cela sur un soutien médiatique et financier, notamment de l'Arabie qui aujourd'hui finance des mosquées jusque dans les plus petites communautés éloignées. Je suis par exemple tombé sur une magnifique mosquée payée par l'Arabie dans un petit village vietnamien à la frontière cambodgienne où il y avait quelques représentants de la minuscule minorité musulmane.

L'Arabie finance également de très nombreuses bourses pour l'université islamique de Ryad, et les étudiants qui y ont étudié reviennent au pays militer contre la sécularisation, et notamment contre ses vecteurs, l'anglais et le français qu'ils veulent remplacer par l'arabe, même quand ce dernier n'est pas une langue locale.

Quel que soit le pays, il y aura donc toujours une fraction activiste dans la population musulmane, mais le mouvement d'ensemble me semble partir dans la bonne direction, d'un point de vue occidental du moins.

## Qu'espérer de cette évolution ?

Cette évolution doit-elle tempérer les inquiétudes occidentales ?

À court terme ce n'est pas certain, car cela peut déclencher de violentes réactions islamistes, ces derniers sentant bien qu'une partie de leur base est en train de leur échapper.

On peut craindre également une réaction des gouvernants : on le voit en Iran, on le verra peut-être à l'occasion des élections turques, où les islamistes au pouvoir vont faire le maximum pour le conserver.

En effet, tout ce qui peut paraître positif pour l'Occident, à savoir l'ouverture, l'esprit critique, l'aspiration à la démocratisation, heurte profondément, non seulement les dirigeants en place, mais aussi la frange traditionaliste de la société. On peut donc s'attendre à un durcissement des répressions.

Une grande inconnue sera le rôle des femmes. Leur réaction a été accueillie favorablement par les hommes [en Iran](#), mais ça n'empêche pas le pouvoir de rester patriarcal et dictatorial.

Dans la plupart des pays, les mouvements féministes sont de plus en plus visibles, qu'ils soient laïques ou religieux, se fondant dans ce cas sur une interprétation moins « machiste » du Coran. À mon avis, même dans ce dernier cas, c'est un premier pas vers la déconstruction de la radicalisation.

En conclusion, il faut rester très attentif à l'évolution dans les pays musulmans, ne pas se borner aux politiques et aux déclarations de gouvernants locaux qui ne reflètent pas toujours les sentiments religieux de leur peuple.

Pour cela il faut lire les sondages aussi bien « à l'envers qu'à l'endroit » et suivre les résultats électoraux, en tenant compte bien sûr des moyens de pression du pouvoir, et notamment de la sélection des candidats (comme dans les pays communistes, les candidats, en Iran et probablement ailleurs, sont choisis par le pouvoir).

Le scrutin turc qui a [lieu le 14 mai](#) sera très intéressant. Il opposera le président sortant islamiste Erdogan à un « Alevi » issu de cette branche moderniste de l'islam, dont les représentants se font sporadiquement brûler vifs par des traditionalistes.

11 mai 2023 (Le Point)

[EXCLUSIF. Laurent Wauquiez, le grand entretien \(lepoint.fr\)](#)

## EXCLUSIF. Laurent Wauquiez, le grand entretien

Silencieux depuis presque deux ans, l'ancien ministre livre au « Point » son projet pour la France. Au-delà de LR, il souhaite convaincre les électeurs de Macron.

Propos recueillis par [Nathalie Schuck](#) et Valérie Toranian

**L**aurent Wauquiez a l'art de se faire désirer. Ou détester, c'est selon. Deux ans presque qu'il n'avait pas accordé d'entretien au long cours sur sa vision du pays. Des mois que nous le sollicitons. [Éric Ciotti](#), qui s'est senti bien seul lors du débat sur les retraites, a trouvé la pilule amère après l'avoir consacré comme le futur champion de la droite pour 2027. Ses propres amis ont douté de sa détermination à se lancer à la conquête de l'Élysée, redoutant qu'il ne disparaisse, à force de mutisme, du radar des Français. « *Les gens ont oublié que tu as été ministre, c'était il y a quinze ans !* » l'a sermonné l'un d'eux. Cette diète médiatique, le président de la région Auvergne-Rhône-Alpes la revendique : il voulait prendre du champ, se nourrir, réparer son lien avec les Français. Ce qui frappe d'abord, chez le Wauquiez nouveau, c'est qu'il a découvert, à l'approche de la cinquantaine, le sens de la nuance. Longtemps, ce normalien agrégé d'histoire, major de l'ENA, a semblé frappé du complexe du « *bac +18* », comme dirait [Nicolas Sarkozy](#), au point d'avoir parfois sciemment commis des fautes de français ou, de l'aveu d'un proche, mal assorti ses pantalons et ses vestes de costume pour ressembler au quidam. Au risque d'alimenter lui-même un procès en insincérité. Devenir chef de l'État suppose de la hauteur de vue et non de flatter les bas instincts en soufflant aux Français ce qu'ils ont envie d'entendre, lui a conseillé l'ancien président, qui le considère comme « *l'un des meilleurs de sa génération* », mais connaît ses travers.

**OPA.** De même ses adversaires l'attendaient-ils sur une ligne ultradroitière censée reconquérir les électeurs partis chez Marine Le Pen ou [Éric Zemmour](#). Dans nos colonnes, [Laurent Wauquiez](#) se livre au contraire à une OPA assumée sur l'électorat macroniste, qui sera orphelin dans quatre ans. Jamais il n'attaque frontalement [Emmanuel Macron](#). Il le snobe, l'enjambe, s'offrant même le luxe de lui décerner quelques bons points, dont ce satisfecit condescendant en diable : « *Il ne nous a pas fait honte.* » Pis qu'une pelletée de terre sur un second mandat qui a déjà des allures de fin de règne. S'il va au terme de son ambition, Wauquiez n'aura pas à affronter Macron. Il n'entend pas le défier, il veut lui succéder. Il parle peu, du reste, de sa famille politique, Les Républicains. Comme s'il aspirait à couvrir un large spectre, allant des Gilets jaunes tentés par le RN aux cadres supérieurs séduits par Édouard Philippe ou Bruno Le Maire.

En parlant de « *décadence* », terme que ne renierait pas Michel Houellebecq, à qui il voue un culte, il fait le pari qu'il touchera au cœur tous les Français, de gauche comme de droite, frappés par un sentiment inédit de déclassement du pays. Au-delà du constat, l'architecture de son programme présidentiel, puisqu'il s'agit de cela, repose sur quelques mesures radicales : suppression des autorités indépendantes et mise au pas des « *cours suprêmes* », accusées de produire de la norme technocratique en pagaille ; et une décentralisation à marche forcée qui ferait des régions françaises de véritables Länder.

### Repères

12 avril 1975 : naissance à Lyon.

**2001** : major de l'ENA, promotion Mandela.

**2004** : député de la Haute-Loire, benjamin de l'Assemblée, il succède à Jacques Barrot.

**2007-2012** : porte-parole du gouvernement Fillon, secrétaire d'État à l'Emploi, ministre des Affaires européennes puis de l'Enseignement supérieur.

**2008-2016** : maire du Puy-en-Velay.

**Mai 2011** : il dénonce les « dérives de l'assistanat », « cancer de la société ».

**Depuis 2016** : président de la région Auvergne-Rhône-Alpes, réélu en 2021 avec 55,2 %.

**2017** : président des Républicains. Il démissionne en 2019.

**2021** : il renonce à briguer l'Élysée et la tête de LR.

**César.** Qu'est-ce que le wauquiéisme ? « *Un bonapartisme conservateur* », tranche l'essayiste Mathieu Bock-Côté. « *Laurent réfléchit à la façon d'allier le Paris des Lumières à la France populaire. Il développe la thèse du César à la fois populiste et éclairé* », décrypte un parlementaire ami. « *Si je n'y arrive pas, ce sera Marine Le Pen* », répète l'ancien ministre. Ira-t-il jusqu'au bout ? Beaucoup, à droite, s'avouent sceptiques. « *Il colle au cahier des charges, mais est-ce qu'il a le caractère et la force d'y arriver ?* » doute en privé l'historien des droites Patrick Buisson, qui le conseilla un temps. Ses mois de silence ont alimenté les interrogations. À l'écouter expliquer qu'il ne voulait pas s'abîmer dans le « *siphon médiatique* », on peine pourtant à lui donner tort. À quoi bon user ses forces alors que l'élection présidentielle est dans quatre ans ?

Il est d'usage que les interviewés requièrent une relecture de courtoisie. Laurent Wauquiez est de ceux qui ne changent que des virgules. Il a toutefois biffé une phrase, la jugeant peut-être grandiloquente. Il s'y livrait à un rappel historique, soulignant qu'au sortir de la Seconde Guerre mondiale il n'y avait rien à faire, pas d'énergie à gaspiller. C'est en 1958, achevait-il, que le moment vint pour le général de Gaulle de tout reconstruire. On ne saurait mieux attester sa très haute ambition § Nathalie Schuck



**Big bang.** Laurent Wauquiez veut « réinventer » le modèle social français, « pas le rafistoler ».

**Le Point :** Vous regrettez votre silence lors du débat sur les retraites ?

**Laurent Wauquiez :** Pas du tout. J'ai choisi de prendre du recul ; cela ne vaut pas que pour les retraites, mais plus largement, car je pense qu'il faut qu'on remette tout à plat, qu'on réinvente tout. On ne pourra pas le faire en étant pris dans le tambour de la machine à laver de l'actualité. Regardez ce qu'est devenue la politique, l'effondrement abyssal du niveau du débat. Nous sommes englués,

comme jamais, dans une myopie politicienne, où nul ne produit plus de vision, alors que le pays traverse une crise majeure. Rien de positif ne peut sortir du brouhaha quotidien. Dans cet univers politique qui s'affaisse, nous avons le devoir de proposer autre chose. Pour autant, je ne me suis pas défilé sur les retraites. J'ai clairement donné ma position en disant que, au vu de la situation démographique, on ne devait pas s'opposer à cette réforme, même si une autre réforme était possible.

### **Laquelle : paramétrique ou systémique ? Avec une part de capitalisation ?**

Je pense à une approche totalement neuve. La réforme du gouvernement - encore une fois, je pense que nous ne devons pas nous y opposer - est une réforme du XX<sup>e</sup> siècle, selon le système de Beveridge : une même loi d'airain pour tous à 64 ans, sans souplesse ni marge d'adaptation. Ça ne correspond plus à notre société. Les Français veulent choisir et que les règles s'adaptent à leur mode de vie. Pourquoi ne pas leur offrir la possibilité de partir à la retraite quand ils le souhaitent, en adaptant le niveau de pension en conséquence ? « Je veux partir à la retraite à 55 ans, j'aurai une petite pension ? Ça me va. » « Mon boulot me passionne, je veux travailler jusqu'à 70 ans », très bien. « Je suis un jeune retraité, je m'ennuie, je veux reprendre une activité dix heures par semaine », pourquoi pas ? Nos règles administratives font tout pour décourager cela. Au nom de quoi impose-t-on la même règle à tout le monde ? Il faudra aussi donner de la souplesse sur la capitalisation, qui ne peut pas être réservée à des catégories comme les fonctionnaires. Ayons l'audace d'être la première nation à inventer le social du XXI<sup>e</sup> siècle à l'époque du big data et du sur-mesure.

### **Pourquoi ne pas l'avoir dit ? Vous auriez contribué à nourrir le débat. La position de la droite était illisible !**

Est-ce que, sur cette réforme, le gouvernement aurait dû s'y prendre autrement ? Sûrement. Est-ce que j'aurais préféré que la position de la droite soit plus claire ? Bien sûr. Mais est-ce qu'on pense que cette réforme va permettre le sursaut de la France ? Non. Si on accepte de prendre un peu de recul, on comprend tous que l'avenir du pays ne se résume pas à cette réforme. Je pense, pour ma part, que nous devons réinventer notre modèle social, pas le rafistoler. En 1945, notre pays était un modèle, il avait inventé un système social qui a fait la fierté française. C'est ce modèle qu'il faut repenser. C'est pour cela que je fais le choix d'un peu de silence - ce n'est pas la qualité première des politiques - pour me mettre dans une posture d'écoute plutôt que dans l'agitation du magma politique. Je l'assume, même si ça a pu susciter des interrogations.

### **Une partie du pays conteste toujours cette réforme, comme si les braises des Gilets jaunes couvaient encore. Quel est le mal qui nous ronge ? Pourquoi ne faisons-nous plus nation ?**

Toutes les démocraties occidentales sont frappées par un même mal profond, ce sentiment de délitement. C'est l'aboutissement de ce que j'appelle l'idéologie de la déconstruction. Le combat à mener est de même nature que celui de Raymond Aron face aux élites aveuglées par la pensée communiste, qui a fait tant de dégâts. Cette idéologie de la déconstruction, qui vient de figures intellectuelles comme Foucault, Bourdieu et Derrida, sévit dans les milieux universitaires, administratifs, médiatiques et politiques avec des conséquences catastrophiques. Elle repose sur l'idée que saboter l'ordre est libérateur. Elle aboutit à l'effondrement de l'autorité, celle du président de la République comme du professeur. Elle fait l'éloge de la paresse et de la violence. Elle prône la haine de notre culture, la soumission à des minorités agissantes, et conduit à ce que la minorité terrorise intellectuellement la majorité. C'est un renversement de tous les repères qui met sur le même plan l'élève méritant et celui qui ne fait rien, le délinquant et le policier, celui qui travaille et celui qui profite. C'est précisément le combat que je mène face aux mairies de Lyon et de Grenoble sur le burkini. Quel grand trouble de la pensée que de refuser de voir dans ce vêtement l'instrument d'oppression des femmes tout en prétendant se battre pour les droits des femmes, notamment en Iran ! Cette idéologie de la déconstruction des repères ébranle notre pays plus qu'aucun autre, parce



que la République française s'est construite sur des principes si bien décrits par l'historienne Mona Ozouf. Nous sommes une République des valeurs, pas des petits intérêts boutiquiers.

### **Vous parlez même de « décadence » !**

Dans cette détresse, il y a un sentiment d'effondrement de nos valeurs qui aboutit à une forme de tristesse. On a perdu la fierté de ce qu'était la laïcité à l'école, le sens de la méritocratie, l'ascenseur social, on s'est égarés dans l'assistanat. S'ajoute à cela, en effet, le sentiment d'une décadence française, la certitude que nous avons perdu quelque chose. Voyez la façon humiliante dont les Comores nous répondent sur la question migratoire et dont les grandes puissances internationales nous traitent ! Voyez l'état de nos services publics ! Les Français acceptaient de payer des impôts, mais ils avaient la fierté d'avoir des services publics. Aujourd'hui, on a toujours les impôts mais plus de services publics. Les Français vivent avec cette question angoissante : est-ce une fatalité ou peut-on y remédier ? Je suis convaincu que notre pays peut inverser le cours des choses et retrouver un espoir.



**Immersion.** Laurent Wauquiez en visite chez Tecofi, un fabricant de robinetterie à Corbas (Rhône), le 2 mai.

### **Emmanuel Macron a-t-il une part de responsabilité ?**

Je suis frappé que celui à qui on tressait hier tous les lauriers soit maintenant décrit comme la cause de tous les maux. Bien sûr, il a une part de responsabilité. Il va léguer au mieux une France coupée en deux, au pire un pays explosé en archipels. Les Français ne se comprennent plus. Un des enjeux de 2027 sera de porter une promesse de réconciliation, car on ne peut pas danser en permanence au-dessus de la guerre civile. Je suis convaincu qu'il y a encore des causes communes sur lesquelles les Français peuvent se rassembler. Pour autant, Emmanuel Macron n'est pas responsable de cette décadence. Il est responsable de ne pas avoir su la corriger. La vraie question n'est pas de savoir s'il est responsable de tous les maux mais de comprendre pourquoi il n'arrive pas à les résoudre, lui comme François Hollande et d'autres avant lui. Pourquoi est-ce que, quinquennat après quinquennat, les politiques n'influent plus sur le cours des choses ? Pourquoi, alors qu'on a eu des ministres de l'Éducation nationale de talent - par exemple Jean-Michel Blanquer -, n'ont-ils pas enrayer l'effondrement du niveau des élèves ? Malgré les lois qui se succèdent, pourquoi notre système de santé ne cesse-t-il de se détériorer ? De même sur la sécurité ou l'immigration. Alors que le ministre de l'Intérieur promettait de bonne foi il y a un an de mettre fin aux rodéos urbains, il n'y a eu aucun changement.

### **On entend votre diagnostic, mais qu'est-ce qu'on fait, concrètement ?**

Il faut aller à la racine du problème pour apporter la réponse, et je suis convaincu qu'on peut le faire. Nous traversons une crise d'efficacité, qui provoque une crise de la démocratie. Les Français confient des responsabilités aux politiques lors des élections, mais rien ne bouge. Vous pouvez élire qui vous voulez, rien ne changera tant qu'on ne s'attaquera pas à la cause du mal : la machine française est

bloquée car les pilotes ont perdu les commandes. Notre pays s'est ossifié et a perdu sa capacité à se mettre en mouvement. La France, qui était une machine à produire du succès, se retrouve dans une situation comparable à celle de la IV<sup>e</sup> République ; l'exécutif est en théorie tout-puissant, mais il est devenu un roi nu, un roi qui danse, certes, mais un roi nu.

### **Qui tient vraiment les commandes ?**

Le premier levier que les politiques ont perdu, c'est l'administration. Un État profond s'est constitué avec une administration qui s'est autonomisée du politique, voire politisée avec ses propres objectifs. Les autorités administratives indépendantes sont un monstre juridique. En vingt ans, nous avons multiplié les petites royautes administratives qui ne répondent plus à aucune instruction ! Quand l'Anses [*Agence nationale de sécurité sanitaire, NDLR*] prend cette décision surréaliste d'interdire un herbicide, elle court le risque de ruiner l'agriculture française et de provoquer potentiellement une famine au Maghreb ! Nous sommes face à une agence qui considère qu'elle n'a plus de comptes à rendre. Nous devons retrouver la belle tradition de l'administration française qui mettait son énergie à ce que les décisions issues du suffrage universel soient mises en œuvre. Pour moi, cela passe par la suppression de la quasi-totalité des autorités indépendantes comme la Cnil [*Commission nationale de l'informatique et des libertés*], l'Anses ou l'Arcom [*Autorité de régulation de la communication audiovisuelle et numérique, qui a succédé au CSA*]. Cette suppression relève d'une simple loi. Nous devons réaffirmer le fait que dans une démocratie, comme l'a décrit Rousseau, c'est la volonté politique exprimée lors du vote qui s'applique, le contrat social, et pas l'administration qui met en œuvre sa propre logique.

### **Les autorités indépendantes ne sont pas les seules responsables de l'état du pays !**

Le second obstacle vient du « coup d'État » organisé par les cours suprêmes. Je ne parle pas des juges qui font leur travail dans des conditions extrêmement difficiles, mais des cours suprêmes qui, dans les années 1970 et 1980, se sont arrogé le pouvoir d'écarter la loi. Elles ont plus de pouvoir aujourd'hui que des élus choisis par le peuple, alors qu'elles n'ont aucune légitimité démocratique ! Je pense à la Cour de cassation, au Conseil d'État, à la CEDH [*Cour européenne des droits de l'homme, NDLR*], à la Cour de justice de l'Union européenne et, en partie, au Conseil constitutionnel. Lorsqu'il contrôle la constitutionnalité des lois, il est dans son rôle. Pas quand il fait de la politique, comme Laurent Fabius, son président, qui exhume un prétendu principe permettant de s'asseoir sur les règles de la République pour accueillir des étrangers en situation irrégulière. Dans quel principe républicain est-ce écrit ?

### **Vous voulez supprimer des contre-pouvoirs ?**

À force d'avoir mis des contre-pouvoirs, il n'y a plus de pouvoir, c'est pour cela que rien ne change. Les Français le voient et en sont exaspérés. Quand les présidents de la République sont élus, ils montent sur le navire et s'aperçoivent qu'il n'y a plus de gouvernail... Voilà ce qu'est devenue la politique. Comment résoudre cela ? En inscrivant dans la Constitution un principe simple imposant que les plus hautes juridictions, à l'exception du Conseil constitutionnel, ne peuvent écarter la loi. Quand le peuple s'est exprimé, la loi qui traduit sa volonté doit s'appliquer. Quand la Cour de cassation vide de leur contenu les lois simplifiant le Code du travail pour faciliter l'embauche et réintroduit de la lourdeur, ce n'est pas normal. Quand le Conseil d'État accouche d'une jurisprudence qui rend quasi impossible l'exécution de reconduites à la frontière, ce n'est pas normal. Dans l'Histoire, aucun pays n'est sorti de la décadence sans changer la façon dont il était dirigé. Quand Octave récupère Rome au bord de la guerre civile, il comprend que l'Empire ne pourra pas être piloté avec les institutions de la cité romaine. Quand Bonaparte récupère la France épuisée par la Terreur, il comprend qu'il ne pourra vivre ni avec le modèle de l'Ancien Régime, ni avec le modèle de la Révolution. Nous sommes dans la même situation : tant qu'on ne changera pas la machine, on ne changera rien.

## **C'est du césarisme !**

Non, parce que le césarisme est précisément l'un de nos problèmes. Anatole France l'avait très bien anticipé : le danger est de ne plus avoir d'État en France, mais seulement des administrations. L'État centralisé a longtemps été une machine à produire du succès qui a permis le plan nucléaire, les grands programmes aéronautiques ou la conquête de l'espace. La fierté française était portée par un État centralisé avec des ingénieurs ayant une culture de l'action. Aujourd'hui, l'État centralisé est devenu un État de bureaucrates et de juristes qui produisent des normes, qui s'occupent de tout et donc de rien. On ne peut plus décréter d'en haut ce dont le pays a besoin, décider de tout à trois dans des conciliabules secrets à l'Élysée. Les Français veulent être responsabilisés, écoutés et pas étouffés dans une gangue administrative archaïque. Le niveau central doit se concentrer sur les grandes stratégies - c'était l'esprit initial de la V<sup>e</sup> République - et les acteurs locaux sur la mise en œuvre. Laissons faire les préfets, les maires, les élus locaux. Donnons de la souplesse au pays, offrons-lui cette respiration ! De la liberté !

## **Vous président, vous ne seriez pas Jupiter, en clair ? Déléguer aux territoires, n'est-ce pas courir le risque d'entraîner des dérives clientélistes sur le terrain ?**

La vérité, c'est qu'Emmanuel Macron n'a jamais été Jupiter. À force de vouloir décider de tout, il ne décide plus de rien. À force de s'occuper d'une masse de détails, il est passé à côté de la question énergétique. À force de décider lui-même de tous les chèques gouvernementaux, il est passé à côté de l'effondrement de l'Éducation nationale. Il n'est pas Jupiter, parce qu'il n'a pas vu revenir le retour de la menace géopolitique et a laissé notre armée se déliter. Cette façon de conduire le pays est devenue archaïque. L'esprit de la V<sup>e</sup> République, avec lequel je veux renouer, c'est un exécutif fort qui se concentre sur les grandes décisions. Le général de Gaulle l'avait compris en 1958 : pour que ça fonctionne, le président ne doit pas être encombré par l'intendance. Tout ce qui relève de la mise en œuvre doit être délégué.



**Soutien.** À Mornand-en-Forez (Loire), le 2 mai, Laurent Wauquiez a annoncé de nouvelles dotations régionales aux jeunes agriculteurs.

## **La critique des institutions s'est banalisée. On a entendu Mélenchon parler de « mauvaise République ». Comment revivifier notre démocratie ?**

Contester la légitimité du vote comme le fait la Nupes, c'est dangereux. Mais il est tout aussi périlleux de dire aux Français : « De quoi vous plaignez-vous, vous votez une fois tous les cinq ans ! Et, comme je ne me représente pas, je ne me sens plus aucun lien avec la volonté des Français. » Nous devons trouver une respiration démocratique dans ce pays, pour apaiser les tensions. Je regarde avec attention le système suisse et je pense qu'il faut institutionnaliser chaque année un rendez-vous, inscrit dans la Constitution, avec un référendum automatique. Pourquoi automatique ? Parce que, si le référendum est à la discrétion du président, les électeurs ne répondront pas à la question posée mais à celui qui la pose. Et il faut que ces rendez-vous démocratiques portent sur des

sujets sur lesquels on a besoin d'entendre le peuple, pas des traités internationaux à la technicité hors d'atteinte : que voulez-vous pour votre école, votre sécurité, votre retraite, votre système de santé ? J'entends d'ici ceux qui diront que les Français ne répondent jamais à la question. Je pense, pour ma part, qu'un peuple devient irresponsable quand on le méprise et qu'il se montre toujours à la hauteur quand on le consulte en lui laissant le choix.

**Vous ne parlez pas de la dette. Vous président, comment vous attaquez-vous au mur des dépenses publiques ?**

Comme président de région, je montre déjà que c'est possible. En sept ans, je n'ai pas fait un euro de dette supplémentaire et j'ai même fait des économies de 15 % sur les dépenses de fonctionnement, sans augmenter une seule taxe régionale. Le gaspillage de l'argent public n'est pas une fatalité. À force de « quoi qu'il en coûte » et de discours des ministres à Bercy, on a fini par penser que gérer correctement supposait du sang et des larmes. C'est faux. Les Français, comme les entreprises, gèrent chaque jour leur budget en équilibrant les dépenses et les recettes. Il n'y a que l'État français qui se soit émancipé de ces règles de bonne gestion. Je rappelle qu'en 2010 nous avons la même dette que l'Allemagne ! C'est une habitude récente de faire n'importe quoi avec l'argent public. J'avais mis en garde pendant le Covid : « Ne gaspillez pas l'argent des Français. » Oui, il fallait faire des chèques pour sauver l'économie, mais en expliquant que chaque euro doit être utile, pas en disant « quoi qu'il en coûte ». Et je suis convaincu que nous redresserons nos finances publiques avec cette règle simple : moins de dépenses d'assistanat, plus de reconnaissance du travail. Je suis confiant. Si on corrige la trajectoire, le redressement peut être beaucoup plus rapide et simple qu'on ne le pense.

**Vous êtes bien optimiste ! Les budgets en déséquilibre ne datent pas d'hier...**

Oui, à la fois très lucide sur le constat et résolument optimiste sur ce que peut être l'avenir. Il est très important pour les Français qui, dans cette période, sont pris par le découragement, que nous refusions de céder à la sinistrose actuelle, car je suis convaincu qu'il y a un espoir. C'est l'histoire de notre pays. Relisez l'*Histoire de France* de Jacques Bainville : alors que tout semblait perdu, on va chercher le sursaut. Louis XI parvient à reprendre la main face à Charles le Téméraire, alors que la France aurait dû être broyée par l'alliance des États bourguignons et de la maison autrichienne. En 1871, on perd l'Alsace-Lorraine, on est à terre, et on produit parmi ce qu'il y a de plus beau dans notre histoire : les impressionnistes, les chemins de fer, la tour Eiffel... Notre pays a toujours été capable de se redresser. Il faut le dire aux Français : c'est possible, ne renoncez pas, si on tranche le nœud gordien on se libérera. Mais à condition de poser le bon diagnostic et, pour y parvenir, de prendre du recul.

**Vous dites souvent : « Si ce n'est pas moi, ce sera Marine Le Pen. »**

Soit on arrive à se poser les bonnes questions pour dénouer les nœuds et à proposer un chemin aux Français, soit ce sera les extrêmes. Je ne pense pas que Marine Le Pen soit en soi un problème pour les Français, mais je pense que Marine Le Pen au pouvoir, c'est un problème pour les Français. Ce serait un choix hasardeux et dangereux, parce qu'en termes de compétences elle mènerait le pays au chaos, alors qu'il a besoin de reconstruction et de réconciliation.



**Impulsion.** Le président de région incite les Français à ne pas céder à la sinistrose.

**Avant d'arriver au pouvoir, tous les candidats ont le bon diagnostic. Mais après...**

Le sujet n'est pas seulement le diagnostic, mais comment changer une machine qui est faite pour que rien ne change ! Il faut d'abord remettre le pays en état de marche et ensuite fixer le cap, l'au-delà de la colline, le projet. Pour moi, la question du mérite sera la mère de toutes les batailles. Il faut remettre la reconnaissance du travail et de l'effort au cœur du fonctionnement de la société française. Ce sont des valeurs profondément républicaines, égalitaires, qui ont été trahies par la gauche. C'est ce qui permet au fils d'ouvrier de se dire : « Si je me donne du mal, je peux réussir avec autant de chances que celui qui vient des beaux quartiers de Paris. » C'est ce sur quoi s'est bâtie la France en sortant de la société des privilèges. Notre système ne reconnaît plus le mérite ni le travail. Un gamin qui se donne du mal devrait obtenir une bourse. Or on n'en distribue quasiment plus avant l'université. Quand vous êtes fonctionnaire, que vous vous donniez du mal ou pas, ça n'a aucune incidence sur votre promotion. Les grands clercs m'expliqueront qu'au XXI<sup>e</sup> siècle les Français ne veulent plus travailler. Je pense, moi, que les Français n'ont pas perdu le sens du travail ; c'est le travail qui a perdu son sens.

**La valeur travail a longtemps été le logiciel de la droite. LR a-t-il perdu sa boussole ?**

La défense du travail a toujours été dans notre ADN. Je tiens à dire qu'Éric Ciotti fait un travail courageux dans un contexte difficile, car il est très compliqué de reconstruire Les Républicains. Il s'y attelle avec courage.

**Il s'est senti un peu seul sur les retraites. Ça n'a pas jeté un froid entre vous ?**

Le lien qui nous unit est profond et durable. Il est fait d'une amitié qui dans les moments difficiles permet de se dire les choses. Nous partageons la même volonté de préparer le sursaut du pays. Maintenant, je crois que notre famille doit totalement se réinventer, sur la question des services publics par exemple. La droite en a eu pendant longtemps une vision purement comptable et les regarde comme un coût qu'il convient de réduire. Le sujet aujourd'hui est d'abord de faire en sorte qu'ils fonctionnent ! Je fais quasiment chaque semaine une visite en immersion, sans média ni collaborateur, pour écouter. Je suis allé dans un lycée, où j'ai été abasourdi par le niveau de mathématiques ; j'ai accompagné des pompiers à Melun ; j'ai vu à Valence des services d'urgence qui n'arrivent plus à faire face ; j'ai été dans une maison de retraite, où j'ai pu mesurer l'épuisement face à des règles administratives qui visent d'abord à protéger ceux qui les édictent ; j'ai accompagné en tournée de nuit les policiers de la BAC, qui m'ont expliqué qu'ils ont instruction de ne plus poursuivre les véhicules qui refusent d'obtempérer. On en est là en France ! Arrêtons de faire croire que ceux qui travaillent dans les services publics sont des privilégiés, des ronds-de-cuir qui ne feraient pas leur boulot. J'ai surtout vu des gens dévoués mais épuisés par des règles administratives qui ont perdu toute forme de bon sens. Des services publics efficaces sont un atout, la droite doit changer sa façon de les regarder.

### **Tout en faisant des économies ?**

Cette question viendra, mais il faut d'abord que ça marche. Un service public qui coûte mais qui remplit sa mission, ça me va. Je suis prêt à mettre de l'argent dans l'Éducation nationale si, à l'arrivée, les enfants sortent de primaire en sachant lire, écrire et compter.

### **Faut-il augmenter les profs ?**

C'est une question que je me pose très clairement. On ne dépense pas l'argent là où il faudrait. Nous sommes le pays qui a les plus importantes dépenses d'assistanat et l'un de ceux qui paient le moins leurs professeurs. Un poste sur cinq environ dans les concours n'est pas pourvu, cela doit nous interpeller. Je pense aussi qu'il faut qu'on régionalise fortement nos services publics. Que l'État fixe les grands principes et les objectifs au niveau national et que le local s'occupe de la mise en œuvre.

### **Cela créerait une inégalité de fait, avec des régions plus riches que d'autres !**

C'est le système actuel qui crée l'inégalité. Aujourd'hui, selon que vous habitez un territoire rural ou Paris, la différence d'espérance de vie est de cinq ans ! On peut corriger les inégalités en donnant plus de moyens aux régions plus pauvres.

### **Mais ce ne serait plus la « République une et indivisible »...**

Mais elle n'existe plus, cette République une et indivisible, on l'a laissée se fragmenter ! Arrêtons de nous gargariser de mots. Je suis allé au lycée des Minguettes [à Vénissieux, NDLR] : il n'est même plus mixte. Les enseignants m'ont expliqué qu'ils avaient de plus en plus de mal à enseigner la Shoah et que l'Éducation nationale ne les soutenait pas. C'est en laissant faire les acteurs locaux sur le terrain qu'on pourra reconquérir le terrain perdu.

### **Faut-il avoir peur de l'intelligence artificielle ?**

On trouve le meilleur et le pire dans l'IA. Ne sous-estimons pas nos atouts. L'IA nous pousse à la créativité, et l'esprit gaulois est créatif, il a ce côté insurgé, rebelle. Pourquoi nos ingénieurs réussissent dans la Silicon Valley ? Parce qu'ils ont ce substrat culturel, qu'ils sont habitués à être créatifs, là où l'esprit allemand est dans le process. Nous, Français, ne sommes pas bien dans un pré trop bordé, on aime les chemins de traverse. Je pense que c'est très adapté au défi que représente l'IA. Pour autant, il ne faut pas s'aveugler sur le danger que représente pour nos démocraties le fait de ne plus pouvoir discerner le vrai du faux. Le devoir du politique est donc de fixer des limites. Asimov avait bien anticipé l'IA avec sa loi sur les robots ! Mettons en place une régulation internationale, qui relève à mon sens de l'ONU, autour de quelques règles simples : si un contenu a été créé par une IA, on a le droit de le savoir ; de même, ChatGPT est fascinant mais s'assoit sur tous les droits d'auteur ! C'est une compétition où l'Europe doit être au rendez-vous. Sans une France en ordre de marche, nous subirons.

### **Qu'avez-vous appris des épreuves que vous avez traversées ? Ça vous a changé ?**

Oui, j'ai connu des échecs. Oui, j'ai pris des cicatrices. J'ai appris ce qu'est la solitude de l'échec. J'ai appris à me remettre en question, et ça m'a fait beaucoup de bien. J'ai appris l'importance de l'écoute et de l'humilité. C'est fondamental quand on veut s'occuper de la destinée d'un pays. En politique, l'ambition n'est pas un gros mot, mais ça ne doit pas être une ambition autocentrée où le seul objectif est de monter les marches de l'escalier, en oubliant pourquoi on fait de la politique. Des présidents qui ont comblé leur ego en étant élus à l'Élysée, on en a sur toutes les étagères de notre histoire. Des présidents qui ont inversé le cours des choses, c'est plus rare !

### **Vous avez un modèle ?**

Georges Pompidou. Comme de Gaulle, c'était un habile politique, mais il n'oubliait jamais la fin ultime : le redressement du pays. C'est mon unique détermination aujourd'hui. J'ai été porte-parole du gouvernement et je me suis laissé intoxiquer un temps par cette facilité qui consiste à penser qu'en sortant une petite phrase, en faisant le buzz, on remplit sa mission. Comme président de région, je suis hanté par l'obsession de faire. C'est important pour moi que les Français puissent se

dire : « Il n'a pas toujours réussi, mais il s'est remis en question, il a avancé, et, dans sa région, il est capable de faire travailler des gens ensemble et d'atteindre des résultats. » Nous l'avons fait au moment du Covid, nous le faisons en ce moment où près de la moitié des projets de relocalisation industrielle en France se font dans notre région. Pour leur avenir, les Français voudront de l'expérience, car ils ont vu les limites d'un président de la République auquel il aura sans doute manqué d'avoir appris en gravissant les échelons petit à petit.



**Valeurs.** Laurent Wauquiez veut remettre le travail et le mérite au centre du logiciel économique français.

### **Quel est votre plus grand regret ?**

Je me suis, par moments, laissé abîmer, entraîner vers le bas par une politique médiocre, par l'affrontement politicien et le jeu des petites phrases. C'est une erreur d'aller toujours plus loin dans le siphon médiatique, de suivre la vague de la mode du moment. Parmi les choses que m'a apprises Nicolas Sarkozy, il y a cette leçon : « Les Français ne veulent pas des politiques qui répètent ce qui se dit, mais des politiques qui sont capables d'interpréter ce qu'il faut faire. »

### **C'est le procès en insincérité qui vous est souvent fait...**

Bien sûr que parfois j'ai pu faire preuve d'impulsivité ; bien sûr que ma façon de dire, un peu directe, n'est pas toujours parfaitement ripolinée, mais sur mes convictions chacun peut juger de ma constance. J'ai dénoncé le cancer de l'assistantat il y a douze ans. Beaucoup de ceux qui disent la même chose aujourd'hui me faisaient alors des leçons de morale. Il y a neuf ans, j'ai écrit un livre sur l'Europe où j'alertais sur le danger d'une crise énergétique majeure. J'ai consacré très tôt un livre aux classes moyennes. J'ai expliqué dans votre journal qu'on aurait besoin d'un protectionnisme européen. Que n'ai-je pas entendu... Je n'ai pas changé d'avis. Quand Macron va voir Biden sur le protectionnisme américain, celui-ci lui répond : « Mais faites donc pareil ! »

### **C'est ce que vous appelez « la fin de la mondialisation naïve » ?**

Nous sommes à un tournant historique majeur. On nous a vendu le rêve de la mondialisation heureuse, du village global sans frontières, sans guerre, avec des mégapoles connectées entre elles, sans usines, sans se soucier de savoir où l'on produisait. Ce modèle est mort. C'est la fin de « la fin de l'Histoire », pour citer Fukuyama. Le Covid, puis le conflit en Ukraine et la crise énergétique nous ont montré à quel point il était dangereux de dépendre des autres. La mondialisation n'est pas heureuse, c'est une compétition entre nations dans laquelle, par naïveté, nous avons sacrifié nos intérêts et notre souveraineté. Nous devons trouver un modèle alternatif qui permette à la France de défendre ses intérêts dans cette compétition en reconstruisant son tissu économique, en relocalisant la production là où sont les talents : dans nos territoires. Construisons une France des régions heureuses. C'est le modèle vertueux qui réussit dans le monde : au Texas, en Bavière, en Lombardie, en Flandre. La spirale pernicieuse dans laquelle nous sommes peut s'inverser. Je veux adresser ce message : on doit redonner au pays, dans sa profondeur, un avenir et sa dignité.

### **Vous ne mettez rien au crédit d'Emmanuel Macron ?**

Vous l'avez compris, je ne suis pas dans une posture de critique politicienne, parce que ça ne répondra pas à nos problèmes. Bien sûr qu'il y a eu des choses utiles : la baisse du chômage, le redressement de l'apprentissage, un discours probusiness pour éviter que ceux qui réussissent quittent la France. Je ne dirais pas que Macron, c'est la catastrophe. Il a réussi des choses, mais il n'a pas enrayé la décadence. Et c'est notre défi.

### **A-t-il restauré l'image de notre pays dans le monde ?**

Soyons justes : Emmanuel Macron a réussi à incarner la France à l'international. Il a donné une impulsion au niveau européen, il a porté une ambition, des idées. Il ne nous a pas fait honte, contrairement parfois à son prédécesseur. Mais le poids de la France a continué à s'affaiblir.

### **Que répondez-vous aux jeunes générations qui parlent d'écologie et de décroissance ?**

Quand je pense à mes enfants, ça me révolte de me dire qu'on fait peser un tel poids sur leurs épaules. Certains jeunes en viennent à penser que, pour agir pour la planète, il faut ne pas avoir d'enfants. Quelle tristesse ! Je crois à une écologie positive, une écologie de l'enracinement. Si vous voulez protéger notre planète, la première chose à faire c'est d'éviter que les produits que nous consommons aient fait trois fois le tour du globe avant d'arriver chez nous. Une politique écologique en France, ce n'est pas fermer les usines, c'est au contraire produire davantage chez nous et diminuer les importations. La première réponse que nous pouvons apporter au dérèglement climatique, c'est la réindustrialisation de notre pays. C'est aussi cela que j'ai en tête quand je parle de cette ambition de reconstruire une France des régions heureuses.

### **La guerre en Ukraine nous oblige-t-elle à repenser sérieusement la défense européenne ?**

Je continue à croire en la nécessité d'une Europe puissante dans bien des domaines, en particulier pour nous rendre plus forts dans cette compétition qu'est la mondialisation. Mais, en matière de défense, la priorité absolue c'est de doter notre armée des moyens dont elle a besoin pour continuer à assurer notre protection.

Et je veux pousser un cri d'alarme. Il se joue avec ce conflit un drame potentiellement de la même nature que la crise ukrainienne et qu'on laisse se dérouler en silence dans l'hypocrisie internationale. Une partie de la communauté arménienne est prisonnière d'un blocus perpétré par un dictateur, Ilham Aliiev, qui a pour but de relancer le génocide commis en 1915 en exterminant les Arméniens. Je me suis rendu devant le corridor de Latchine. Près de 120 000 personnes sont bloquées dans le territoire d'Artsakh [*le Haut-Karabakh, NDLR*], au mépris des règles internationales. L'Azerbaïdjan occupe plus de 150 kilomètres carrés d'un pays souverain. C'est extrêmement grave. La France a le devoir d'intervenir. Je demande au président Macron d'organiser un convoi international sous l'égide de la France pour acheminer de l'aide aux familles d'Artsakh et mettre fin à ce blocus. N'oublions pas que, lorsque nous étions sous le joug des nazis, les Arméniens réfugiés en France, qui n'avaient même pas la nationalité française, ont pris les armes pour nous défendre. Défendre l'Arménie, c'est défendre plus que l'Arménie, c'est lutter contre la barbarie §



11 mai 2023 (Le Point)

[La « bonne » République de Mélenchon, c'est Chavez ? Maduro ? \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

## La « bonne » République de Mélenchon, c'est Chavez ? Maduro ?

ÉDITO. Petit décryptage de la méthode LFI, qui surfe sur une prétendue illégitimité du pouvoir tout en se réclamant des pires dirigeants d'Amérique latine.

Par Étienne Gernelle



Jean-Luc Mélenchon, l'imprécateur ! © Samuel Boivin / NurPhoto / NurPhoto via AFP

Publié le 11/05/2023 à 07h30

**D**es héros. [Christophe Prudhomme](#), conseiller régional d'Île-de-France apparenté La France insoumise et délégué national de la CGT Santé, et quelques camarades ont été - au péril de leur vie, certainement - manifester devant le siège du tout-puissant parti Renaissance, **en scandant** : « [Louis XVI, on l'a décapité ; Macron, on peut recommencer.](#) »

Valeureux Insoumis face au despotisme... Leur saint patron, [Jean-Luc Mélenchon](#), avait auparavant donné l'exemple en s'attaquant à la dictature en place : « [À bas la mauvaise République](#) », a-t-il récemment déclaré...

Il faut dire que ce dernier coup est génial : Mélenchon prône depuis longtemps une « VI<sup>e</sup> République », ce qui lui permet habilement d'esquiver lorsqu'on relève le caractère séditieux de sa phrase. Et, malgré tout, le « à bas » infuse. La méthode [LFI](#), c'est l'infusion. Comme cette petite musique de l'illégitimité du pouvoir sorti des urnes, qu'elle joue depuis 2017, citant les pourcentages des inscrits (et non des votants) qui se sont portés sur [Emmanuel Macron](#), et omettant de préciser que son propre score est dans tous les cas bien moindre...

**Complaisance.** Évidemment, on a bien le droit de critiquer nos institutions ! [Jean-François Revel](#), figure du *Point*, ne s'en privait d'ailleurs pas, pourfendant ce qu'il appelait une « *présidentocratie* ». Sauf qu'il le faisait **au nom de la démocratie libérale**, de la modération, invoquant Tocqueville et [Aron](#). L'argumentation mélenchonienne, elle, convoque plutôt le folklore révolutionnaire **tendance 1793** (pas la meilleure période !), et surtout se double d'une **spectaculaire complaisance envers de vraies dictatures contemporaines**. Jean-Luc Mélenchon a ainsi fait **l'apologie d'Hugo Chavez** - une « *source d'inspiration* », disait-il - dans un élan amoureux d'ailleurs partagé notamment par Nicolas Dupont-Aignan et Florian Philippot. Cette admiration se reporta ensuite sur son successeur, Nicolas **Maduro**. **Appauvrissement généralisé (enfin, sauf pour les amis du pouvoir...)** et **embastillement des opposants** : c'est donc cela la « bonne » République de **Mélenchon** ? Le chef suprême de LFI a aussi souvent clamé **son admiration pour Fidel Castro**, cet autre ami certifié des droits de l'homme et de la prospérité.

Ah ! les jolies références... Les déboires de ses « modèles » entament toutefois rarement l'assurance de l'Insoumis suprême. « *Quand on est sûr d'avoir raison, s'amuse notre cher Wolinski, on n'a pas*

*besoin de discuter avec ceux qui ont tort* »... Les chefs de LFI - tout comme leurs compères lepénistes - ont ainsi longtemps préféré dénoncer l'Otan plutôt que Poutine, et se sont prononcés contre la livraison d'armes à Kiev alors même que l'invasion avait commencé. La résistance de la démocratie ukrainienne, au prix du sang, ne les a visiblement pas plus émus que cela. Ils ont concédé, tout au plus, quelques condamnations morales sur un ton - pour une fois - assez sobre.

**Accointances et indulgences.** Les adeptes de Mélenchon (en chœur avec ceux de Le Pen) préfèrent se concentrer sur les vrais tyrans, qui, c'est connu, résident à... Bruxelles. Qu'importe que la révolte ukrainienne ait commencé en 2013 sous le nom d'Euromaïdan, avec nombre de drapeaux européens : Manon Aubry, il y a quelques jours, a cru bon de proclamer que « *le drapeau européen, ça renvoie aussi à une forfaiture démocratique quand on est français* ». Une allusion au traité de Lisbonne, ratifié par le Parlement et non par référendum. Alors ne les ennuyez pas trop avec ces chars russes...

Curieusement, Jean-Luc Mélenchon n'est toujours pas trop embêté par ses accointances et indulgences. Fatigue, lassitude, ou sympathie médiatique ? Étonnamment aussi, **Olivier Faure (lequel s'est maintenu à la tête du Parti socialiste grâce à la fraude)**, qui pratique la gémulation presque quotidienne devant le général Mélenchon, est aussi épargné. Il semble même ne pas exclure de faire liste commune avec LFI aux élections européennes de l'an prochain. Heureusement, beaucoup, au PS, s'y opposent farouchement. On les comprend.

On a le droit de préférer la « mauvaise » République et la « forfaiture démocratique » de l'Europe à la « bonne », qui, à en juger par les critères mélenchonniens, fait franchement froid dans le dos.

11 mai 2023 (Le Point)

[Surpopulation carcérale : la contrôleuse des prisons étrille l'inertie de l'État \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

## Surpopulation carcérale : la contrôleuse des prisons étrille l'inertie de l'État

Les maisons d'arrêt « débordent » et l'État « détourne le regard ». Dans son rapport annuel, Dominique Simonnot critique l'inaction coupable de l'État.

Par N.J. avec AFP



Dominique Simonnot, la contrôleuse des prisons, alerte sur la surpopulation carcérale et l'inaction de l'État. © LIONEL BONAVENTURE / AFP

Publié le 11/05/2023 à 07h35

**D**ès l'avant-propos de son rapport annuel publié ce jeudi 11 mai, [Dominique Simonnot, la contrôleuse des prisons, étrille l'action de l'État](#). « Inertie, définition : manque d'activité, d'énergie. État de ce qui ne bouge pas ou peu. Synonymes : apathie, immobilisme, inaction, facilité. » Trois ans après son arrivée à la tête de cette instance indépendante, à l'automne 2020, elle dresse, de nouveau, un tableau très noir [des atteintes aux droits dans les prisons](#), mais aussi dans les hôpitaux psychiatriques ou les centres de rétention administrative.

Elle qui ne voulait pas « servir d'alibi » et qui comptait voir ses recommandations, bien que non-contraignantes, appliquées « avec la plus grande fermeté » a décrit des maisons d'arrêt qui « débordent » et un État « qui détourne le regard ». Dominique Simonnot y expose « l'inertie coupable » du gouvernement face à la surpopulation carcérale record en France. « L'inertie est un mur auquel se heurtent les alertes incessantes du Contrôleur général des lieux de privation de liberté (CGLPL) sur l'état déplorable des lieux qu'il visite », se désole l'ancienne journaliste du *Canard enchaîné*.

### 2 000 places créées pour 15 000 promises

La contrôleuse générale alerte sur un nouveau **pic historique** qui vient d'être atteint dans les prisons françaises avec **73 080 détenus au 1<sup>er</sup> avril pour 60 899 places**, et **un taux d'occupation moyen qui grimpe à 142,2 % dans les maisons d'arrêt**. Cette surpopulation record inflige « aux prisonniers de **vivre à trois par cellule, 21 heures sur 24 – dans moins de 1m<sup>2</sup> d'espace vital par personne –**, d'être grignotés par les punaises, envahis par les cafards et les rats », égrène Dominique Simonnot. Elle contraint « 2 100 d'entre eux à dormir sur un matelas au sol », pointe-t-elle.

L'autorité indépendante, rappelle-t-elle, « recommande depuis 2017 » la mise en place d'un mécanisme de régulation carcérale inscrit dans la loi, qui permettrait d'examiner les possibilités de sortie d'un prisonnier en fin de peine avant de faire rentrer d'autres détenus. Mais « malgré des démarches insistantes [...], les pouvoirs publics ne semblent pas déterminés à modifier l'état du droit », regrette la CGLPL.

Dans son rapport, elle tance la « **solution avancée par l'État** » pour lutter contre le fléau de la surpopulation carcérale, **celle de la construction de 15 000 nouvelles places de prison d'ici à 2027**. Une « fameuse promesse fleurant le rance, puisque **ces 15 000 places étaient déjà proclamées en 2017 pour 2022** » et ont été « très modestement réduites à 2 000 fin 2021 », accuse la contrôleuse générale.

## **Même constat dans tous les lieux de privation de liberté**

La CGLPL, qui est chargée de veiller au respect des droits fondamentaux dans les prisons, mais aussi dans les hôpitaux psychiatriques, les centres de rétention administrative, les centres éducatifs fermés et les locaux de garde à vue, a effectué 115 visites de contrôle d'établissements en 2022. **Dans tous ces lieux de privation de liberté, le constat de la contrôleuse générale est également « très alarmant ».**

Concernant les hôpitaux psychiatriques, la CGLPL déplore des « atteintes » portées « à l'égalité d'accès aux soins, à la liberté d'aller et venir, et parfois même à l'obligation de protection » des patients, dans un « contexte de pénurie médicale et soignante ».

Dominique Simonnot s'inquiète, par ailleurs, d'une « gestion de plus en plus sécuritaire » des centres de rétention administrative (CRA), « où sont parqués – pas d'autre mot – les étrangers en voie d'expulsion », et où « les activités y sont plus que rares, les cours de promenade très exigües, les chambres sales et dégradées, l'information sur les droits parcellaire ».

## **Mais « l'espoir demeure »**

Dans ce contexte, l'accroissement des capacités de rétention, annoncé à l'occasion d'un débat sans vote sur l'immigration en décembre à l'Assemblée nationale, « porte le risque d'une multiplication des atteintes aux droits », prévient la contrôleuse générale.

De l'ensemble des constats contenus dans ce rapport de 188 pages « surnage [...] le sentiment d'un abandon de l'État », considère-t-elle. « Cependant, l'espoir demeure », assure Dominique Simonnot, se « félicitant » que les bâtonniers des ordres d'avocats se soient saisis de leur nouveau droit de visiter les prisons, cellules de garde à vue et centres de rétention, tout comme les parlementaires.

« Et plus de monde verra et constatera ce que dénonce le CGLPL, plus vite avanceront les chances de changement. Sans quoi, cette inertie coupable perdurera », conclut-elle.

11 mai 2023 (Le Figaro)

[Eugénie Bastié: «Et si les femmes ne devaient rien au féminisme?» \(lefigaro.fr\)](#)

«Et si les femmes ne devaient rien au féminisme?»

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié hier à 19:50 , mis à jour hier à 19:50

**CHRONIQUE - Véra Nikolski montre que la fin du patriarcat n'est pas due aux luttes féministes mais à la révolution industrielle et au progrès médical. La fin de l'abondance remettra-t-elle en cause l'émancipation féminine?**

«Je préfère les femmes qui jettent des sorts aux hommes qui construisent des EPR»: on se souvient de cette phrase de l'inénarrable [Sandrine Rousseau](#). Loin d'être une simple boutade, cette sortie résume à merveille la vulgate d'une certaine gauche féministe et écologiste qui voudrait réunir, sous le visage unique de l'ennemi, le capitalisme, le productivisme et le patriarcat. **Ce que la députée de la Nupes appelle l'«androcène», qu'elle invite à «congédir» pour atteindre enfin l'égalité totale entre hommes et femmes. Dans un livre puissant et passionnant, *Féminicène (Fayard)*, Véra Nikolski, normalienne et docteur en science politique, balaie magistralement cette thèse.**

Qu'est-ce que le «féminicène»? C'est l'ère dans laquelle nous vivons, celle où l'égalité entre hommes et femmes a atteint un comble historique. Et ce n'est pas un hasard si ce summum d'égalité est atteint au moment même où la dégradation de l'environnement et l'épuisement des ressources naturelles atteignent leur apogée: **il y a un lien entre le productivisme technicien - ce qu'on appelle désormais «anthropocène» - et l'émancipation des femmes, qui n'est pas un lien d'antagonisme mais de corrélation.** Pour le comprendre, il faut se plonger dans l'origine du patriarcat et les causes réelles de l'émancipation féminine.

**La propagande néoféministe ne cesse de le marteler: ce serait grâce aux «luttes» des féministes que les femmes auraient conquis leurs droits.** Mais qu'est-ce qu'une victoire obtenue sans barricades, sans grève, sans violence, qui parvient à renverser en soixante-dix ans un système vieux de 100.000 ans? **La libération n'a pas été arrachée, mais accordée, tombée comme un fruit mûr de l'arbre pourrissant d'un patriarcat privé de ses fondements.** Les néoféministes sont embarrassées par l'origine biologique du patriarcat. Elles évacuent en général le problème en postulant une construction sociale de la domination masculine depuis l'aube de l'humanité. C'est bien sûr faux: **l'invariant anthropologique de la domination masculine n'a pas pour fondements des facteurs sociaux ou idéologiques, mais des contraintes matérielles et physiques.**

Le vrai point de bascule pour l'émancipation féminine n'est pas la bataille des suffragettes du début du XXe siècle, mais l'invention de la machine à vapeur en 1784

**Dans un environnement hostile, où la priorité est l'impératif de survie, le dimorphisme sexuel (le fait que la femme engendre dans son propre corps et l'homme engendre dans le corps d'autrui) produit des avantages comparatifs (la femme enceinte et allaitante pouvant moins se déplacer, la chasse devient une prérogative masculine) et donc une division sexuelle du travail qui se sédimente culturellement.** C'est pourquoi le vrai point de bascule pour l'émancipation féminine n'est pas la bataille des suffragettes du début du XXe siècle, mais l'invention de la machine à vapeur en 1784. *«L'émancipation des femmes est l'enfant de la révolution industrielle.»*

Nikolski est un peu la Jancovici du féminisme. Tout comme l'ingénieur devenu iconique nous rappelle combien le progrès technique nous est devenu familier au point que nous oublions ses conditions d'existence (une énergie abondante et bon marché), **Nikolski nous rappelle les soubassements technologiques de l'émancipation féminine. La mécanisation, qui dévalue la force physique et**

**l'avantage comparatif masculin, l'allègement du travail domestique par la machine (lessive, confection des vêtements, vaisselle), le progrès médical qui fait chuter drastiquement la mortalité infantile et celle des femmes en couches: voilà ce qui a rendu l'émancipation des femmes possible.** Ce ne sont pas les sorcières et les féministes qui ont libéré les femmes, mais le pétrole, les antibiotiques et l'aspirateur. Les femmes devraient élever des statues à Pasteur plutôt qu'à Olympe de Gouges.

## **Nikolksi plaide pour un «féminisme de faire»**

La démonstration est convaincante. Le livre de Véra Nikolski, avec sa **perspective matérialiste**, dit l'inverse de **celui de Patrick Buisson, *Décadanse, que nous avons chroniqué ici même***: non, ce ne sont pas les idées qui gouvernent le monde, c'est la superstructure économique et technique qui fait basculer les comportements. Ainsi, rappelle Nikolski, **la pilule et l'avortement, réclamations féministes, ne viennent que couronner un processus: la maîtrise des naissances n'avait aucun sens dans un monde où la mortalité infantile atteignait 45 % (1820).**

**Est-ce la science ou l'idéologie qui mène le monde?** La vérité doit être à mi-chemin entre les deux, car, sinon, comment expliquer que l'Occident chrétien ait été le terreau le plus fertile de l'émancipation féminine? **Le Japon qui cumule patriarcat et développement industriel est un contre-exemple, ainsi que les pays du Golfe où la religion est venue freiner le développement des femmes.**

**Le livre de Véra Nikolski devient crucial lorsqu'il se projette dans l'avenir.** Si l'émancipation féminine est due à la civilisation thermo-industrielle, reposant sur des sources d'énergie abondantes et peu chères, que va-t-il se passer lorsque celle-ci va disparaître? On peut discuter à l'infini des scénarios effondristes adoptés par l'auteur, reste qu'on ne peut contester que le XXI<sup>e</sup> siècle sera pour l'Occident plus pauvre, plus chaotique et plus violent que les 70 dernières années. **Or, «en ignorant la fragilité des conditions sur lesquelles repose leur émancipation, les féministes ne se donnent pas les moyens de les préserver».**

Dans ***Ravage***, la dystopie de **Barjavel** où la civilisation s'effondre faute d'électricité, la polygamie est de retour et les femmes sont vouées à la procréation. **C'est le sort qui nous guette dans un scénario de décroissance, avertit Nikolski.** Ce ne sont pas les arrêts de la Cour suprême américaine qui occasionneront le «backlash» historique, mais la pénurie de médicaments et le retour de la mortalité infantile. **Vouloir la décroissance et l'émancipation féminine, c'est vouloir le beurre et l'argent du beurre.** Parce que nous n'échapperons sans doute pas à la première (la fin de l'abondance est déjà en route), il faut nous préparer à la seconde. **C'est pourquoi Nikolksi plaide pour un «féminisme de faire», à rebours du féminisme de la plainte d'aujourd'hui. «Ne vaut-il pas mieux armer les femmes plutôt que de les protéger?»**, se demande l'auteur, elle-même pratiquante des arts martiaux.

Ce livre brillant, subtil et salutaire est à mettre entre les mains de toutes les jeunes filles, plutôt que des manuels d'écriture inclusive. **Il dit aux femmes: arrêtez de vous plaindre, battez-vous, investissez les filières scientifiques, ne réclamez pas, prenez et créez vos places.** **Suivez les pas de Marie Curie, George Sand ou Madeleine Brès (première femme médecin) plutôt que ceux de Caroline De Haas, Sandrine Rousseau et Adèle Haenel. Moins de sorcières, plus de femmes ingénieurs nucléaires!**

VÉRA NIKOLSKI

# FÉMINICÈNE

LES VRAIES RAISONS DE  
L'ÉMANCIPATION DES FEMMES  
LES VRAIS DANGERS  
QUI LA MENACENT

fayard

*Féminicène*, de Véra Nikolski, Fayard, 325 p., 21.50 €. *Fayard*

10 mai 2023 (FAZ)

[Migrationsforscher Ruud Koopmans: „Unser Asylregime ist ungerecht“ \(faz.net\)](#)

MIGRATIONSFORSCHER KOOPMANS:

„Von Asyl-Schnellverfahren erwarte ich keine Fortschritte“

VON [TIM NIENDORF](#)

-AKTUALISIERT AM 10.05.2023



Gefährliche Fahrt: Migranten auf einem Schlauchboot etwa 50 Kilometer vor der libyschen Küste im Mittelmeer Bild: EPA

Asylverfahren in Drittstaaten auslagern? Das fordert Migrationsforscher Ruud Koopmans. Den britischen Ruanda-Deal hält er jedoch für neokolonialistisch – und die EU-Pläne an der Außengrenze für unrealistisch.

Herr Koopmans, als im Jahr 2018 Ihre Tochter geboren wird, kommt es zu Komplikationen. Ein Arzt eilt zur Hilfe. Und es stellt sich heraus: Er ist ein Syrer, ein Flüchtling. Da kann man doch nur sagen: Ein Hoch auf die [Migration!](#)

Dieser Mann hat eine wahre Erfolgsgeschichte geschrieben. Zu unserem Glück! Er hat in kurzer Zeit eine Arbeit gefunden und Deutsch gelernt. Sein Beispiel zeigt, wie gut Migration gelingen kann und wie sehr wir bestimmte Migranten brauchen. Leider ist die Geschichte dieses Arztes kein Regelfall. Die Flüchtlingsgruppe der Syrer ist auch die mit den meisten Sozialhilfeempfängern.

Es gibt also noch viel zu tun.

In der Tat. Wobei wir gleich festhalten sollten: Bei [Flüchtlingen](#) darf die Frage nach dem Nutzen für uns nicht im Vordergrund stehen.



Der Niederländer Ruud Koopmans ist seit 2013 Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und seit 2007 Direktor der Forschungsabteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Kürzlich erschien sein Buch „Die Asyl-Lotterie“ im Verlag C. H. Beck. :Bild: Picture Alliance



Allein seit 2014 sind laut der [Internationalen Organisation für Migration](#) 26.689 Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer gestorben oder verschollen. Sie sagen: Daran ist das europäische Asylregime schuld. Erklären Sie das bitte.

Wer [Asyl](#) beantragen will, muss sich erst nach Europa durchschlagen. Wir holen weder Menschen direkt aus den Konfliktregionen noch verteilen wir humanitäre Visen an Dissidenten. Wer wiederum einmal in Europa ist, bleibt auch. Selbst dann, wenn man nicht als Flüchtling anerkannt wird. Das ist ungerecht. Denn jeder, der es nicht schafft, den langen Weg nach Europa zu gehen, bleibt außen vor. Also Frauen, Alte, Kranke.

Eine Allensbach-Umfrage aus diesem Frühjahr zeigt: Die Deutschen stellen das Asylrecht zunehmend in Frage. Nur noch 39 Prozent unterstützen es. 49 Prozent fordern Einschränkungen. Was folgt daraus für die Politik?

Man sollte sich nicht von Stimmungen leiten lassen. Das Asylrecht ist moralisch begründet. Aber so, wie es ist, funktioniert es nicht – und es hat tödliche Folgen. Das merken die Menschen und so sind solche Umfragen zu erklären. Umfragen zeigen aber auch: Die Deutschen sind bereit, Flüchtlingen zu helfen, wenn sie wirklich schutzbedürftig sind.

Migranten aus bestimmten Ländern haben sehr niedrige Anerkennungsquoten. Sie plädieren dafür, Abkommen mit diesen Ländern zu schließen, damit diese die abgelehnten Migranten zurücknehmen. Im Gegenzug erhalten diese Länder legale Kontingente für Wirtschaftsmigranten. Ein Tauschgeschäft also. An welche Staaten denken Sie?

Da kommen mir Nigeria, Marokko, [Tunesien](#), Senegal, Gambia, Guinea in den Sinn. Auch Georgien.

Von wie vielen Migranten reden wir?

Das sind vielleicht ein Siebtel der Asylsuchenden, die in die [EU](#) kommen. Das ist also nicht so viel, aber es sind eben jene, die abgelehnt und bisher nicht abgeschoben werden.

Warum sollten diese Länder ein Interesse daran haben, die besten Fachkräfte an [Europa](#) zu verlieren?

Solche Abkommen müssen ein Geben und Nehmen sein. Dann sind sie für beide Seiten ein Gewinn. Die Länder könnten also bestimmte Berufsgruppen ausschließen. Generell aber dürften sie ein Interesse haben: In vielen afrikanischen Ländern ist das Bevölkerungswachstum noch immer groß, aber die Arbeitsplätze fehlen. Nigeria zum Beispiel hat einerseits ein relativ gutes Bildungsniveau, andererseits kommt die Wirtschaft nicht hinterher, den Leuten Perspektiven zu geben. Und Länder wie Nigeria profitieren schon jetzt von Rücküberweisungen der Migranten.

Will heißen: Wer in Europa direkt arbeiten kann, überweist mehr Geld in die Heimat als ein abgelehnter Migrant, der nur geduldet wird und Sozialleistungen bekommt?

Genau. Und wir würden von den Fachkräften profitieren.

Das ist also der eine Weg, den Sie vorschlagen. Der andere ist es, Asylverfahren an Drittstaaten auszulagern. An welche Drittstaaten denken Sie da?

Ein Set von Kandidaten könnte bestehen aus Marokko, Senegal, Albanien, Nordmazedonien. Dann wäre da noch die Türkei, sollte [Erdogan](#) die Wahl verlieren. Auch Tunesien ist eine Option.

Tunesien? Dessen Präsident hat jüngst gegen afrikanische Migranten gehetzt. Er sagte, diese unterwanderten sein Land und nähmen Tunesien die arabische Identität. Es kam zu Gewalt. Wie könnte man guten Gewissens mit so einem Land ein Abkommen schließen?

Also zunächst: Die Entwicklung in Tunesien liegt auch am aktuellen Asylregime. Denn dort befinden sich viele Westafrikaner, die in der Warteschleife der Schmuggler sind, um mit dem Boot nach Europa überzusetzen. Das geht natürlich mit Problemen für die lokale Bevölkerung einher. Zum anderen: Sie haben einen Punkt. Grundsätzlich wäre es wichtig, solche Abkommen mit mehreren Drittstaaten zu schließen, um sich nicht von einem Land abhängig zu machen. Dann könnte man auf eine Entwicklung wie in Tunesien reagieren und ein Abkommen einfrieren.

In Ihrem Modell würde jeder Asylsuchende, der einfach so in Deutschland auftaucht, in einen Drittstaat gebracht – und nur dort hätte er Aussicht auf Asyl.

Der Weg zum Asyl in Europa würde dann über Flüchtlingslager führen in Kooperation mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und nach vorheriger Prüfung. Die USA, Kanada und Australien nehmen schon jetzt größere Zahlen von Flüchtlingen über Kontingente auf. Da wird erst geschaut, ob jemand schutzbedürftig ist, bevor man einreisen kann.

Und wer abgelehnt wird und trotzdem in die EU einreist?

Der würde dann in einen Drittstaat gebracht. Damit es im Einklang mit dem internationalen Flüchtlingsrecht ist, muss es so bleiben, dass Menschen, die sich an der europäischen Grenze melden, Anspruch auf ein Asylverfahren haben. Aber das internationale Flüchtlingsrecht sagt nicht, dass man einen Anspruch auf ein Asylverfahren in einem bestimmten Land hat.

Abkommen für Arbeitsmigration und Drittstaatenabkommen für Asyl, kann das ein Staat alleine machen?

Ersteres ja. Bei der Variante mit den Asylverfahren in Drittstaaten ist es etwas anders. Da braucht man mindestens neben den Hauptzielländern – also Deutschland, Schweiz, Österreich, Niederlande, Schweden – noch die Mittelmeeranrainerstaaten: Italien, Griechenland, Spanien. Denn dort kommen die Menschen an. Und sie müssten von dort in einen Drittstaat gebracht werden. Es braucht also eine Koalition der Willigen.

Großbritannien hat einen Deal mit Ruanda geschlossen. Dorthin sollen illegal eingereiste Asylsuchenden abgeschoben werden. Das Vorhaben steht heftig in der Kritik.

Und das zu recht!

Aber entspricht es nicht Ihrem Modell?

Überhaupt nicht. Erstens: Mir geht es nicht darum, weniger Fluchtmigration zu haben, sondern diese zu regulieren. Die britischen Pläne zielen nur darauf ab, die Fluchtmigration zu reduzieren. Denn: Großbritannien verspricht nicht, größere Kontingente von Flüchtlingen aufzunehmen, sofern die Migration über den Ärmelkanal gestoppt wird. Zweitens: Ruanda hat zwar die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert, aber diese zuletzt nicht respektiert. Zudem basiert der Deal mit Ruanda nicht auf dem Modell Migranten für Migranten, sondern auf dem Modell Migranten für Geld. Ruanda bekommt Geld, damit das Land die Asylverfahren für Großbritannien durchführt. Das ist eine Art von Neokolonialismus.

Die USA wollen die Migration nun mit einer App steuern. Nur, wer digital seine Dokumente vom Ausland aus einreicht, hat dann eine Chance auf Asyl. Was halten Sie davon?

Ich verstehe nicht, wie das in der Praxis funktionieren soll. Es wird Millionen Bewerber und sehr lange Wartezeiten geben. Hinzu kommt: Es fehlt bisher die Komponente, dass etwa Mexiko Abgewiesenen ein Asylverfahren bietet. Ich sehe nicht, wie das im Einklang mit dem internationalen Flüchtlingsrecht steht.

Die EU strebt jetzt an, Asylverfahren an ihrer Außengrenze zu beschleunigen. Dabei sollen Migranten aus Ländern mit niedrigen Anerkennungsquoten in haftähnlichen Bedingungen

untergebracht werden dürfen. Auf diese Weise sollen abgelehnte Bewerber einfacher rückgeführt werden. Kann das gelingen?

Ich erwarte davon keine großen Fortschritte. Erstens: Die Probleme der Rückführung bleiben bestehen solange Transit- und Herkunftsländer nicht mitarbeiten. Migrationsabkommen über effektivere Rückführungen entlang der Linien, die ich skizziere, braucht man also trotzdem. Zweitens: Die Quasi-Inhaftierung soll zeitlich befristet sein. Vor allem wenn Asylsuchende ihre Papiere nicht vorlegen – was sie jetzt schon oft tun und dann noch mehr tun werden – wird das nicht reichen für den Abschluss des Schnellverfahrens. Man müsste die Menschen trotzdem reinlassen.

10 mai 2023 (The Economist)

[Suicide rates for girls are rising. Are smartphones to blame? | The Economist](#)

The jury is still out

## Suicide rates for girls are rising. Are smartphones to blame?

Hospitalisation rates for self-harm have increased by 140% since 2010

May 3rd 2023

In 2017 Jean Twenge, a professor at San Diego State, wrote an essay entitled “Have smartphones destroyed a generation?” Her answer, “yes”, was provocative at the time. Now, it is a common refrain.

Spurred by recent data showing a rise in depression among American teenagers, both the British and American press have barraged readers with stories about social media ravaging young people’s mental health. Jonathan Haidt of New York University has compared social media to waterboarding. The public has noticed: in a recent survey, 53% of Americans said that social media were mostly or fully responsible for increasing teenagers’ depression.

Smartphones went global long ago. If they are causing an epidemic of sadness, evidence should appear around the world. Data support the claim that young people, particularly girls, have deteriorating mental health. But they leave room for doubt that mobiles are the main culprit.

Mental health is hard to measure. Questionnaires are affected by survey design and psychological diagnoses vary between countries and over time. Instead, we focused on suicides and hospitalisations for self-harm among 17 countries.

Both indicators look worrying for girls. Suicide rates have been falling overall, but girls—who kill themselves less often than other groups—are an exception. Among girls aged 10-19, suicide rates rose from an average of 3.0 per 100,000 people in 2003 to 3.5 per 100,000 in 2020. The rate among boys, although higher at 6.1 per 100,000 population, has barely changed.

Girls engage in more non-fatal self-harm, like cutting, than boys do. This measure shows even steeper increases. For teenage girls, rates of hospitalisation for self-harm have climbed since 2010 in all 11 countries with available data, by an average of 143%. Boys’ average rise was 49%.

Are smartphones to blame? In America and Britain, rates of suicide and self-reported sadness were steady until roughly 2010, when Instagram launched, and then took off. Although these simultaneous increases do not prove that one trend caused the other, such a correlation would probably arise if phones really were at fault.

Elsewhere, however, the evidence is mixed. Some countries, like Sweden, saw sharp rises in hospitalisations for self-harm in 2006, with a plateau in 2010-18. In others, such as Italy, this rate was flat until covid-19 arrived. A few countries had no rises at all. Suicides varied similarly.

Because smartphones were adopted at different rates in different countries, the timing of any increases they caused in suicides or self-harm should vary on this basis. Mr Haidt says that smartphones are especially risky for girls, because boys spend more time on video games and less on depression-inducing social media. However, we could not find any statistical link between changes over time in the prevalence of either mobile-internet subscriptions or self-reported social-media use in a country, and changes over time in that country’s suicide or self-harm-hospitalisation rates, for either boys or girls. After adjusting for the impact of covid, which raised these rates globally, this was true for all age groups, and for a range of time lags.

Absence of evidence is not evidence of absence. Numerous studies using randomised or natural experiments have implied that social media can cause sadness or anxiety in teenagers. And smartphones could still inflict grave damage without driving people to hurt or kill themselves. But if social media were the sole or main cause of rising levels of suicide or self-harm—rather than just one part of a complex problem—country-level data would probably show signs of their effect.

10 mai 2023 (The Economist)

[How Japanese policymakers ended up in a very deep hole | The Economist](#)

Free exchange

## How Japanese policymakers ended up in a very deep hole

Ueda Kazuo, their new leader, must stop digging



May 4th 2023

Investors betting on tighter monetary policy from the Bank of Japan (boj) have experienced very few victories over the past three or so decades of ultra-low interest rates. The first decision by the boj's new governor, Ueda Kazuo, proved to be no exception. The central bank's flagship policy of yield-curve control, which caps ten-year government-bond yields at 0.5% with aggressive bond-buying, was left unchanged on April 28th. Instead, the boj's policymakers announced a review of their monetary policy. The exercise is expected to last a year, possibly longer.

There is a bleak comedy in seeing speculators nursing burned fingers once again. But the policy review may transpire to be more meaningful than the bureaucratic exercise it appears at first glance. The report will assess decisions made by the boj since the Japanese economy entered a period of deflation in the 1990s.

The starting point must be the grim reality in which the central bank finds itself. Yield-curve control, which began in 2016, was a concession to the fact that the boj's enormous asset-purchases were causing problems in the functioning of the country's bond market, and that little additional stimulus was possible. The boj's problem is now drastically different: Japanese inflation is at its highest since the early 1980s, but even a modest increase in rates could be disastrous for the economy. After decades of attempts to stimulate a stagnant economy, the country's central bank is in a nasty bind, unable to move much in any direction.

To understand why, it helps to return to the source of the problem. In the late 1980s Japan had a colossal asset bubble, primarily in stock and property prices. Six of the world's ten most valuable companies called the country home. The bubble was popped deliberately with interest-rate rises in 1989, which prompted stock prices to fall immediately, and land prices to grind ever-lower throughout the 1990s. Since then, Japan has been trapped in what Richard Koo of the Nomura Research Institute, linked to the bank of the same name, referred to as a "balance-sheet recession". Firms and households concentrate on paying down debts, rather than investing and consuming, which crimps economic growth.

As a result of decades of thrift, Japan's residents have far more financial assets than debt, and do not look enormously vulnerable to a rise in rates. Instead of piling savings into stocks, households instead prefer bank deposits, in which they now hold an impressive ¥1.1 quadrillion (\$8trn), the equivalent of almost 200% of Japan's gdp. Non-financial companies hold another ¥561trn.

Around the world, households are usually squeezed by higher rates. Japan's might prove beneficiaries, at least in the short-term. Marcel Thieli of Capital Economics, a research firm, notes that households' net interest income would rise by ¥4.7trn, or 1.5% of their annual disposable income, with every percentage-

point increase in Japanese interest rates. Combined with a stronger currency, which would make imports to the country cheaper, it seems probable that households would rather enjoy a rate rise.

The pain would be felt elsewhere, however. The first sufferer would be an institution that has become far more indebted as the private sector has saved: the central government. In last year's budget, about 8% of spending was allocated to interest payments, even at an average interest rate on government bonds of 0.8%. A percentage-point rate rise across the board would mean more than doubling the share of spending, as bonds are rolled over.

The impact would drip through over years, although not as slowly as once would have been the case. The fact that the boj now owns more than half the Japanese bond market, and even more of those of longer maturities, has sped the pace at which higher rates would affect the fiscal arithmetic. When the boj buys a bond, it creates a reserve asset that pays its benchmark rate. If rates rise, the boj immediately owes more on these reserves. It would shoulder losses for which the government would have to pay.

The second part of the economy that would immediately feel the pain of a rate rise is the banking system. Higher rates would cause large unrealised losses on the assets of smaller financial institutions. The Japan Centre for Economic Research, a consultancy, suggests that, if long-term interest rates were to rise by a percentage point, the economic value of regional banks (their worth according to expected cash flows from assets and liabilities) would drop by the equivalent of 60% of their capital.

## **I wouldn't start from here**

Crushing demand by dramatically weakening some of Japan's most vulnerable lenders would, in time, work as a method of limiting the most recent burst of inflation, even if it is hardly the ideal way to achieve such a goal. Yet solving the long-term problem of deficient demand is now harder, too. Despite the huge increase in government debt over the past three decades, fiscal stimulus has come in fits and starts; enough to prevent total economic collapse, but not to ignite stronger growth. For years, a concerted effort to raise consumer spending through much more aggressive government spending was the clear Keynesian prescription for Japan. The rise in government-bond yields complicates the picture.

It sounds a little bit strange to say that Japan is still recovering from a crisis that began around the same time as the Berlin Wall was collapsing, but the country's economy has never experienced a concerted recovery from the asset-bubble implosion. In 1990 Japan's gdp per head was about 18% below the level in America. In 2021, by the same measure, Japan's economic output per person was 39% below America's.

Thus the third-biggest economy in the world remains in a nasty situation, which its policymakers have played a part in maintaining. Mr Ueda, an outsider to the boj from academia, has a chance to convey that plainly. The review should be a cry for help. Admitting to a problem is the first step towards finding a solution, especially when any solution will be unpleasant.

10 mai 2023 (The Economist)

[The green revolution will stall without Latin America's lithium](#) | The Economist

Wrangling over white gold

## The green revolution will stall without Latin America's lithium

But politicians such as Gabriel Boric, Chile's president, want to nationalise it



May 2nd 2023 | SÃO PAULO

Over half of [the world's lithium](#), a metal used in batteries for [electric vehicles](#), can be found in Latin America. The region also has two-fifths of the world's copper and a quarter of its nickel. Recently delegations from the United States and the European Union have flocked there partly to secure resources that will be needed in the energy transition, and to diversify their supply away from China. In March John Kerry, President Joe Biden's climate tsar, visited the continent. German officials have scheduled at least three high-level meetings in South America this year. Ursula von der Leyen, the president of the European Commission, looks set to visit in the coming months.

But even as the outside world spies resources in Latin America, governments there are taking back control. On April 21st Gabriel Boric, Chile's left-wing president, announced plans to create a state-owned company to produce lithium. If the legislation is passed later this year, private companies will have to form joint ventures in which the state firm has a majority stake.

Mr Boric is not alone in his penchant for green-resource nationalism. On May 1st Mexico's Senate approved changes to the mining code which will reduce the length of concessions for private companies from 50 years to 30. Andrés Manuel López Obrador, Mexico's populist president, also signed a decree in February to fast-track the nationalisation of the country's lithium reserves. The governments of Argentina, Bolivia, Brazil and Chile are discussing creating a lithium opec to control global prices. In Bolivia the lithium industry is almost entirely run by the state.

Latin America is part of a global trend. Partly in response to higher commodity prices, several countries have taken greater control of their resources. Indonesia, the world's biggest nickel producer, recently banned exports of nickel ore and is promising to do the same with bauxite, the ore for aluminium. Governments in the Democratic Republic of Congo, Kyrgyzstan and Madagascar are also dabbling with increased state intervention.

Yet Latin America stands out for the speed with which countries are wielding state control. The Resource Nationalism Index, a ranking produced by Verisk Maplecroft, a consultancy, monitors royalty increases, demands for locally produced goods and expropriation of assets. In the latest ranking from this year, Mexico jumped to third place, from 98th in 2018. Argentina is in 19th place, from 41st. Chile ranks 70th, up from 89th in 2018.





The Economist

Much of this is due to the fact that a wave of recently elected left-wing governments are now in power in the region. They want to do things differently from the past, when wealth from raw materials ended up abroad or lining the pockets of crony-capitalists. The new left has three goals. The first is to increase the state's revenues and economic clout. If forecasts are right, then the green transition could be continent-changing. An imf working paper reckons that in order for the world to reach net-zero emissions by 2050, revenues for lithium, copper, cobalt and nickel producers could rise four-fold. The cumulative value of global production could be \$13trn between 2021 and 2040 (see chart 1). That bonanza is about the same as the forecast value of global oil production over the same period.



The Economist

Latin America controls many of these vital resources (see chart 2). Mexico is the world's biggest producer of silver, which is used in wind turbines and solar panels. Brazil sits on roughly a fifth of the world's known reserves of nickel, graphite, manganese and rare-earth metals, which are used in green technologies. Chile and Peru alone produce almost 40% of the world's copper.

Chile is one of the places that is most likely to benefit from the windfall. Already mining, mostly of copper, represented 15% of gdp and 62% of its exports in 2021. Codelco, the state copper-mining company, provides over three times the tax revenue of private companies per unit of production, according to cenda, a Chilean think-tank. Mr Boric hopes the state lithium firm can do the same. Tangible signs of this jackpot are already visible. Last year sqm, one of only two companies that currently mine lithium in Chile, paid more than \$5bn in revenue to the treasury, making it the country's biggest corporate tax contributor. Chile's lithium production quadrupled between 2009 and 2022.

Other countries can smell the money. Argentina is expecting investments in lithium worth \$4.2bn, or 0.7% of gdp, over the next five years. Exports of the metal surged last year, from \$200m to \$700m (or from 7% of all mining exports in 2021 to 18%). Nickel production in Brazil increased by almost a tenth between 2021 and 2022. Last year Vale, a Brazilian mining firm, signed a long-term agreement to supply nickel to Tesla, the world's biggest maker of electric vehicles, though the value of the deal was not disclosed. On April 10th Brazil's regulator gave Sigma Lithium, a startup, approval to start mining lithium from hard rock in the state of Minas Gerais. Its project is valued at over \$5bn.

A second reason why Latin America's politicians are ramping up resource nationalism is that they hope to create more jobs and opportunities for business. Until now the region has failed to produce higher-value goods because of a poorly skilled labour force, low investment in research and development (r&d) and an unpredictable regulatory environment. Chile, Mexico, Colombia and Argentina spent an average of 0.3% of gdp on r&d in 2020 compared with 2.7% in the oecd, a club of mostly rich countries. The share of workers who receive some form of skills training is only 15% compared with 56% across the oecd.

Many politicians think natural resources should be used as inputs into local manufacturing rather than be exported as raw materials. On the same day he announced his lithium plans, Mr Boric proclaimed: "This is the best chance that we have to transition to a sustainable and developed economy. We don't have the luxury to waste it." Western governments are courting this desire. In January Olaf Scholz, Germany's chancellor, said while in Buenos Aires that German companies would be "real partners" to South America, asking: "Can one not move the processing of these materials, which creates thousands of jobs, to those countries where these materials come from?"

Finally, a sense of social justice is fuelling these politicians' plans. Many hope that their policies will not only increase revenue, but reduce conflict. Since 2000 over a third of all conflicts related to extractive projects globally have taken place in South America, according to the Environmental Justice Atlas, a research project at the Autonomous University of Barcelona. Mexico's mining law would make companies give 5% of their revenues to the indigenous communities in which they mine. Mr Boric's proposal would make companies use extraction techniques that require less water in order to minimise drought, which has been a source of anger among locals and indigenous groups.

But resource nationalism carries huge risks. Nationalisation has a bad track record in the region. Pemex, Mexico's state oil firm, is the world's most indebted oil company. Venezuela's state oil giant, pdvsa, is synonymous with the country's collapse. Petrobras, Brazil's public oil company, was at the heart of the region's largest corruption scandal, known as "Lava Jato".

And state firms may lack access to the cutting-edge technology that multinational companies typically excel at. For example, LitoMx, Mexico's new state lithium firm, is unlikely to prosper on its own. To date, Mexico has been unable to produce lithium at commercial scale, partly because its deposits are harder to extract, as they are in clay rather than brine. Digging them up will require technology, know-how and investment, which many analysts believe LitoMx lacks.

How has the wave of resource nationalism affected investment? In some places where property rights have been thrown down a mine-shaft, capital flows have dropped. Bolivia has the world's second-largest lithium reserves, according to its government statistics. But it has yet to pump any out of the ground at scale. In 2019 the government issued a decree overturning a lithium project which involved investment worth \$1.3bn by aci Systems, a German company, after local protesters demanded higher royalties.

Yet even in Bolivia some firms are prepared to face unstable policies in return for access to scarce minerals. In January Bolivia awarded a Chinese consortium a \$1bn contract to develop its industry. Chinese firms are active elsewhere. On April 21st byd, a big electric-vehicle maker, announced plans to open a lithium-processing plant with Chile's government. Gotion, a Chinese battery-producer, has promised to produce batteries in Argentina.

Often their interests go beyond minerals to other parts of the green supply chain. On April 27th China Energy, a renewable giant, promised \$10bn worth of investments in renewables in Brazil, particularly in green hydrogen. Jörg Husar of the International Energy Agency reckons Latin America has the largest share of global projects to export green hydrogen.

## **Resource curse or purse?**

For as long as appetite remains insatiable for green resources Latin America will have enough leverage to impose conditions on private firms without strangling investment flows. Yet the big question is whether its slice of the cake ends up being smaller than it might have been. Chile offers a cautionary tale. The government already plays a large role in the production of lithium, which is deemed a strategic resource. Royalties go up to 40% (compared with 3% in neighbouring Argentina), and companies are required to sell up to 25% of output locally at below-market prices to producers who promise to develop the domestic lithium value chain. As a result, Chile is losing market share. Production is forecast to grow by three-fifths by 2026. By comparison, Australia is expected to double production over the same period.

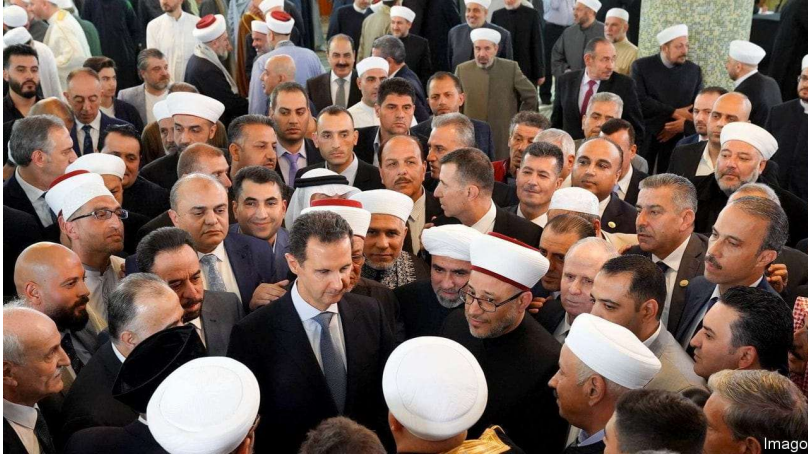
10 mai 2023 (The Economist)

[After 12 years of blood, Assad's Syria rejoins the Arab League | The Economist](#)

The Syrian civil war and its aftermath

## After 12 years of blood, Assad's Syria rejoins the Arab League

One of the 21st century's worst war criminals makes a comeback



May 9th 2023 | DUBAI

No one enjoys Arab League meetings. Morocco was scheduled to host a summit in 2016 but decided not to bother, calling the event a waste of time. Muhammad bin Salman, the Saudi crown prince, procured a doctor's note to skip last year's gathering in Algeria. Heads of state are sometimes spotted falling asleep.

No one enjoys them—except Bashar al-Assad, the Syrian dictator, who will relish his next Arab summit. Syria has been suspended from the league since 2011, when Mr Assad began a brutal crackdown on anti-government protests that plunged the country into civil war (see map). On May 7th, however, the body agreed to readmit Syria and said it would invite Mr Assad to an upcoming summit in Saudi Arabia scheduled for May 19th.



The Economist

An invitation from a dull talking shop crammed with dictators may seem hollow. For Mr Assad, though, it is the culmination of a long effort to end his Arab isolation—and, he may hope, another step towards acceptance in the West.

His regime has done nothing so far to merit a renewed embrace: neither making concessions towards political reform or taking accountability for war crimes, nor trying to bring home Syria's 6m refugees, most of them in neighbouring countries. (Before the war the country had some 22m people; roughly half of them had to flee either abroad or elsewhere in Syria because of it.) He rules a kleptocracy that floods the Gulf with illicit drugs and maintains close ties with Iran, an arch-rival to some Arab states. Poverty is widespread. Yet even the bloodiest dictator, it seems, can find a road to diplomatic redemption—if he simply causes enough problems for others.

That is one lesson from his return to the world stage. Another is that the autocrats and warlords who court Russian support are likely to end up disappointed. Mr Assad needs the Arab world—and the wealthy Gulf states in particular—because Russia cannot rebuild his ruined country.

Better still, for him, would be a rapprochement with the West, which has placed his regime under sanctions meant to deter reconstruction. Those on the energy sector, for example, bar firms from building new power plants or supplying equipment. Would-be investors in the Gulf are even jittery about small-scale solar-energy projects, fearing they might run afoul of the measures. So a rapprochement seems unlikely. But talk of one raises an unsavoury question, one that has echoes from Venezuela to Zimbabwe: if a regime endures and sanctions fail to force change, should they be maintained despite their toll on civilians?

Mr Assad was never entirely a pariah in his own region. Algeria declined to cut ties with his regime. Egypt briefly did, under its short-lived democratic government, but restored them after a military coup in 2013. Still, the past decade was lonely. When Mr Assad arrived in the United Arab Emirates (uae) for an official visit last year, it was his first trip to an Arab country in 11 years.

The uae was among the first to break his isolation when it reopened its embassy in Damascus in 2018 and urged allies to do the same. The massive earthquakes that struck Syria (and Turkey) in February gave a larger jolt to Syria's diplomatic standing. Many Arab leaders had wanted to reach out to Mr Assad; the disaster gave them an excuse, as they called to offer condolences and co-ordinate aid.

There are several reasons why they sought normalisation. One is a broader spirit of détente. The Saudis struck a deal in March with Iran to restore diplomatic ties and reopen embassies. After years of proxy wars in Syria, Yemen and elsewhere, both sides were keen to lower tensions and shore up their positions at home. Turkey and Egypt, mired in mutual economic crises, are trying to end a decade of animosity. Gulf states have ended their embargo of Qatar, their tiny, wayward neighbour on the Arabian peninsula, which accomplished little. Old foes across the region are keen to pretend they are friends.

When it comes to Syria, however, they want something more substantive. Its neighbours hope to rid themselves of millions of Syrian refugees. The 2m or so in Lebanon, with a population of just 5m, are seen as a burden, and are blamed unfairly for the country's economic collapse. In Turkey the mood has also turned hostile. Kemal Kilicdaroglu, the main opposition candidate in the upcoming election on May 14th, vows to send Syrians packing within two years if elected.

Some also wager that closer ties with Mr Assad could peel him away from Iran. After relying for years on Iranian military support, his country is now a base for the Islamic Revolutionary Guard Corps, Hizbullah and other armed groups linked to Iran. Their presence is unsettling for countries including Saudi Arabia and Jordan, which see Iran as a menace.

No one should be too hopeful. Some in the sprawling Syrian diaspora have built decent lives in their adopted countries, although others are consigned to squalor, living in tents and surviving on handouts. Few, however, wish to return to Syria. They are unlikely to—at least not by choice—unless the regime makes both political reforms and progress on reconstruction.

As for Iran, it is hard to imagine Mr Assad booting out the forces that kept him in power. When Ebrahim Raisi, the arch-conservative Iranian president, visited Damascus this month, he was treated to a musical

number extolling Iran. Many Syrians doubt that their president, whose capital is ringed by Iranian militias, would even have the power to push them out.

Still, Syria may make a few gestures. It has become the world's leading producer of Captagon, an amphetamine that is a popular recreational drug in the Gulf (and elsewhere). Authorities in the uae seized almost 36m tablets of the stuff in 2020, hidden inside a shipment of electric cables. The following year Saudi customs officials found 20m pills in a cargo of grapefruits. Jordan says it intercepted 17m pills in the first four months of 2022, up from 15m in all of 2021 and just 1.4m in 2020. Border guards have been killed in shootouts with armed smugglers.

For every high-profile bust, many shipments go undetected. The scale of the Captagon trade is often exaggerated. The British government put its annual value at \$57bn, a patently absurd figure, larger than the gdp of Jordan or the combined annual revenue of Mexico's drug cartels. The real figure is probably an order of magnitude smaller—but that is still large enough to make it Syria's top export.

The past 12 years have been good for the small clique of drug dealers and war profiteers around the president. For everyone else in Syria, they have been miserable. The Syrian pound, stable at around 50 to the dollar before the war, now trades at 8,700 on the country's black market. Official statistics are unreliable, but annual inflation is probably above 100%. Syria exports just \$1bn worth of licit goods a year, down from \$11bn before the war. The government is able to provide only a few hours of electricity per day.

Mr Assad owes his survival partly to Russia, which in 2015 sent thousands of troops and dozens of warplanes to back his regime. What it helped destroy, though, it has done little to rebuild. In 2019 and 2020, with much fanfare, Russian officials announced projects worth billions of dollars for Syria: a modernised electricity network, a grain hub at the port of Tartus, a cross-country railway. Years later the country still endures blackouts and wheat shortages; its trains sit idle.

Lately Russia has stopped making even empty promises. Bugged down in Ukraine, mired under its own sanctions, it has little to offer. Vladimir Putin has secured his own narrow interests in Syria: a naval base at Tartus and some phosphate-mining concerns, among other things. Those interests do not extend to providing homes and jobs for impoverished Syrians.

Other aspiring presidents-for-life should take note. The Wagner Group, a mercenary outfit that fought in Syria, also has a presence in Sudan, where it oversees a gold-mining operation. It works closely with Muhammad Hamdan Dagalo (known as Hemedti), a warlord whose paramilitary Rapid Support Forces are now fighting the Sudanese army for control of the country. Russia has been happy to send men and munitions to support his fighters; it is unlikely to kick in much for reconstruction.

If Syria is to be rebuilt, the money will have to come from elsewhere. Western governments, understandably, are loth to foot the bill. The Gulf states might be more willing—if it wins them either political influence or economic returns.

Officially, America opposes this: it wants Mr Assad to remain a pariah. Antony Blinken, the secretary of state, called his Jordanian counterpart on May 4th and reiterated that America would not recognise the regime and “does not support others normalising”. The eu has also maintained a tough line, even though some countries in central and southern Europe would prefer to restore ties (in the hope of getting rid of their Syrian-refugee populations).

In private, though, Arab diplomats say the Americans gave them a “yellow light” to reach out to the Assad regime. Try it, they were told—but make sure you get something out of it.

The Captagon crisis illustrates why this is a fraught endeavour. Western officials make a straightforward argument: since Mr Assad created the problem, restoring ties with his regime would reward him for flooding the region with drugs. Arab leaders acknowledge the diagnosis is correct but argue the

prescription is not. If Mr Assad is using drugs as leverage, they say, the only way to stop him is to work with him. They risk endless blackmail. Perhaps Mr Assad will stem the flow—but he can just as easily turn it back on when he wants further concessions.

At the same time, though, Western policy is fanciful. America wants Mr Assad to abide by un Security Council resolution 2254, which calls for a ceasefire, a new constitution and free elections in Syria. A less odious Syrian government would probably not want the country to be a narco-state. Unsurprisingly, though, Mr Assad has shown no interest in such reforms in what has been a hereditary dictatorship since 1971. Arab states are probably too optimistic about what their outreach can achieve—but shunning him has already failed.

10 mai 2023 (Contrepoints)

[Éducation nationale : le niveau passe de mauvais à alarmant - Contrepoints](#)

## Éducation nationale : le niveau passe de mauvais à alarmant

Le délitement de l'éducation publique en France, accéléré par les dernières réformes, est alarmant pour l'avenir du pays.

Gentiment, calmement, mais avec une détermination qui confine à l'obstination, les réformes s'empilent à l'Éducation nationale ; après celles du lycée et du baccalauréat, voici celle du lycée professionnel qui, outre l'introduction de rémunérations symboliques des stages en entreprise, va en augmenter le nombre et la durée.

Rassurez-vous, ces rémunérations – entre 50 et 100 euros par semaine pour les stagiaires – ne seront pas prises en charge par les entreprises mais par l'État qui a trouvé là un moyen de faire passer sa réforme sans déclencher d'irritation populaire, ce qui peut aider par les temps qui courent, d'autant que les enseignants n'ont pas été oubliés : moyennant quelques menues « missions » en plus, ils pourraient percevoir jusqu'à 7500 euros brut supplémentaires. Voilà qui mettra un peu d'huile dans les rouages.

Autre bonne nouvelle : le temps de formation accru sera bien évidemment pris sur le temps d'apprentissage des autres matières, comme la lecture, l'écriture et le calcul que nos lycéens maîtrisent heureusement de mieux en mieux.

Sur le papier, les entreprises seront donc ravies d'avoir des élèves davantage présents et encore mieux affûtés par un système éducatif au taquet.

En réalité, les actuelles gesticulations du gouvernement donnent encore une fois cette furieuse impression d'ajouter de la confusion et de la complexité à quelque chose qui n'en manquait déjà pas, et de persister à construire sur des fondations de plus en plus meubles : tenter de réformer le lycée (pro ou non) alors qu'un nombre croissant d'élèves parvient en sixième à un niveau proche de l'analphabétisme, c'est parfaitement idiot.

En fait, les dernières réformes couplées aux confinements des années 2020 et 2021 ont accéléré le délitement complet de l'éducation publique en France. Entre la remontée systématique des notes de toutes les matières pour camoufler le désastre du baccalauréat, la multiplication de profils scolaires comiquement incohérents permis par la réforme (comme la spécialisation « Théâtre-SVT ») ou la modification du bac en contrôle continu, le pilonnage systématique des parcours scolaires par ces bricolages compulsifs aboutit à présent à une énorme disparité entre quelques établissements ayant fait le choix (facturé) de l'élitisme et l'immense reste qui ne forme ni n'instruit plus grand monde que de façon très approximative.

Par exemple, la réforme du bac pousse maintenant à boucler les programmes courant avril, les épreuves de spécialités s'étalant mollement de mars à juin. Autrement dit, la prétendue reconquête du mois de juin (mois traditionnellement bousculé par la présence des épreuves du bac) s'est progressivement muée en reconquête... du mois de mars. C'est grotesque.

Par exemple, l'actuel Plan Vélo lancé en fanfare par les clowns gouvernementaux va encore mobiliser de l'énergie pour faire tenir sur une bicyclette des gamins dont les générations précédentes prouvent qu'ils pourraient très bien l'apprendre seuls ou avec leurs parents plutôt qu'au sein d'une école déjà débordée par des missions de plus en plus accessoires.

Par exemple, l'introduction au vélin pneumatique d'une écologie active et consciente partout dans tous les cours et de façon lancinante a permis de produire des petits écocitoyens climato-anxieux qui ne



savent ni lire ni écrire, ce qui est en réalité assez pratique dans la vie quotidienne (du point de vue des politiciens et surtout de ceux qui savent lire et écrire, s'entend).

Mais les bases n'étant pas acquises, tout ce qui est péniblement construit dessus finit par s'effondrer.

Le désastre est maintenant difficile à camoufler, à tel point que même la presse spécialisée et la presse grand public sont obligées d'en faire part dans leurs colonnes elles-mêmes soumises à l'une ou l'autre fautes d'orthographe, de grammaire ou de ponctuation, les journalistes étant passés par la même éducation que les autres : un élève de seconde ne sait plus reconnaître un sujet d'un verbe, le manque de vocabulaire est abyssal, des proportions toujours plus grandes d'élèves ne savent tout simplement pas lire en classe de première...

Du reste, faut-il rappeler que la génération actuelle de professeurs est celle qui fut massivement formée avec ces « nouvelles méthodes » introduites dans les années 1980 et les suivantes, à coups de maths ensemblistes, de méthode globale, de permissivité, de référentiels bondissants et autres couillonneries bien-pensantes qui infusent maintenant toute la société ?

Le bilan est sans appel : beaucoup ont du mal à écrire sans faute d'orthographe. Pour certains, les calculs de base sont un défi du quotidien. Autant d'éléments qui expliquent les critères de plus en plus faibles de recrutement au CAPES et autres concours. Sans surprise, ce sont aussi ces professeurs qui ont subi le plus gros du déclassement dans l'enseignement, avec un niveau de vie qui n'a cessé de chuter. Il faut dire qu'à force de voter consciencieusement socialiste, la plupart d'entre eux ont fini par obtenir ce qu'ils souhaitaient, même si l'égalité ainsi obtenue aura surtout consisté en un nivellement par le bas dont ils sont leurs propres victimes.

Dans ce contexte, inutile de dire que les élèves formés le sont de plus en plus approximativement, et sont donc de moins en moins aptes à trouver leur place dans une société qui, du reste, ne fait plus rien ni pour s'adapter à eux ni même pour tenter de fonctionner sainement. Le malaise global de la société française ne provient pas d'ailleurs, à savoir des cohortes d'adolescents mal dégrossis, qui n'ont appris ni à réfléchir ni à temporiser leurs passions, ni à canaliser leurs instincts, car l'instruction (oubliée par l'État) comme l'éducation (évitée par des parents déresponsabilisés) ne sont tout simplement plus fournies.

Ce constat est alarmant pour l'avenir de la France.

Certes, l'économie est en berne suite aux coups de boutoirs de 40 années de gouvernements dépensiers et jmenfoutistes, et les pirouettes débilissimes de Burneau Le Maire n'ont rien arrangé. Certes, la classe politique est probablement l'une des pires héritées depuis des lustres : même face aux traîtres et aux veules des années 1940 du siècle précédent, cette classe se compare défavorablement. Néanmoins, ni l'économie déplorable ni la classe politique lamentable ne scellent aussi sûrement pour le pays le destin funeste qu'une génération entière d'enfants abrutis par une éducation et une instruction complètement sabotées.

Ce pays va droit à la catastrophe et seule cette dernière lui permettra de nettoyer un tel passif.

Ce pays est foutu.

10 mai 2023 (Le Point)

[Le « misérabilisme performatif » français \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

## Le « misérabilisme performatif » français

ÉDITO. Le peuple le plus pessimiste au monde s'abuse sur l'état réel du pays. La fin officielle du Covid vient d'en donner un nouvel exemple.

Par [Luc de Barochez](#)



Une jeune femme isolée dans son appartement en mai 2022. © Vanessa MEYER / MAXPPP / PHOTOPQR/L'ALSACE/MAXPPP

Publié le 09/05/2023 à 07h00

**L'**Organisation mondiale de la santé (OMS) vient de proclamer, le 5 mai, la fin de l'état d'urgence sanitaire liée au Covid-19. Mesure-t-on bien la rapidité avec laquelle la pandémie, grâce au vaccin, a été endiguée ? Les Français reviennent de loin. En 2020, ils étaient le peuple le plus pessimiste au monde sur l'efficacité attendue du sérum, selon une étude internationale alors réalisée par Ipsos. Seule une minorité (48 %) pensait qu'il finirait par vaincre le virus. Ils n'étaient même que 16 % à juger probable un retour à la normale après le Covid !

Il faut se souvenir de ces données pour mesurer la profondeur de la dépression française, ce mélange de mélancolie et d'autodénigrement identifié de longue date mais qui ne cesse de s'aggraver. Ce printemps, quelque 72 % des personnes interrogées par l'Ifop pour le *JDD* se disent pessimistes sur l'avenir de la France, un taux en progression spectaculaire de 16 points par rapport à 2021.

Un maître de conférences à Sciences Po Paris, Alexander Hurst, vient de raconter dans *The Guardian* une expérience éclairante à laquelle il s'est livré avec ses étudiants. Il leur a présenté un graphique indiquant le niveau d'inégalités des pays développés, en omettant leurs noms. Les élèves ont identifié sans difficulté les États-Unis, en tête des riches démocraties les plus inégalitaires. Ils se sont en revanche trompés sur la France, qu'ils ont positionnée près de l'Amérique alors qu'elle figure en réalité dans le bas du tableau, non loin des pays scandinaves.

De fait, l'Hexagone est plus égalitaire que l'Allemagne, la Suisse ou l'Italie. Le coefficient de Gini, qui mesure le taux d'inégalité, en fait foi. Il est même meilleur aujourd'hui en France qu'il ne l'était pendant les Trente Glorieuses, cette période à croissance économique forte (1945-1973) pendant laquelle le pays était plus sûr de lui, mais moins bien loti et plus inégalitaire qu'aujourd'hui. L'enseignant de Sciences Po en tire une leçon capitale : un « *incroyable décalage* » sépare la réalité du discours hyperbolique et catastrophiste que la France tient sur elle-même. Ce « *miséralisme*

*performatif* », selon son expression, alimente la nostalgie du « c'était mieux avant » qui fait le jeu des extrêmes à droite comme à gauche et décrédibilise l'action réformatrice du politique.

## Performance environnementale

La France n'est certes pas un paradis ! Sa dette publique, qui ne cesse de grossir malgré les prélèvements obligatoires les plus lourds d'Europe, en témoigne. L'état de son système éducatif, aussi. Mais elle n'est pas non plus l'enfer que beaucoup de ses habitants imaginent. Septième puissance économique mondiale, elle est un pays où, même après la réforme, les travailleurs pourront partir à la retraite plus tôt que n'importe où ailleurs en Europe, où le taux de fécondité est le plus élevé du continent, où l'espérance de vie à la naissance figure parmi les meilleures, où le chômage structurel qui perdure depuis un demi-siècle est en voie d'être vaincu, où l'écart des salaires entre hommes et femmes est parmi les plus bas et continue à diminuer.

La performance environnementale de la France, selon l'indice calculé par l'université américaine Yale, la place au 12<sup>e</sup> rang mondial, devant – excusez du peu – le Japon, l'Italie, l'Allemagne ou les États-Unis. Elle est l'un des pays qui ont le mieux négocié leur transition numérique et où le coût de l'Internet mobile est le plus bas. Elle est, pour la troisième année consécutive, le pays européen qui attire le plus d'investissements étrangers. Elle est même, selon le blog spécialisé Fipaddict, le seul grand pays européen où le pouvoir d'achat a augmenté pendant la crise sanitaire, pour s'établir fin 2022 à 1,5 % au-dessus de son niveau de 2019. Bref, une puissance moyenne qui n'a pas à rougir.

D'où vient alors ce déficit de bonheur qui ne cesse d'assombrir le moral des Gaulois réfractaires ? Il y a quarante-cinq ans, l'économiste Jean Fourastié, l'auteur des *Trente Glorieuses* (Fayard, 1979), pointait déjà les dépenses sociales élevées mais inefficaces, l'incapacité à organiser un dialogue social digne de ce nom, la rigidité du droit du travail, la grande fragilité du commerce extérieur. Le jugement reste valable. On pourrait y ajouter l'angoisse devant une mondialisation qu'on peine à appréhender, la frustration devant un État nounou de plus en plus impotent, et surtout la crainte du déclassement, qui se nourrit justement de la conscience de sa situation privilégiée. **C'est quand on est nanti qu'on a le plus à perdre.**

10 mai 2023 (Le Point)

[EXCLUSIF. Laurent Wauquiez : « Je veux sortir la France de la décadence » \(lepoint.fr\)](#)

## EXCLUSIF. Laurent Wauquiez : « Je veux sortir la France de la décadence »

Le champion de la droite pour 2027 sort du silence dans un grand entretien accordé au « Point », en kiosques jeudi. Voici des extraits en avant-première.

Propos recueillis par [Nathalie Schuck](#) et Valérie Toranian



« Je me suis laissé entraîner vers le bas par une politique médiocre, par l'affrontement politicien et le jeu des petites phrases », explique Laurent Wauquiez au *Point*. © Élodie Grégoire pour « Le Point »

Publié le 09/05/2023 à 17h00 - Modifié le 09/05/2023 à 19h40

**D**eux ans quasiment, depuis juillet 2021, qu'il n'avait pas accordé d'entretien au long cours sur sa vision du pays. Alors que sa discrétion lors du débat sur la réforme des retraites a alimenté les interrogations sur sa détermination à se lancer à la conquête de l'Élysée, [Laurent Wauquiez](#) sort du silence dans une interview exclusive à retrouver dans *Le Point*, en kiosques ce jeudi.

De la manière dont il réinventerait le système par répartition à sa détermination à mettre au pas la haute administration, le président d'Auvergne-Rhône-Alpes détaille ce que serait son programme pour la France s'il était élu chef de l'État en 2027. De la « décadence française » à ce que ses erreurs passées lui ont appris en passant par les bons points qu'il consent à décerner à Emmanuel Macron : morceaux choisis.

### La réforme des retraites

**Le Point :** Vous regrettez votre silence lors du débat sur les retraites ?

**Laurent Wauquiez :** Pas du tout. J'ai choisi de prendre du recul, cela ne vaut pas que pour les retraites, mais plus largement, car **je pense qu'il faut que l'on remette tout à plat, que l'on réinvente tout. On ne pourra pas le faire en étant pris dans le tambour de la machine à laver de l'actualité. Regardez ce qu'est devenue la politique, l'effondrement abyssal du niveau du débat.** Nous sommes englués, comme jamais, dans une **myopie politicienne**, où nul ne produit plus de vision, alors que le pays traverse une crise majeure. Rien de positif ne peut sortir du brouhaha quotidien. Dans cet univers politique qui s'affaisse, nous avons le devoir de proposer autre chose. Pour autant, je ne me suis pas défilé sur les retraites. **J'ai clairement donné ma position en disant que, au vu de la situation démographique, on ne devait pas s'opposer à cette réforme, même si une autre réforme était possible.**

**Laquelle : paramétrique ou systémique ? Avec une part de capitalisation ?**

[...] Les Français veulent choisir et que les règles s'adaptent à leur mode de vie. **Pourquoi ne pas offrir la possibilité de partir à la retraite quand ils le souhaitent en adaptant le niveau de pension en conséquence ?** « Je veux partir à la retraite à 55 ans, j'aurai une petite pension ? Ça me va. » « Mon boulot me passionne, je veux travailler jusqu'à 70 ans », très bien. « Je suis jeune retraité, je m'ennuie, je veux reprendre une activité dix heures par semaine », pourquoi pas ? Nos règles administratives font tout pour décourager cela. **Au nom de quoi impose-t-on la même règle à tout le monde [...] ?**

## **Emmanuel Macron**

**Vous ne mettez rien au crédit d'Emmanuel Macron ?**

Vous l'avez compris, je ne suis pas dans une posture de critique politicienne, parce que ça ne répondra pas à nos problèmes. **Bien sûr qu'il y a eu des choses utiles : la baisse du chômage, le redressement de l'apprentissage, un discours pro-business pour éviter que ceux qui réussissent quittent la France. Je ne dirais pas que « Macron, c'est la catastrophe ». Il a réussi des choses, mais il n'a pas enrayé la décadence. Et c'est notre défi.**

**A-t-il restauré l'image de notre pays dans le monde ?**

Soyons justes : **Emmanuel Macron** a réussi à incarner la France à l'international. Il a donné une **impulsion au niveau européen, il a porté une ambition, des idées. Il ne nous a pas fait honte, contrairement, parfois, à son prédécesseur. Mais le poids de la France a continué à s'affaiblir.**

10 mai 2023 (Le Figaro)

[Bernard Carayon: «Parler d'espérance aux Français» \(lefigaro.fr\)](#)

## Bernard Carayon: «Parler d'espérance aux Français»

Publié le 07/05/2023 à 18:33 , mis à jour le 07/05/2023 à 18:33



Bernard Carayon. *Clairefond*

**TRIBUNE - Le maire LR de Lavour (Tarn) fait un constat lucide et sans concession de l'état de la France, déplorant notamment que nous détenions les records de déficits, de prélèvements, de désindustrialisation, d'insécurité ou encore d'immigration. Et appelle les dirigeants à dire la vérité, sans fard, tout en tentant de dessiner un horizon d'avenir et de redressement.**

**La France est une énigme.** Elle a porté l'idéal de liberté de tous les peuples, construit le modèle de l'État moderne et la notion de souveraineté, adapté aux temps modernes l'antique citoyenneté, conçu des objets industriels d'exception, partagé la découverte de la vaccination, inauguré, avec la Sorbonne, ces lieux de transmission du savoir, ouverts aux sans-fortune. Ses monuments, ses jardins, sa littérature, certaines de ses figures politiques et religieuses ont donné à tous les hommes de goût une seconde patrie.

Mais la France s'est laissé envahir par les formes les plus hideuses, stupides et intolérantes de déconstruction affectant son passé, sa langue, sa culture, ses structures sociales.

Elle s'est ouverte aux prédateurs financiers du monde entier et à une immigration aux antipodes de son creuset civilisationnel, fermé les yeux sur ses dépendances stratégiques, universalisé ses droits sociaux au préjudice de ses citoyens.

Il n'y a pas d'exemple comparable d'un tel masochisme. L'idéologie de la gauche qui a perdu sa vitalité républicaine, les lâchetés de la droite reniant la nation se paient aujourd'hui cash, d'autant que l'État s'effondre dans tous ses anciens compartiments d'excellence. Le déni des réalités est la trame des quarante dernières années de notre vie politique. Nous détenons tous les records de déficits, de dette, de prélèvements, de désindustrialisation, d'insécurité, de consommation de drogues légales et illégales, d'immigration. Nos positions diplomatiques reculent partout. Notre armée est jugée incapable de tenir un conflit de grande intensité de plus de quelques jours ; nos référents économiques, politiques et stratégiques ont trente ans de retard. Les États-Unis comme la Chine pillent nos technologies et **nous espionnent**, **l'Allemagne nous trahit chaque fois qu'elle le peut**, la Commission nous impose des règles dont elle soustrait de l'application nos concurrents extra-européens.

Il n'est pas éloigné le moment où le président de la République offrira à l'Europe - de fait, aux Allemands, qui la pilotent - notre siège au Conseil de sécurité de l'ONU, en échange d'un peu de compassion sur l'état désastreux de nos finances publiques et de notre capacité à réformer le pays.

La République n'a pas de « valeurs »: seulement des principes.

Notre situation est d'autant plus grave que s'est engagé depuis une quinzaine d'années un basculement du monde vers l'Asie et que le système financier est à bout de souffle. Alors que s'imposent des efforts inédits dans l'histoire pour financer la transition énergétique, la dette publique et privée du monde est déjà supérieure à celle de l'après-guerre...

«*Espérer contre toute espérance*»: c'était le thème d'une conférence de carême du père Carré, à Notre-Dame, il y a cinquante ans. L'espérance est la mère des activités humaines: celle du bâtisseur de cathédrales, de Livingstone perdu le long des rives de la Lualaba, du déporté guettant la lumière du jour de sa libération.

Mais elle a disparu des discours politiques français. C'est le corollaire d'un affaissement intellectuel et moral ; car l'espérance se nourrit des leçons de l'histoire et d'une conceptualisation de l'avenir: le dessin du destin. L'ignorant ne peut ni se souvenir ni anticiper, a fortiori mobiliser. Il se réfère plutôt aux «valeurs de la République» comme d'un viatique, pour se vêtir de respectabilité ou ostraciser l'adversaire. Or la République n'a pas de «valeurs»: seulement des principes.

La France n'a pas seulement le privilège de l'antériorité sur la République: elle a une «odeur», comme l'écrivait si joliment Jean-Paul Dollé, l'ancien maoïste, qui sut aimer Charlotte Corday et Saint-Just. Il y a plus de trente ans déjà, il sentait que «*la France n'existe plus. Monte une horrible odeur de cadavre. Elle revivra peut-être quand refleurira une parole*».

Le monde occidental redécouvre les mérites des nations et de leurs frontières, des « rappels à l'ordre » politiques du marché, de la souveraineté

L'histoire nous enseigne que la patrie est plus souvent sauvée par les gueux que par ses élites. Mais c'est au peuple entier que la parole politique doit s'adresser. C'est la vocation de la droite. Elle se corrigera de ses lâchetés mais la gauche plus difficilement de ses erreurs fondamentales: le travail comme condamnation, la préférence étrangère en substitut du patriotisme, le mensonge en règle de réécriture de l'histoire, la culture prométhéenne de la table rase en lieu et place de ce qui est naturel.

Le monde occidental redécouvre les mérites des nations et de leurs frontières, des «rappels à l'ordre» politiques du marché, de la souveraineté: le gaullisme ne pouvait naître à gauche, parce qu'il est issu du respect de la terre et des morts, nourri de la vertu de la transmission. Mais il a pu rassembler dans les temps de troubles, parce qu'il parlait à l'âme des Français.

C'est parce qu'on ne sait plus parler à celle-ci qu'ils ne croient plus en leurs représentants, préférant le cri de la rue au respect des institutions.

Dire la vérité, sans fard ni arrogance. Cultiver le sentiment d'appartenance à la communauté nationale que décrivait Renan dans son discours à la Sorbonne. Si le gaullisme est apparu comme une résurrection de l'esprit français, c'est qu'il existait avant de Gaulle. L'histoire n'est écrite que pour les religions fatalistes: ce n'est pas le sens de notre civilisation européenne, qui repose sur la liberté et la responsabilité de chacun comme sur la conscience du tragique, que l'on ne surmonte que par l'espérance.

9 mai 2023 (NZZ)

[Europa-Rede von Olaf Scholz: Berlin grenzt sich gegen Paris ab \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/europa-rede-von-olaf-scholz-berlin-grenzt-sich-gegen-paris-ab-nzz.ch)

## Olaf Scholz stellt sich in Strassburg gegen Europa als Weltmacht – und damit auch gegen Emmanuel Macron

Der deutsche Kanzler fordert vor dem Europäischen Parlament die baldige Aufnahme des Westbalkans in die EU, mehr Freihandelsverträge und den zügigen Abschluss der Asylreform. Die Debatte dazu ist über weite Strecken ein deutsches Selbstgespräch.

Christoph G. Schmutz, Brüssel

09.05.2023, 15.25 Uhr



Der deutsche Kanzler Olaf Scholz musste sich in Strassburg nach seiner Rede am Europa-Tag von den EU-Parlamentariern einiges anhören.

Jean-Francois Badias / AP

Man mag vom deutschen Kanzler Olaf Scholz halten, was man will, aber kaum jemand dürfte ihn als mitreissenden Rhetoriker bezeichnen. Seine Europa-Rede trug er am Dienstag in Strassburg denn auch mit dem Charme eines Buchhalters vor. Doch inmitten von Phrasen und Allgemeinplätzen fanden sich Aussagen, die besonders in Paris kaum Freude ausgelöst haben dürften.

### Ist das 21. Jahrhundert multipolar?

«Wer nostalgisch dem Traum europäischer Weltmacht nachhängt, der steckt in der Vergangenheit», sagte Scholz. Er widersprach damit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der Europa als eine dritte Macht neben den USA und China sieht.

Der deutsche Kanzler betonte, dass in Asien, Afrika und Südamerika neue Schwergewichte heranwachsen, die sich aus seiner Sicht zu Recht nicht mit einer bi- oder tripolaren Weltordnung abfinden werden. Die Welt des 21. Jahrhunderts sei multipolar, sagte Scholz.

Das ist eine erstaunliche Einschätzung. Denn derzeit ist eher weniger Multipolarität und mehr eine erneute Blockbildung zu beobachten: Das westlich geprägte Bündnis um die USA und Europa herum gegen den Rest der Welt. Es ist dabei der Krieg in der Ukraine, der eine mehr oder weniger klare Trennlinie zwischen den beiden Lagern zieht.



Scholz möchte Europa «auf Augenhöhe» mit anderen Ländern und Regionen positionieren, nicht über oder unter ihnen. Allerdings bedingt nur schon das eine grössere Kraftanstrengung, insbesondere falls sich in den USA der vormalige Präsident Donald Trump – oder ein anderer Kandidat seines Zuschnittes – durchsetzt und Amerika sich teilweise von der Weltbühne zurückzieht. Da dürften sich Scholz und Macron finden.

Was China betrifft, wiederholte der Kanzler die von der EU-Kommission um Ursula von der Leyen bekannte Formulierung, wonach Peking Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale sei. Rivalität und Wettbewerb hätten aber zugenommen, sagte Scholz. Er wolle Risiken verringern, aber keine Entkopplung (de-risking, nicht de-coupling).

## Scholz will die EU vergrössern und mehr Freihandel

Unterschiede zu Paris wurden auch bei der Erweiterungsfrage deutlich. Es sei «wirklich peinlich», dass die EU bei der Aufnahme des Westbalkans noch nicht weiter sei, sagte Scholz. Wenn man aber die vor zwanzig Jahren formulierten Versprechen nicht einhalte, verliere die EU an Einfluss und Strahlkraft. «Wir haben uns für ein grosses Europa entschieden», sagte Scholz.

Macron bremst dagegen bei der Erweiterung und pocht darauf, dass zuerst Reformen nötig seien. Und er hat mit der Europäischen Politischen Gemeinschaft, die sich Anfang Juni in der Moldau trifft, ein neues Gefäss für den Dialog mit den europäischen Nachbarn geschaffen, das böse Zungen als einen aufgehübschten Warteraum für Beitrittskandidaten bezeichnen könnten.

Scholz betonte ebenfalls, dass eine Erweiterung Reformen bedingen würde. Nur gingen seine Vorstellungen da kaum über einige administrativ anmutende Ideen hinaus. Ihm schwebt insbesondere vor, dass der Rat der heute 27 Mitgliedstaaten häufiger mit qualifizierter Mehrheit in der Aussenpolitik und bei den Steuern entscheidet und seltener mit Einstimmigkeit.

Das mag für das bevölkerungsreichste Land der EU ein nachvollziehbares Anliegen sein, doch die kleinen Nationen dürften die Einstimmigkeit in wichtigen Angelegenheiten als Schutz sehen, um von den Schwergewichten wie Deutschland und Frankreich nicht einfach übergangen zu werden.

Und schliesslich grenzte der deutsche Regierungschef sich auch gegen zu viel Protektionismus nach französischer Machart ab. Er plädierte für mehr Offenheit und mehr Kooperation als Gebot der Zeit. So forderte er zügig neue Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, mit Mexiko, Indien, Indonesien, Australien und Kenya.

Er will dabei den Ländern anbieten, dass sie beim Handel mit Europa mehr Wertschöpfung in ihrem Land behalten können, als das heute der Fall ist im Austausch mit China. So soll etwa die erste Verarbeitung von Rohwaren vor Ort stattfinden und nicht wie heute häufig im Reich der Mitte.

## Deutsche Selbstgespräche in Strassburg

Der Auftritt von Scholz in Strassburg illustrierte auch, wie stark mittlerweile deutsche Innenpolitik auch Europapolitik ist. Viele Redner waren Exponenten deutscher Parteien. So wusch unter

anderen [Terry Reintke](#), immerhin von der in der Ampelregierung in Berlin vertretenen Grünen Partei, dem deutschen Kanzler den Kopf.

Sie kritisierte Scholz, dass er das [Spektakel der FDP beim Verbrenner-Aus](#) nicht verhindert habe. Und sie warf ihm vor, dass man ihm trotz Zeitenwende-Ankündigung jede konkrete Massnahme trotzdem mühsam abringen müsse.

Sie wünsche sich einen Kanzler, der aus den Fehlern seiner Partei gegenüber Russland gelernt habe und nicht dieselben Töne gegenüber China anschlage. Scholz solle bei der grünen Transformation vorgehen und nicht länger hinterherhinken, sagte Reintke weiter. Und sie möchte, dass sich der deutsche Kanzler gegen eine Asylpolitik stellt, die aus Europa eine Festung mache.

Letzteres war ein weiterer Verweis in die deutsche Innenpolitik. Scholz trifft am Mittwoch die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer in Berlin zu einem Flüchtlingsgipfel. Er sprach von Fluchtmigration und forderte, dass man sich noch vor der Europawahl im Sommer 2024 auf die Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems einige.

Scholz will irreguläre Migration «besser steuern». Er wies darauf hin, dass mittlerweile in vielen Teilen Europas dringend Arbeitskräfte auch aus Drittstaaten benötigt würden. Dafür müssten aber Herkunfts- und Transitländer Personen zurücknehmen, die kein Bleiberecht «hier bei uns» hätten. Und es seien auch Massnahmen für einen «wirksamen Aussengrenzschutz» nötig. So will er die Akzeptanz in der Bevölkerung für die reguläre Migration fördern.

Doch wie will er in diesem hoch umstrittenen Dossier in Europa zu einem Ergebnis kommen? «Wir dürfen nicht abwarten, bis die Solidarität wie der Heilige Geist über uns kommt», sagte er. Die gemeinsame Haltung müsse durch die demokratische Debatte erarbeitet und erstritten werden, [präzisierte der Kanzler](#) die Aussage, die auch als Drohung hätte aufgefasst werden können.

9 mai 2023 (NZZ)

[Israel gehört den Juden – sagt der Koran \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

«Es steht im Koran», sagen Muslime, um islamische Ansprüche auf Israel und Jerusalem zu rechtfertigen. Sie sollten den Koran genauer lesen

Juden sind «Besitzer» im Heiligen Land? Diesen Satz hört man in muslimischen Ländern und Gemeinden oft. Sie widersprechen damit ihrem eigenen Propheten.

Abdel-Hakim Ourghi 27.02.2023, 05.30 Uhr



Das religiöse und politische Wirken des Propheten Mohammed zeigt deutlich, dass er kein Interesse an Jerusalem hatte. – Die Maske des Protestierenden aus Istanbul (Aufnahme aus dem Jahr 2017) zeigt die goldene Kuppel des Felsendoms in Jerusalem.

Emrah Gurel / AP

In diesem Jahr feiert Israel sein fünfundsiebzigjähriges Bestehen – und damit auch die Garantie einer sicheren Zuflucht für Jüdinnen und Juden weltweit. Eine grosse Mehrheit der Muslime erkennt jedoch das Land Israel nicht an und beharrt darauf, dass das Land den Palästinensern gehöre. In den Debatten der islamischen Welt und in den Gemeinden der Muslime im Westen ist nicht die Rede vom Staat Israel, sondern nur von Aggressoren, dem «zionistischen Gebilde» oder der «zionistischen Besatzung».

Aber wie begründen die Muslime das Recht der Palästinenser auf das Land? Wissen die Muslime, wie sich der Koran über Israel äussert? Legitimiert dieser die religiösen Ansprüche auf dieses «Land»? Immer wieder stellte ich meinen muslimischen Gesprächspartnern die Frage, wo im Koran stehe, dass «Palästina» nicht den Juden gehört. Die Antwort lautet: «Es steht im Koran» – und das gilt als unschlagbares Argument.

## Auf Jerusalem wird kein Anspruch erhoben

Um welchen koranischen Vers es sich handelt, konnte mir niemand sagen. Viele Muslime scheinen den Koran nicht oder nicht gut genug zu kennen. Ich bin mir bewusst, dass es in der Debatte im muslimisch-palästinensischen Milieu weitere Elemente zu berücksichtigen gibt. Zum einen sind nicht alle Palästinenser Muslime, zum anderen wächst die Komplexität des Konfliktes mit dem Blick auf die vielen anderen Faktoren, die jenseits der Religion eine Rolle spielen. Jedoch möchte ich mich hier auf diese Rolle der Religion fokussieren.

Nach Mekka und Medina wird Jerusalem (*al-quds*) als die dritte heilige Stadt der Muslime betrachtet. Aus der muslimischen Tradition wissen wir, dass die Gemeinde des Propheten nach der

Auswanderung von Mekka nach Medina im Jahr 622 achtzehn Monate lang ihr Ritualgebet Richtung Jerusalem verrichtete. Wegen religiös-politischer Auseinandersetzungen zwischen dem Propheten Mohammed und den in Medina lebenden Juden wurde diese Praxis abgeschafft beziehungsweise geändert, und die Muslime begannen, Richtung Mekka zu beten.

Eine ausserordentliche Wertschätzung wird Jerusalem als Schauplatz der nächtlichen Himmelsreise des Propheten zuteil. Der erste Vers der Sure 17 spricht davon, Gott habe Mohammed nachts von der heiligen Kultstätte in Mekka nach der fernen Kultstätte in Jerusalem reisen lassen. Daraus leiten die Muslime ihr Recht auf das Land Israel ab. Im Koran kommt jedoch weder der Name Jerusalem explizit vor, noch wird erwähnt, Jerusalem sei die Stadt der Muslime. Auch der Name «Palästina», der für die Region spätestens ab römischer Zeit etabliert war, kommt im Koran nicht vor.

## Aufruf an die Kinder Israels: «Bewohnt das Land!»

Aus dem Koran geht aber sehr wohl hervor, dass der Prophet zu Beginn seiner Karriere als politisches Oberhaupt in Medina die Religion der Juden neben den Christen als gleichwertige Religion anerkannte. Er führte sogar einen friedlichen Dialog mit ihnen. Er war darum bemüht, die Gemeinsamkeiten zwischen dem Judentum und dem Islam zu betonen. Letzten Endes diente das seinem Aufruf, wonach sich die Juden zur neu verkündeten Religion bekehren sollten. Das aber wollten die Juden nicht, und deshalb entwirft der danach in Medina offenbarte Teil des Koran (622–632) einen regelrechten Sünden katalog mit antijüdischer Polemik. Trotz dieser Judenfeindschaft spricht der Koran mehrmals den Juden das Recht auf Eretz, das «Land» (*arḍ*), zu – worunter der biblische Kontext das spätere «Land Israel» meint.

Insgesamt zehnmal spricht der Koran von der Gabe des «Landes» an die Kinder Israels. In dem ersten Vers der in Mekka offenbarten Sure 17 ist die Rede von dem «Land, das wir gesegnet haben». Die muslimischen Korankommentatoren sind sich darüber einig, dass es sich dabei um das Land des biblischen Israel handelt. Im Zusammenhang mit dem Exodus, dem Auszug der Israeliten aus Ägypten, ist in derselben Sure Folgendes zu lesen: «Und wir sagten zu den Kindern Israels: ‹Bewohnt das Land!›». Mit einem Imperativ wird den Israeliten das Land Israel zugewiesen, in das sie ausziehen sollen. Diesen Imperativ gibt es auch in der folgenden Koranstelle: «Nehmt diese Stadt zur Wohnung». Die muslimische Koranexegese erwähnt hierbei Jerusalem (Quds).

Deutlicher spricht der Koran über die Gabe des «Landes» an die Israeliten und die konkrete Verbindung dazu in einer der letzten in Mekka offenbarten Suren. Dort steht Folgendes: «Und wir gaben dem Volk, das unterdrückt worden war, die östlichen und westlichen Gegenden des Landes (d. h. das ganze Land) zum Erbe, das wir gesegnet haben. Und das schöne Wort (der Verheissung) deines Herrn ging an den Kindern Israels in Erfüllung (zum Lohn) dafür, dass sie geduldig waren.»

## Der Koran folgt der alttestamentarischen Tradition

Der historische Kontext bei der Entstehung dieser koranischen Stelle sind die heftigen Auseinandersetzungen Mohammeds mit seinen Gegnern in seiner Heimatstadt Mekka, die ihn als Propheten ablehnten. Seine Auswanderung von Mekka nach Medina im Jahre 622 vergleicht der Koran mit der biblischen Verheissung des Landes Israel an die Juden – und somit galt diese Mohammed als Vorbild bei seiner Auswanderung nach Medina. Mohammed und seine Gemeinde waren in Mekka unterdrückt wie die Juden in Ägypten.

Noch in der letzten in Medina offenbarten Sure wird die enge Verbindung zwischen dem Land Israel und den Juden betont. Folgendes ist da zu lesen: «Und (damals) als Mose zu seinen Leuten sagte: Leute! Gedenkt der Gnade, die Gott euch erwiesen hat! (. . .) Leute! Tretet ein in das Heilige Land, das Gott euch bestimmt hat, und kehrt nicht um, so dass ihr den Schaden habt!»

Der Koran folgt uneingeschränkt der alttestamentlichen Tradition und bekräftigt mit Nachdruck die Verheissung des Landes an die Juden. Die Übernahme der biblischen Überlieferung in den Koran verweist auch deutlich darauf, dass nicht die Muslime die Erben des Heiligen Landes und Jerusalems sind. Für Mohammed blieb der Tempel in Jerusalem der Besitz der Kinder Israels. Er war kein Schauplatz seiner politisch-religiösen Interessen, weil es noch weit ausserhalb seines Machtbereiches lag.

Selbstverständlich könnten Muslime einen Anspruch auf das Land Israel geltend machen, wenn das historische Wirken des Propheten damit verbunden gewesen wäre. Das war jedoch nicht der Fall. Die Frage, wem das Land gehört, stellte sich zur Zeit des Propheten nicht, es war Teil des Byzantinischen Reiches und wurde sowohl von Juden als auch von christlichen Syrern, Aramäern, Arabern und anderen Gruppen bewohnt. Dass eine Moschee auf dem Fundament des alten jüdischen Tempels errichtet wurde, geschah erst unter der umayyadischen Dynastie zwischen 687 und 691. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Muslime in den heutigen Diskussionen zum Nahostkonflikt die Rezeption der biblischen Traditionen im Koran, die den Juden Rechte auf Israel zusprechen, ausser acht lassen.

## Die Verehrung Jerusalems ist ein neueres Phänomen

Einige der zwei Jahrhunderte nach dem Tod Mohammeds kompilierten Aussagen des Propheten, deren Authentizität jedoch mit Vorsicht zu geniessen ist, verweisen auf die Vorzüge des Gebets in Jerusalem. Mohammed soll gesagt haben, die besten Menschen seien jene, die nach Jerusalem pilgerten. Er soll auch gesagt haben, dass ein Gebet dort so viel Werte wie tausend Gebete an anderen Orten habe. Des Weiteren heisst es in einer anderen postkoranischen Überlieferung: «Wer nach Jerusalem pilgert und dort betet, wird noch im selben Jahr von allen seinen Sünden gereinigt.»

Zwar trugen solche überlieferten Aussagen des Propheten dazu bei, dass sich ab dem 9./10. Jahrhundert immer wieder Muslime in Jerusalem niederliessen. Jedoch enthält auch die Tradition des Propheten, als zweite kanonische Quelle des Islam, keinen Hinweis darauf, dass Jerusalem den Muslimen gehöre. Das religiöse und politische Wirken des Propheten zeigt deutlich, dass er kein Interesse an Jerusalem hatte. Daher kann kein muslimischer Anspruch auf Jerusalem erhoben werden. In seinem Werk «Anleitung für den Besuch Jerusalems» betrachtet selbst der ultrakonservative Gelehrte Ibn Taimiyya (1263–1328) die Verehrung Jerusalems kritisch. Sie gilt ihm als unerlaubte Innovation, die mit dem islamischen Glauben nichts zu tun habe.

Nirgendwo im Koran steht, dass dieses «Land» den Muslimen heilig oder gar verheissen sei. Die religiöse Aufladung des Heiligen Landes und «Palästinas» ist eine muslimische Projektion eigener Phantasien, die im Laufe der Zeit und vor allem nach der Gründung des Staates Israel entstanden ist.

Das koranische Recht der Palästinenser auf das Land Israel entpuppt sich als ein Gerücht. Diese Behauptung wird durch antisemitische Verschwörungstheorien noch verstärkt. Dass in den letzten Jahren einige arabisch-muslimische Regierungen, wie etwa von Marokko, Bahrain, des Sudans und der Vereinigten Arabischen Emirate das Land Israel anerkannten, ist ein grosser Schritt in Richtung Frieden zwischen Juden und Muslimen.

Hoffnung für die grosse Wende kommt aus Pakistan. Der geistliche Vorsitzende der pakistanischen Partei Jamiat Ulema-e Islam, Maulana Mohammed Khan Sherani, veröffentlichte im Dezember 2020 eine Erklärung, in der zu lesen ist: Der Koran betone, dass Israel den Juden gehöre. Sherani war

zwischen 1988 und 2018 Mitglied der Nationalversammlung Pakistans. Vor laufender Kamera sagte er: «Das Land Israel gehört den Juden und nicht den Palästinensern.» Er selber stehe ein für eine Normalisierung der Beziehungen mit dem Staat Israel. Weiter empfahl er den Muslimen, den Koran genau zu lesen.

Ungeachtet all dessen ist festzuhalten, dass ein völkerrechtlicher Anspruch auch dann nicht gegeben wäre, wenn der Koran Jerusalem den Muslimen zuschreiben würde. Und zugleich hat die angestammte palästinensische Bevölkerung Jerusalems oder des Westjordanlands einen legitimen rechtlichen und politischen Anspruch auf ihren Grundbesitz.

Abdel-Hakim Ourghi ist Islamwissenschaftler, sein neues Buch «Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen» erscheint im Mai 2023 in Claudius-Verlag.

9 mai 2023 (NZZ)

[Migration: Nicht Religion, die Klasse beeinflusst Integration. \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

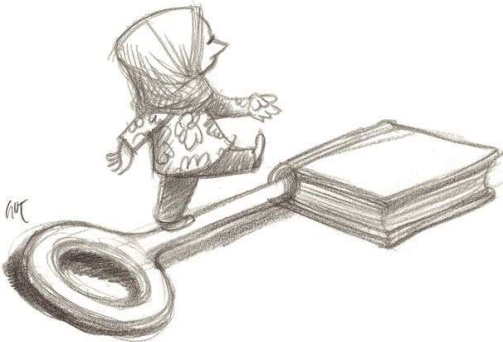
KOMMENTAR

## Die Integrationsdebatte muss die richtigen Fragen stellen – die nach der Religion kommt erst an dritter Stelle (???)

Auseinandersetzungen um Migration und Integration enden oft in Debatten um das «Wesen» des Islam. Wer genau hinschaut, sieht: Das Problem ist nicht die Religion, sondern die Zuwanderung von bildungsfernen Schichten, die integriert werden müssen.

Andreas Ernst

09.05.2023, 05.30 Uhr



**Warum verläuft die Ankunft von Millionen Ukrainerinnen in Westeuropa fast lautlos im Vergleich zur Aufnahme der Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan seit Mitte der zehner Jahre? Und weshalb ist die Arbeitsmarktintegration von Migranten aus diesen Ländern so viel langsamer als jene anderer Migrantengruppen?** Der Schluss scheint naheliegend: Der Islam erweist sich als Integrationshindernis, wenn Einwanderer aus seinem Einflussbereich in europäischen Ländern ankommen.

Vereinzelte Schulschandale scheinen das zu bestätigen. Nicht zufällig, denn Schulen sind die Institutionen der Integration par excellence. In Erinnerung ist die «Therwiler Handschlagaffäre», als sich 2016 zwei muslimische Sekundarschüler in dem Dorf in Basel-Landschaft weigerten, ihrer Lehrerin die Hand zum Gruss zu geben. Ihre Religion, der Islam, verbiete das.

Die Empörung war gross und wuchs, als die Schulleitung den beiden Jugendlichen einen «Handschlag-Dispens» erteilen wollte. Die Kantonsregierung schaltete sich ein, später die Justiz, bis die Affäre nach Jahren im Sand verlief.

Anfang Jahr – nach gewalttätigen Silvesterkrawallen mit Migranten in deutschen Grosstädten – prangerte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz chronische Disziplinprobleme in Schulen mit «kleinen Paschas» an. Diese weigerten sich, die Autorität weiblicher Lehrpersonen zu akzeptieren – und würden vom Elternhaus dabei unterstützt. Greife eine Lehrerin durch, so stehe am nächsten Tag der Vater im Schulhaus und verbitte sich das.

**«Darüber», so forderte Merz, «müssen wir reden.»** Merz hat recht – aber worüber genau soll das Gespräch geführt werden? Es fehlt ja nicht an Debatten, die das Verhältnis des Islam zu

**Emanzipation und Gleichberechtigung der Frau zum Gegenstand haben.** Es mangelt auch nicht an Einlassungen, die islamisch geprägte Gesellschaften als modernisierungsresistent qualifizieren, weil sie – anders als der «jüdisch-christliche Kulturkreis» – die Aufklärung «verpasst» hätten.

## «Die Muslime» gibt es nicht

Was in diesen Debatten zu wenig zur Kenntnis genommen wird, **sind empirische Studien, welche die eingewanderten Muslime soziologisch erfassen und aufzeigen, von welchen sozialen Indikatoren eine erfolgreiche Integration abhängt. Und da tritt die Religionszugehörigkeit zurück. In den Vordergrund rücken dagegen die geografische Herkunft der Migranten und vor allem die soziale Klasse.** Das ist durchaus von Belang, denn das politische Instrumentarium muss auf die Problemlage abgestimmt werden.

Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat 2021 eine Studie zum «Muslimischen Leben in Deutschland 2020» herausgegeben. Es ist ein umfassender Überblick über die Herkunft und **die soziale Lage der muslimischen Bevölkerung in Deutschland, die 6,5 (in der Schweiz 5,5) Prozent der Wohnbevölkerung ausmacht.**

Ein Hauptbefund: **Die Muslime in Deutschland sind nicht eine Gemeinschaft, sondern eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe,** deren Angehörige ausser dem religiösen Bekenntnis (das sehr unterschiedlich gelebt wird) nur wenig verbindet.

Die aus der Türkei stammenden Muslime haben in den letzten Jahren die absolute Mehrheit verloren, sie machen noch 45 Prozent aus. **Ein knappes Drittel kommt aus dem Nahen Osten und Nordafrika und 20 Prozent aus Südosteuropa. Etwa die Hälfte besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft, unter den Türkischstämmigen sind es genau 50 Prozent.**

**Fast alle Muslime aus dem Nahen Osten sind selbst eingewandert. Bei den Türkischstämmigen ist es die Hälfte, die andere Hälfte ist in Deutschland geboren.** Nach schweizerischem Sprachgebrauch sind es «Secondos». Das verweist auf die lange Einwanderungsgeschichte der beiden Länder.

**Zuwanderer aus muslimisch geprägten Ländern sind im Durchschnitt religiöser als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.** 82 Prozent geben an, «eher gläubig» oder «stark gläubig» zu sein. Bei der Kontrollgruppe ohne Migrationshintergrund sind es bloss 55 Prozent.

Entscheidend ist aber, das zeigt die Studie klar, dass nicht nur Muslime, sondern auch Andersgläubige aus diesen Ländern stärker religiös sind. **Das Kriterium ist also nicht die Konfession (Muslim oder Nichtmuslim), sondern die Herkunft aus einer schwach säkularisierten Gesellschaft.**

Auch da gibt es Unterschiede. So sind die Einwanderer aus Nordafrika stärker religiös als jene aus der Türkei oder Südosteuropa. **Und in der zweiten und dritten Generation schwächt sich das Glaubensbekenntnis tendenziell ab.** 70 Prozent der Musliminnen in Deutschland tragen kein Kopftuch.



Der schulische und berufliche Erfolg ist stark von der Migrationsbiografie beeinflusst. Personen aus dem Mittleren Osten, die vor kurzem einwanderten, haben zu 70 Prozent keine (deutsche) Berufsausbildung. Bei den Nachfolgegenerationen der türkischen und südosteuropäischen Einwanderer dagegen sind es nur 20 Prozent, bei den Einheimischen 10 Prozent.

Dennoch ist aufs Ganze gesehen bei Migranten das Bildungsniveau tiefer und der Anteil Erwerbstätiger kleiner (53 Prozent) als bei Personen ohne Einwanderungsgeschichte (72 Prozent). **Aber ob sie Muslime oder Nichtmuslime sind, spielt kaum eine Rolle.**

## Die soziale Herkunft zählt

Worauf also kommt es wirklich an? Wovon hängt es ab, ob ein Einwanderer sich schnell und gut integriert? **Die Religion ist offensichtlich nicht entscheidend.** Der Herkunftsort schon eher. [Ein britischer und ein dänischer Ökonom von der London School of Economics sind der Frage nach den Kriterien für den Erfolg von Secondos in Dänemark nachgegangen.](#)

Die Ausgangslage ist klar. **In Dänemark (wie überall in Europa, aber anders als in den USA) sind die Kinder von Einwanderern in ihrem späteren Leben durchschnittlich weniger erfolgreich als die Kinder von Einheimischen. Sie haben mehr Mühe in der Schule, werden eher arbeitslos, sind öfter auf Sozialhilfe angewiesen und kommen häufiger mit dem Gesetz in Konflikt.**

Auch die **Gründe dafür** sind gut erforscht: **Sprachprobleme, sozioökonomischer Status, «Bildungsferne» der Eltern, Diskriminierung.** Wenn man aber genauer hinschaut und nicht einfach Secondos und Einheimische vergleicht, sondern Einwandererkinder mit einheimischen Kindern aus der gleichen Bildungsschicht oder gesellschaftlichen «Klasse», wendet sich das Bild.

Dann schneiden die Secondos besser ab, besonders die Mädchen. **Für den Erfolg oder Misserfolg der zweiten Generation sind also weder Religion noch Geburtsort der Eltern grundlegend. Entscheidend ist deren soziale Klasse: Die Tochter aus einer afghanischen Ärztesfamilie hat gar die besseren Chancen als die dänische Arzttochter.**

**Und im Vergleich zu einem dänischen Arbeiterkind schneidet ein bosnischer Bauernbub besser ab – im Durchschnitt. Aber weil das Bildungsniveau der Einwanderer tendenziell tiefer ist, gibt es einen dringenden Nachholbedarf an Bildung.**

Das zeigt, worüber geredet werden muss, wenn es um Integration geht. **Bildung ist der Schlüssel.** Denn sie macht den sozialen Aufstieg der zweiten Generation möglich. Wo soziale Mobilität von Secondos funktioniert, ist das Risiko der Ghattobildung kleiner. Die Kinder oder Kindeskiner ziehen weg in bessere Quartiere.

**Eine wichtige Voraussetzung dafür sind personell und finanziell gut ausgestattete staatliche Grundschulen (Schweden und Belgien haben mit deren Privatisierung die Segregation gefördert).** Hier sollte bei Lehrern und Gebäuden nicht gespart werden. Denn es geht um Weichenstellungen, die viel grössere Folgekosten im Sozial- und Justizsystem verhindern können. Integrativ wirkt auch ein breit aufgestellten **Vereinswesen.** Vor allem **Sportvereine** sind ein Ort, an dem auch Jugendliche mit Schulproblemen Erfolg haben können. Selbstverantwortung,

**Leistungswille und Solidarität werden geweckt** und gestärkt und sind auch abseits der Sportplätze von Nutzen.

Schliesslich trägt nach wie vor die **Wehrpflichtarmee** zur Integration bei. Wo Vorgesetzte vorurteilslos auf den Willen und die Fähigkeiten ihrer Rekruten blicken, sieht mancher Secondo eine (zweite) Chance, sich im «System» zu bewähren. Auch damit sind positive Rückkoppelungseffekte im zivilen Leben verbunden.

**Und der Islam? Auch er sollte integriert werden, indem er zu einer staatlich anerkannten Glaubensrichtung aufgewertet wird (wie in Österreich).** Damit sind Privilegien verbunden, aber auch Pflichten: **Nur staatlich lizenzierte Religionslehrer unterweisen die muslimischen Kinder, und Imame verfügen über eine anerkannte Ausbildung.** Dafür sollen die Moscheen aus ihrer Schattenexistenz in Hinterhöfen ans Licht der Öffentlichkeit geholt werden – und Minarette haben dürfen.

Katrin Pfündel, Anja Stichs, Kerstin Tanis: Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2021; Mathias Fjaellegaard Jensen, Alan Manning: Background matters, but not whether parents are migrants: Outcomes of children born in Denmark, LSE 2021.

9 mai 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/05/09/la-ligue-arabe-blanchit-le-regime-assad\\_6172599\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/05/09/la-ligue-arabe-blanchit-le-regime-assad_6172599_3232.html)

# La Ligue arabe blanchit le régime Assad

[Éditorial](#)

Le Monde

La réintégration de la Syrie au sein de la Ligue arabe relève de la décision de régimes qui ont tous conclu qu'elle leur bénéficierait, ou qu'elle représenterait un moindre mal pour leurs intérêts. Elle s'effectue par-dessus les peuples et constitue un brevet d'impunité.

Publié aujourd'hui à 09h45

Le retour de la Syrie dans le giron arabe n'était plus qu'une question de temps. Le voilà désormais effectif, à l'initiative de l'Arabie saoudite et de son dirigeant de fait, le prince héritier [Mohammed Ben Salman](#), soucieux d'apparaître comme le nouveau métronome du Proche-Orient.

La réintégration de Damas au sein de la Ligue arabe, [annoncée le 7 mai](#), consacre définitivement le triomphe des contre-révolutions, après l'ébranlement des « printemps arabes » de 2011. Bachar Al-Assad avait alors montré qu'il était prêt à tout pour maintenir sa fêrle sur son pays, quel qu'en soit le prix. Il avait fait le choix d'une répression à outrance qui avait laminé une contestation initialement pacifique et citoyenne. Des groupes djihadistes, dont celui de l'Etat islamique, avaient prospéré dans ce chaos.

Grand bénéficiaire de l'indécision occidentale qui avait ouvert la porte en 2013 aux interventions iranienne et surtout russe, le maître de Damas avait fini par retourner la situation. Il avait écrasé sous les bombes, avec l'aide de ses alliés, les zones qui avaient échappé à son contrôle, et fait disparaître par milliers les opposants dans les géhennes que sont les prisons syriennes.

Le bilan de cette politique de la terre brûlée à l'échelle d'un pays tout entier est désormais établi. Une bonne partie de la Syrie est en ruines, privée en outre de ses forces vives contraintes à l'exil. Devenu le théâtre de conflits par procuration conduits par les principales puissances régionales, turque, iranienne et israélienne, le pays n'est plus que l'ombre de celui qui jouait en virtuose d'une rente stratégique au temps du père de l'actuel dictateur.

Ce dernier ne dispose plus désormais que de capacités de nuisance, comme l'instrumentalisation des millions de réfugiés syriens, de moins en moins acceptés dans les pays voisins, et la menace que représente une drogue de synthèse, le captagon, dont il inonde la région.

La normalisation syrienne relève de la décision de régimes qui ont tous conclu qu'elle leur bénéficierait, ou bien qu'elle représenterait un moindre mal pour leurs intérêts. Elle s'effectue par-dessus les peuples, à commencer par les Syriens eux-mêmes.

## « Etat de barbarie »

Une feuille de route matérialisée par la déclaration d'Amman, en Jordanie, appelle certes à une solution politique qui mettrait officiellement un terme à l'interminable guerre civile syrienne. Elle est conforme à la résolution 2254 du Conseil de sécurité des Nations unies, qui prévoit la rédaction d'une nouvelle Constitution, l'organisation d'élections sous égide onusienne, la libération des prisonniers et le règlement du sort des disparus. Mais il s'agit en fait d'une litanie de vœux pieux voués à le rester. On voit mal en effet pourquoi Bachar Al-Assad déciderait soudainement de concéder la moindre parcelle de pouvoir, alors qu'il triomphe.

Cette réintégration de la Syrie au sein de la Ligue arabe constitue aussi un brevet d'impunité décerné par des régimes qui attendent la même en retour de la part de leurs pairs pour pouvoir continuer de réprimer en toute

quiétude. Il est heureux que d'autres pays, notamment occidentaux, refusent de se résigner aux abominations de « l'Etat de barbarie » qui règne plus que jamais à Damas, en maintenant leurs sanctions et en permettant les poursuites contre ses dignitaires. En rendant la dynastie Assad comptable de ses actes, ils font entendre ainsi une parole que cette realpolitik arabe s'efforce d'étouffer.

9 mai 2023 (Causeur)

[Le wokisme est un fascisme - Causeur](#)

## Le wokisme est un fascisme

Voilà qui est dit!

[Jean-Paul Brighelli](#)

2 mai 2023



L'enseignant et essayiste Jean-Paul Brighelli © BALTEL/SIPA

*Des éditeurs français ont donc décidé de suivre les « corrections » politiquement correctes que les Anglo-Saxons imposent à des œuvres écrites il y a des décennies, celles de Ian Fleming, Roald Dahl ou Agatha Christie — avec la bénédiction des héritiers avides de se concilier les bonnes grâces des nouvelles générations. Notre chroniqueur n'a qu'un mot pour désigner cette censure préalable: fascisme. Un Point Godwin pour lui !*

Fin juin 1940, juste après la visite d'Hitler au Panthéon, l'Académicien Abel Bonnard prononça à la Sorbonne une conférence sur l'Art classique. Paul Léautaud note dans son journal qu'il en profita pour « exprimer l'espoir que l'ère des « romans morbides et donjuanesques soit à jamais close ». » Et de commenter : « Ce sot, qui n'a jamais écrit que pour ne rien dire, en poussant plus avant son point de vue, censurerait sans doute aujourd'hui la déclaration de Phèdre à Hippolyte comme attentatoire à la saine morale. » C'était préparer la « liste Otto », qui répertoriait ce qui était publiable, et ce qui ne l'était pas.

Rappel pour ceux qui n'étaient pas là à cette époque. Bonnard était Académicien, et sera ministre de l'Éducation du gouvernement Laval. On le surnommait « gestapette », eu égard à des mœurs qu'il cachait mal. Léautaud note, en juin 1943, que Bonnard, en sa qualité de ministre « vient d'inviter les examinateurs à être indulgents pour les étudiants dans leurs examens. Excellente mesure. Il n'y a pas assez de cancre à diplômes. Il y en aura davantage. » Il faut savoir que la dérive des notes a commencé sous Vichy. Les profs qui s'y adonnent sous prétexte que l'Inspection Générale le leur demande sont, à la lettre, des collaborateurs.

Bonnard s'enfuit à Sigmaringen à la Libération, puis en Espagne, où il mourut en 1966. Les gouvernements gaulliste, giscardien et miterrandien, tout en affirmant à juste titre que Vichy n'était pas la France, ont pieusement conservé sa photo dans le grand escalier de la rue de Grenelle, où s'affichent les binettes de tous les ministres depuis les débuts de la IIIème République. C'est François Bayrou qui le fit supprimer à son arrivée au ministère en 1993.

Léautaud note que « Abel Hermant a été solidement conspué par de jeunes étudiants lors de sa conférence à la Sorbonne ». Aujourd'hui, son homologie woke serait acclamée. Pour peu qu'il ait ajouté « écologiste » à sa caractérisation des œuvres espérées, il serait porté en triomphe.

Patrice Jean, qui dans L'Homme surnuméraire imaginait ce qui arriverait à Céline si on coupait dans ses œuvres tout ce qui peut offusquer tel ou tel segment du crétinisme national, [a ici même analysé](#) le rôle castrateur des « sensitivity readers » chargés d'éliminer tout ce qui défrise les uns et offense les autres. Il explore à fond les conséquences littéraires d'une telle censure préalable, et je n'y reviendrai pas.

Mais je voudrais dire deux mots de ses implications politiques.

Parce que les wokistes, les censeurs, les père-la-morale de 18 ans ne se contentent pas d'être de consternants imbéciles. Ce sont en fait des fascistes.

Fascistes, les organisations syndicales — SUD, pour ne pas le nommer — qui organisent des réunions organisées « en non-mixité raciale », en 2017.

Fascistes, les étudiants (les talibans aussi sont « étudiants ») qui ont empêché une représentation des Suppliantes d'Eschyle en 2019 sous prétexte de black face.

Fascistes, ceux qui ont empêché Sylviane Agacinski la même année de s'exprimer.

Fascistes, les étudiants de l'université américaine d'Evergreen qui en 2019 aussi ont harcelé un enseignant jusqu'à ce qu'il démissionne — et le cas est loin d'être unique...

**Fascistes, les étudiants de Sciences-Po Grenoble qui ont poussé à la suspension de deux enseignants en les accusant d'islamophobie — en 2021.**

Fascistes, les pseudo-transgenres, mauvais lecteurs de Beauvoir qui les aurait méprisés, tout glorieux d'une identité sexuelle floue, qui s'en prennent à J.K. Rowling parce qu'elle affirme qu'une femme a des ovaires et un utérus.

Fascistes, les hystériques qui ont couvert la librairie Mollard, à Bordeaux, de graffitis pré-vengeurs pour dénoncer une séance de signatures de Frédéric Beigbeder il y a deux jours, puis s'en sont prises directement à l'auteur. Pas des femmes libérées : des nervi, au même titre que les Chemises noires mussoliniennes obligeant les intellectuels à boire une bouteille d'huile de ricin. Je regrette fort que Beigbeder ne leur ait pas répliqué à grands coups de taloches. Comme l'expliquait Sartre dans *Réflexions sur la question juive*, la seule façon de convaincre un menhir, c'est de taper dessus. La seule façon d'expliquer à une Chienne de garde qu'elle dit des âneries, c'est de lui administrer une fessée.

Fascistes, les journaux et magazines qui approuvent ces débordements. J'ajouterai que les publications qui rajoutent un -e- à auteur ou professeur quand la personne susdite a un vagin sont aussi des fascistes. **Parce que le fascisme, comme disait très bien Barthes, consiste aussi à « obliger à dire ». Et que ces collabos du wokisme veulent nous obliger à parler contre la langue. Un tyran de Syracuse, au IV<sup>e</sup> siècle, avait interdit le mot démocratie, espérant qu'à force la notion disparaîtrait. C'est de la même eau.**

Et fascistes, les universitaires qui ne recrutent plus que de pseudo-chercheurs spécialistes de la « question du genre ». Et des imbéciles, car ils trouveront toujours plus convaincu et jusqu'aboutiste qu'eux. Face aux fascistes, ressortons la boîte à claques. En attendant de les envoyer faire un long, très long stage dans les rizières de Camargue, comme le suggérait déjà le président Mao dans un texte apocryphe...

**Je ne sais pas si, selon les critères tordus de quelques atrophiés du bulbe, je suis « d'extrême-droite » juste parce que je suis républicain.** Mais je sais très bien reconnaître un fasciste quand j'en vois un. Et aujourd'hui, sauf exception très marginale, ils ne sont pas à l'extrême-droite. Ils occupent la presse bien-pensante, celle qui trouve qu'Edouard Louis est un écrivain et qu'Annie Ernaux pense — ou l'inverse. **La vraie extrême-droite n'est pas à Valeurs actuelles, ni sur Cnews, ni sur Causeur, vecteurs d'un pluralisme de bon aloi. Elle est à Libé, au Monde, à France-Inter, ou sur Médiapart, et dans tous les médias qui ont inversé les adjectifs, comme l'avait fait Big Brother avant eux, qui appelait ministère de l'Amour le haut-lieu de la répression.** Des médias où l'on cultive l'entre-soi de façon systématique.

Ces titres (et quelques autres) modifient la langue pour plaire à leur clientèle de profs de gauche (il en reste, **ils ont voté Macron deux fois, en 2017 et 2022 pour éviter l'hydre néo-nazie et maintenant ils manifestent, c'est vous dire s'ils sont idiots**) selon les principes de la novlangue orwellienne. **Ce qu'ils nomment « gauche » est objectivement fasciste — voir Mélenchon.** Et ce qu'ils appellent « intersectionnalité des luttes » est un procédé visant à oublier les exactions commises par tel ou tel communautarisme, libre de ses agissements dès qu'il est bronzé, et qui maintient les femmes dans une servitude qui finit par passer pour volontaire — voir La Boétie sur le sujet.

**Les belles âmes devraient se soucier d'intégrer tous les immigrés qui le souhaitent dans la culture française, laïque et universelle — et virer ceux qui résistent.** Mais cela supposerait qu'elles réfléchissent — et elles ne sont plus en état. **Ou plus exactement, elles affichent leur souci de mixité scolaire tout en inscrivant leur progéniture dans de bons établissements préservés** — et j'ai des preuves surabondantes des interventions de

journalistes et d'enseignants pour que leurs rejetons s'épargnent les établissements difficiles : l'apartheid sociologique, c'est eux — et personne d'autre. **Et ce serait moi le fasciste ? C'est cela, l'inversion des valeurs — et rien d'autre.** Le cœur à gauche, mais le portefeuille et la carte scolaire à l'extrême-droite.

9 mai 2023 (Atlantico)

[Poids de la dette : le prix de l'Autruche d'or est une nouvelle fois attribué à... la France | Atlantico.fr](#)

BONNES FEUILLES

## Poids de la dette : le prix de l'Autruche d'or est une nouvelle fois attribué à... la France

Mathieu Mucherie publie « Tout ce qu'on ne vous a jamais dit sur la dette : ... à commencer par la manière de l'effacer proprement » aux éditions Eyrolles. « Après nous, le déluge » semble être la devise de nombreux décideurs publics et privés depuis quelques décennies. Partout une spirale d'endettement a été enclenchée, qui s'est encore accélérée à la suite de la crise déflationniste de 2008 et de la crise pandémique de 2020. Et si nous tentions de trouver le frein et de stopper ce train ? Un livre qui incite à regarder en face l'iceberg vers lequel foncent nos économies. Extrait 1/2.

[Mathieu Mucherie](#)

C'est avec une stupéfaction créée par le manque criant d'originalité qu'on apprend que la France se retrouve dans le rouge, que la dette soit publique ou privée, officielle ou implicite :

- Parce que s'il y a une régularité bien documentée, c'est l'effet cliquet du poids de l'État en France, un nouveau palier à chaque crise. L'invasion des cliquets...

- Sans surprise, la courbe des finances publiques françaises ressemble à une droite : aucune différence entre des énarques de centre-droit et des énarques de centre-gauche ; il n'y a pas d'alternance dans ce pays. **Quand Giscard laisse son fauteuil en 1981, la dette publique se monte à 20 % du PIB. Nous avons signé tout au long des années 1990 des engagements qui reposaient sur une limitation à 60 %. Nous en sommes fin 2021 à 120 %. Et il s'agissait là de financer des dépenses de fonctionnement : depuis vingt-cinq ans, où sont les routes, les universités et les hôpitaux supplémentaires, qui aideraient à justifier les dettes publiques additionnelles, et qui aideraient à faire passer la note de 1 200 milliards d'euros payés depuis 1995 pour servir les intérêts de la dette souveraine, dans un pays qui n'a créé justement que 1 200 milliards de PIB nominal additionnel sur la période ?**

- Cette pente en ligne droite renvoie à la rigidité de nos dépenses et à notre incapacité à dévaluer depuis plus de trente ans : si la Suède des années 1990 a pu amorcer une redéfinition des missions de l'État et entamer la dynamique de ces dépenses, elle l'a fait en réservant l'emploi à vie à quelques activités ciblées, et en dévaluant, pour lisser la transition – deux axes qui ne sont pas à l'agenda de nos « politiques ».

- Parce que sa passion pour la pierre se renforce sans cesse, à partir d'un niveau déjà élevé.

- Si la dette des ménages explose, ce n'est pas pour acheter des livres. Le patrimoine des Français est à plus de 70 % immobilier (et on nous parle en permanence de la diversification des patrimoines...), et il s'est constitué en poussant l'effet de levier toujours un peu plus loin. S'endetter pour un actif inerte est un fusil à un seul coup, et à l'échelle macroéconomique une bien piètre allocation du capital.

- **Cette dette immobilière toujours plus lourde et plus longue**, associée à un degré inouï de restrictions foncières qui bloquent les constructions, explique comment un pays avec très peu de croissance a connu un triplement des prix résidentiels (en termes réels) en deux décennies : **cela a réduit la mobilité des travailleurs**, a détourné l'épargne des ménages des placements à risque nécessaires, a développé les inégalités, a pollué la fonction de réaction (déjà peu claire) des banquiers centraux, a promu des emplois peu qualifiés dans un secteur où les gains de productivité sont maigres, etc.

- Parce que ses entreprises ont une profitabilité douteuse, ce qui conduit à une fuite en avant.



• Les dettes des sociétés non financières au milieu de l'année 2020 se situent à 104 % du PIB en France, contre 83 % pour la moyenne de la zone euro (et 70 % pour l'Italie). Le taux d'autofinancement de nos PME est au plus bas. Leurs fonds propres sont très fragiles, depuis longtemps : en lien avec un cadre réglementaire qui se nourrit de lui-même, avec une fiscalité qui privilégie scandaleusement l'endettement sur les fonds propres, et avec des marges attaquées de toutes parts par une crise de demande couplée à une crise de l'offre. Au total, notre dette privée (ménages + entreprises hors institutions financières) atteint 215 % du PIB fin 2019 selon la BRI, contre 150 % aux USA ; en hausse vertigineuse ces dernières années. Vous me direz qu'on trouve des chiffres comparables en Suisse, en Suède et au Canada, mais ces pays sont dotés de parlementaires dignes de ce nom : au moins, ils maîtrisent mieux leurs dettes publiques.

• **Parce qu'elle s'ingénie à multiplier les bombes à retardement, hors bilan.**

• **Nos dettes implicites sont en roue libre. Les régimes spéciaux de retraite coûtent particulièrement cher, et c'est une illusion de croire qu'ils ont été réformés depuis quelques années (ou qu'ils vont l'être avec la « réforme » en cours).** Il faudra aussi faire un jour le bilan de certaines structures publiques et semi-publiques de « financement de l'économie », vu le nombre de marquis parisiens qui multiplient les tours de table, qui se prennent (avec de l'argent public) pour des venture capitalists, des market makers et des spécialistes en private equity.

**L'État a tellement menti qu'on ne peut même plus croire dans l'inverse de ce qu'il raconte.** C'est le concept du « narrateur peu fiable » : une histoire basée sur une contradiction, un récit qui n'est pas du tout appliqué dans les faits. **Les échecs sont toujours attribués à des facteurs externes, incongrus, imprévisibles. La montée des dettes, c'est la faute de la gestion précédente, ou c'est la faute d'une crise importée de l'étranger. Ce n'est pas la faute de nos choix et de nos non-choix budgétaires et monétaires.** Les autorités expliquent ainsi qu'elles ne remonteront pas les impôts. C'est un beau roman, c'est une belle histoire. Il faut vraiment croire dans la croissance des années 2020 et 2030 ; mais notre base productive vient d'en prendre un sacré coup, et nos engagements climatiques impliquent une réduction (à partir de maintenant) de nos émissions carbonées (autant dire de nos activités économiques, donc des rentrées fiscales) de 4 % chaque année !

**Un économiste dira toujours qu'il n'y a pas de fatalité en matière de dépenses publiques, et il aura raison : il y a vingt-cinq ans, la Suède dépensait 8 points de pourcentage de PIB de plus que la France chaque année, et désormais 7 points de moins ; sans que la Suède ne soit à feu et à sang.** Mais avec l'euro cher, la France est condamnée à mener des politiques budgétaires laxistes, parce que le coût croissant de la camisole monétaire unique doit être compensé. **Comme c'est déjà la pente naturelle du pays, et comme les marchés financiers achètent, nous le verrons, sa dette même à des taux négatifs, il n'y aura pas de changement de cap avant longtemps.** Et notons déjà ici au passage que la remise des dettes ne provoquerait donc pas un gros aléa moral...

**Concluons. Nos revenus futurs sont encore plus préemptés par les dettes que ce que les chiffres officiels suggèrent.** Plus les gouvernants recourent au hors-bilan comme moyen d'éviter des choix difficiles, plus ils abandonnent leurs responsabilités. **Partout domine une mentalité « après nous, le déluge », surtout à Paris.** Si on se contente d'écrêter quelques engagements à la marge, comme nous le demandent les fétichistes du bilan immaculé des banques centrales, notre destin est celui de Sisyphe.

**Extrait du livre de Mathieu Mucherie, « Tout ce qu'on ne vous a jamais dit sur la dette : ... à commencer par la manière de l'effacer proprement », publié aux éditions Eyrolles**

MATHIEU MUCHERIE

**TOUT CE  
QU'ON  
NE VOUS  
A JAMAIS  
DIT SUR  
LA D€TTE**



... À COMMENCER PAR LA MANIÈRE  
DE L'EFFACER PROPREMENT

atlantico • Editions  
EYROLLES

9 mai 2023 (Atlantico)

[50 sondages sur le régalien, la sécurité et l'attitude des médias d'information | Atlantico.fr](#)

L'OPINION DES FRANÇAIS

## 50 sondages sur le régalien, la sécurité et l'attitude des médias d'information

L'étude des sondages de janvier 2021 à mars 2023 apporte un éclairage sur les aspirations des Français en matière d'ordre, d'immigration ou pour la justice.

[Xavier Raufer](#)

Que veulent les Français dans le domaine large du régalien ? Plus précisément, quels sont les jugements, avis, exigences et regrets des Français, cinquante fois sondés en vingt-sept mois, sur l'insécurité, le maintien de l'ordre et la justice ?

Voici leurs réponses, selon 50 sondages publiés du 1<sup>er</sup> janvier 2021 au 31 mars 2023. Pour qui prend la peine de lire, ce que veulent les Français est éclatant, totalement limpide. **De six à sept Français sur dix, toujours ; parfois, jusqu'à neuf sur dix, veulent l'ordre et la paix publique ; la fin d'une migration-tsunami ; des forces de l'ordre efficaces et respectées ; une justice et des prisons dont les élans humanistes vont aux victimes, pas aux voyous.**

**Or l'actuel gouvernement et les médias à sa solde** - soit il les possède, soit il les stipendie - **prônent l'exact contraire de ce qui ressort - à quelles écrasantes majorités !** - de l'ensemble de sondages ci-dessous, en un souverain dédain de cette pourtant massive *vox populi*.

Cela est-il honnête ?

Cela peut-il durer ?

---

### THÈME DES 50 SONDAGES

- Attitude des médias d'information en matière de sécurité, qui sont les criminels, d'où viennent-ils, etc.
- Insécurité, là où vivent les Français, dans les transports en commun qu'ils empruntent, etc.
- Sécurité et bilan du président et de ses gouvernements dans tous les aspects du régalien : paix publique, lutte contre le crime, justice, pénitentiaire, etc.,
- Justice, face au crime et aux victimes,
- Immigration, clandestins en France, etc.,
- Immigration, prestations sociales, logements sociaux, etc.
- Police et criminalité,
- Prisons et pénitentiaire,
- Menace terroriste,

- 
- (29/03/2023) - 2/3 des Français trouvent les médias « pas assez impartiaux »
  - (3/02/2023) - France : 30% des 18-24 ans se disent en insécurité sur leurs lieux de vie
  - (12/01/2023) - Près de 90% des Français trouvent la justice trop laxiste avec les multirécidivistes
  - (15/01/2023) - Près de 50% des Français ne se sentent pas en sécurité dans les transports en commun
  - (1/12/2022) - Insécurité : 68% des Français estiment que la situation s'est dégradée ces dernières années
  - (30/11/2022) - 71 % des Français pour supprimer les aides sociales aux familles de délinquants
  - (24/11/2022) - Immigration : les Français veulent plus de fermeté
  - (17/11/2022) - 39% des Français pensent que les migrants sont "une menace" pour la France
  - (15/11/2022) - 67% des Français veulent une politique migratoire plus sévère
  - (5/11/22) - 80 % des Français jugent la justice inefficace
  - (5/11/2022) - Plus de 60% des Français jugent que les services publics fonctionnent mal
  - (26 oct. 2022) - Expulsion de clandestins : près de 80% des Français trouvent le gouvernement inefficace
  - (29/09/2022) - 57% des Français jugent que le gouvernement néglige leur sécurité
  - (7/09/2022) - 71 % des Français pour la levée automatique de l'excuse de minorité dans les affaires criminelles
  - (27/07/2022) - 71 % des Français favorables à une forte réduction du flux d'immigration
  - (21/07/2022) - 86% des Français pour construire de nouvelles prisons
  - (13/07/2022) - 72% des Français veulent que les étrangers condamnés en France soient emprisonnés dans leurs pays
  - (23/06/2022) - 65 % des Français estiment qu'il y a trop d'immigrés en France
  - (3/06/2022) - Stade de France : 61 % des Français pour donner la nationalité des interpellés
  - (28 mars 2022) 55 % des Français pour la création d'un "ministère de la re-migration"
  - (17/02/2022) - Sécurité : les Français jugent négativement le bilan d'Emmanuel Macron
  - (8/02/2022) - 74% des Français insatisfaits de l'action de Macron contre la délinquance
  - (6/02/22) - Plus de 2/3 des femmes pour interdire les prestations sociales aux étrangers
  - (25 janvier 2022) - Chômage, insécurité, immigration : ce qui soucie les Français avant la présidentielle
  - (24 janv. 2022) Sécurité : 69% des Français jugent négativement le bilan de Macron
  - (22 janvier 2022) - La sécurité, point noir du bilan d'Emmanuel Macron

- (15/01/2022) - 68% des Français se sentent en insécurité
- (12/11/2021) - À 82%, les Français jugent qu'une peine de prison automatique doit punir les agressions de policiers
- (14/10/2021) - 90% des Français pensent que la justice doit être plus sévère face aux délinquants
- (7/10/2021) - 41% des Français favorables à une immigration zéro
- (21/10/2021) - Présidentielle : 81% des catholiques jugent la sécurité prioritaire
- (21/10/2021) - Île-de-France : des Franciliens moins concernés par l'insécurité
- (29/09/2021) - 68% des Français trouvent la Justice trop laxiste
- (17/09/2021) - 88% des Français pour expulser les condamnés étrangers à la fin de leur peine en France
- (26/07/2021) - Cinq ans après l'assassinat du père Hamel, les Français relativisent la menace terroriste
- (6/07/2021) - Cambriolages et logements squattés : les Français toujours plus inquiets d'abandonner leur domicile lors des vacances
- (5/07/2021) - 69 % des Français craignent de laisser leur logement lors des vacances
- (29 juin 2021) - 55% des Français se méfient des médias
- (17/06/2021) - 62% des Français pour un référendum limitant l'immigration
- (3/06/2021) - 66% des Français veulent que les étrangers condamnés en France soient emprisonnés dans leur pays
- (27/05/2021) - Policiers et juges défendent bien la République, les ministres de l'Intérieur et de la Justice, moins appréciés.
- (22/05/2021) - La sécurité, thème majeur de la campagne des régionales
- (18/05/2021) - Les Français critiques sur l'immigration et la diversité
- (12/05/2021) - Présidentielle : pour plus d'un Français sur trois, la sécurité sera prioritaire
- (24/04/2021) - 2022 : l'insécurité importera pour 86% des Français, dans leur vote
- (14/03/2021) - Trust Barometer : Les Français plus sceptiques que jamais - Actu17
- (13/03/21) - Confiance en la police : baisse en 2021 chez les 18-24 ans, pas chez les Français dans l'ensemble
- (5/02/2021) - Sécurité : la grande défiance des Français
- (5/02/2021) - La crise de confiance des Français envers le gouvernement pour assurer leur sécurité s'accroît.

---

\*\*\* Extrait d'une étude complète à paraître dans *Sécurité Globale*, revue dirigée par l'auteur. L'étude contient toutes les sources, données et références de chaque point cité ci-dessus.



9 mai 2023 (Contrepoints)

[Comment les banques centrales ont créé une nouvelle crise financière - Contrepoints](#)

## Comment les banques centrales ont créé une nouvelle crise financière

[Rainer Zitelmann](#)

Les banques centrales sont tombées dans un piège : on ne peut pas faire tourner les machines à imprimer de la monnaie à plein régime sans provoquer tôt ou tard de l'inflation.



Publié le 9 mai 2023

Entre fin septembre 2022 et fin mars 2023, les parts d'un fonds immobilier commercial américain dans lequel j'ai investi ont été dévaluées, passant de 6,13 millions de dollars à 3,81 millions de dollars, ce qui signifie que j'ai perdu 2,3 millions de dollars en seulement six mois. Personnellement, il s'agit de la perte la plus importante que j'ai jamais subie sur un investissement. **Cette perte est principalement due à la dévaluation des immeubles de bureaux et des commerces de détail aux États-Unis en raison de la hausse des taux d'intérêt.** Au cours du seul premier trimestre 2023, les biens immobiliers du fonds ont été dévalués de 14 %. Mais avec un ratio d'endettement de 50 %, **cela signifie une perte de 28 % au niveau du fonds.**

Et ma douloureuse expérience ne fait pas exception. **En fait, le fonds est en meilleure position que d'autres fonds plus fortement endettés. Fin mars, Elon Musk a averti sur Twitter que l'état du marché de la dette de l'immobilier commercial (CRE) était « de loin le problème le plus grave qui se profilait ».** M. Musk avait réagi à un rapport indiquant que 2500 milliards de dollars de dettes immobilières commerciales arriveraient à échéance au cours des cinq prochaines années et que de nombreux emprunteurs pourraient manquer à leurs engagements, ce qui entraînerait de lourdes pertes pour les petites banques. **En effet, ces dernières détiennent environ 70 % de l'ensemble de la dette immobilière commerciale américaine.** Compte tenu de l'importance de la dette immobilière commerciale arrivant à échéance au cours des prochaines années et des taux d'intérêt plus élevés qu'ils ne l'ont été depuis des années, **il est très probable que les propriétaires constateront que leurs biens ne sont pas suffisamment rentables pour payer les taux du marché sur leurs dettes refinancées.**

**Nous voyons maintenant les effets catastrophiques des politiques des banques centrales. Souvenons-nous : après l'éclatement de la bulle de la nouvelle économie à la fin des années 1990/début 2000, la Réserve fédérale américaine a réagi en réduisant considérablement les taux d'intérêt, qui se sont rapprochés de zéro.**

Dans un article d'opinion publié dans le *New York Times* en 2002, le lauréat du prix Nobel **Paul Krugman** a fait la recommandation suivante à la Fed :

***Pour lutter contre la récession, la Fed a besoin de plus qu'un retour en arrière ; elle a besoin d'une augmentation des dépenses des ménages pour compenser les investissements moribonds***

*des entreprises. Et pour ce faire, comme l'a dit Paul McCulley de Pimco, Alan Greenspan doit créer une bulle immobilière pour remplacer la bulle du Nasdaq.*

**Quelle stratégie « ingénieuse » de la part de l'économiste anticapitaliste ! Il conseillait à la banque centrale de poursuivre une politique de faible taux d'intérêt afin de créer une bulle immobilière pour remplacer la bulle Internet. Cette politique a créé la bulle suivante, à savoir la bulle immobilière, qui, comme on le sait, a éclaté en 2008/2009 et a conduit à la grande crise financière. Et comment la Fed a-t-elle réagi ? En abaissant encore les taux d'intérêt et en lançant les plus vastes programmes d'achat d'obligations que le monde ait jamais connus.**

Il y a cinq ans, dans mon livre *Le pouvoir du capitalisme*, j'ai écrit sur cette crise financière et la réponse des banques centrales :

*La crise financière a été causée par des taux d'intérêt excessivement bas, des interventions musclées sur les marchés et le surendettement. Devons-nous sérieusement croire que la bonne thérapie implique des taux d'intérêt encore plus bas, des interventions plus fortes sur les marchés et davantage d'endettement ? Ces mesures peuvent avoir un impact à court terme, mais les marchés deviennent de plus en plus dépendants des taux d'intérêt bas. Des taux d'intérêt aussi bas ne résolvent en rien les problèmes sous-jacents – ils ne font que supprimer les symptômes et les repousser dans l'avenir. La combinaison actuelle d'une réglementation excessive et de taux d'intérêt nuls entraînera des problèmes considérables à moyen terme pour de nombreuses banques et constitue le terreau de nouvelles crises encore plus graves.*

C'est exactement ce qui s'est passé.

**Les banques centrales sont tombées dans un piège : on ne peut pas faire tourner les machines à imprimer de la monnaie à plein régime sans provoquer tôt ou tard de l'inflation.** L'inflation a d'abord provoqué une hausse des prix des actifs tels que l'immobilier, les obligations et les actions. Aujourd'hui, elle atteint les prix à la consommation.

Les banques centrales se sentent donc obligées d'augmenter les taux d'intérêt. Elles entraînent cependant des problèmes massifs sur les marchés des actions et de l'immobilier, car il y a des dépréciations gigantesques. **Les banques centrales sont tombées dans un piège qu'elles ont elles-mêmes créé, et il n'est pas du tout évident de savoir comment elles vont s'en sortir.**

Dans mon livre *In Defence of Capitalism*, j'ai écrit :

**« Et c'est un jeu qui ne fonctionnera pas indéfiniment. Lorsqu'il cessera de fonctionner, vous pouvez être sûr que les hommes politiques et de larges pans des médias chercheront à blâmer le capitalisme et les groupes qui ont toujours été des boucs émissaires populaires, tels que les**



« riches », les « banquiers cupides » et les « gestionnaires à la botte ». Une crise essentiellement causée par l'intervention des gouvernements et des banques centrales est ainsi réinterprétée dans la conscience publique comme une crise du capitalisme ».

*Rainer Zitelmann est l'auteur du livre [In Defence of Capitalism](#)*

9 mai 2023 (Le Point)

[« Louis XVI, on t'a décapité, Macron, on peut recommencer » : un élu LFI crée un tollé \(lepoint.fr\)](#)

## « Louis XVI, on t'a décapité, Macron, on peut recommencer » : un élu LFI crée un tollé

Christophe Prudhomme, conseiller régional LFI francilien a assuré, lundi 8 mai, que ce n'était pas Emmanuel Macron qui était attaqué mais « la fonction ».

Par Benoît Leroy pour Le Point



Christophe Prudhomme, médecin au sein du Samu de Seine-Saint-Denis et aussi un représentant de la CGT.© THOMAS SAMSON / AFP

Publié le 08/05/2023 à 18h59

Une manifestation surprise et des propos qui choquent. Dimanche 7 mai, une poignée de manifestants se sont rassemblés devant le siège du parti présidentiel Renaissance, à l'occasion de l'anniversaire de l'investiture d'Emmanuel Macron ainsi que les six ans de sa première élection. Selon des images repérées par nos confrères de BFMTV, un élu apparenté LFI, Christophe Prudhomme a entonné un chant faisant référence à la décapitation du roi Louis XVI.

« Louis XVI, on l'a décapité. Macron, on peut recommencer », ont scandé les opposants, dont Christophe Prudhomme, médecin au sein du Samu de Seine-Saint-Denis, délégué national de la CGT santé... et élu francilien apparenté à La France insoumise depuis 2021.

À ses côtés, le député LFI Thomas Portes était aussi présent à la manifestation. Pour rappel, en février 2023, celui qui est élu en Seine-Saint-Denis avait posé le pied sur un ballon à l'effigie du ministre du Travail, Olivier Dussopt. L'insoumis avait écopé d'une censure avec exclusion de 15 jours de la part de ses collègues. Et ce, alors que l'Assemblée était en plein débat sur la réforme des retraites.

Lundi, Christophe Prudhomme est revenu sur cette phrase et assure qu'il s'agit d'une « sorte de catharsis ». « Je préfère que la colère s'exprime verbalement », a-t-il justifié. « On a le droit, aujourd'hui, je pense, d'exprimer sa colère. C'est symbolique, c'est politique », a-t-il poursuivi.

## Des sanctions au niveau de la Région ?

Dans un tweet, le député Renaissance de l'Hérault, Patrick Vignal, a fustigé la « triste image du rôle du politique ». Lundi, la présidente de la région Île-de-France, Valérie Pécresse a également réagi. « Je condamne fermement les propos du conseiller régional LFI [...]. Cet appel à la violence et à la

haine contre le président de la République est intolérable et déshonore son mandat », a-t-elle estimé sur le même réseau social.

L'élu va-t-il être sanctionné par le conseil régional ? Il est encore trop tôt pour le dire. Néanmoins, le président du groupe majoritaire au conseil régional, Vincent Jeanbrun, appelle de ses vœux à une décision de ce genre. « À notre prochaine séance, je demanderai que notre assemblée puisse prendre une sanction à son égard. En Île-de-France, nous combattons les violences et nous respectons TOUS les élus. La LFI est dangereuse pour la République », a-t-il, lui aussi, tweeté.

9 mai 2023 (Le Figaro)

[L'inflation allège-t-elle vraiment la dette publique? \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## L'inflation allège-t-elle vraiment la dette publique?

Par [Jean-Pierre Robin](#)

Publié hier à 21:29 , mis à jour hier à 22:09



L'État, comme tous les débiteurs, est gagnant à l'inflation mais à certaines conditions. 584172366/Xilon - stock.adobe.com

### **ANALYSE - L'État n'est pas le seul à profiter de ce mécanisme...**

**C'est une ritournelle qui revient sans cesse: l'inflation réduit le poids de la dette publique. Et plus généralement, les comptes de l'État en bénéficieraient.** «*Il faut rendre l'argent aux Français*», clamait le Rassemblement national au moment de l'élection présidentielle de 2022. Les prix des carburants étaient alors au plus haut et les recettes de TVA explosaient. La revendication s'est aujourd'hui déplacée sur l'alimentation.

**Le soupçon d'un État profiteur, voire fauteur d'inflation, repose sur deux mécanismes indiscutables.** Le premier tient aux recettes fiscales et aux cotisations sociales dont les assiettes sont indexées sur les prix. **La collecte de TVA progresse au rythme des prix à la consommation, et l'impôt sur le revenu, tout comme la CSG, voient leur masse croître avec les relèvements de salaires, même si ces derniers sont à la traîne.**

**Quant à la dette publique, son allègement prétendument lié à l'inflation relève d'un autre phénomène.** L'endettement a certes continué de progresser, de 2823,7 milliards d'euros au quatrième trimestre 2021, à 2950 milliards au quatrième trimestre 2022. **Mais cette augmentation de 4,5 % est bien inférieure à la progression de 5,7 % du PIB français qui est passé de 2498,8 à 2641,7 milliards d'euros d'une année sur l'autre.** Précisons que le gonflement de 5,7 % du produit intérieur brut est le résultat de deux évolutions distinctes: d'une part la croissance en volume du PIB, qui a été de 2,6 % en 2022, et de l'autre, la hausse des prix du PIB que l'Insee évalue à 3 %.

Entre parenthèses, ce dernier chiffre peut paraître faible alors que tout le monde a en tête la hausse des prix à la consommation, de 5,9 % entre décembre 2021 et décembre 2022. La différence entre ces deux mesures de l'inflation ne doit pas étonner car il s'agit de deux notions différentes. D'un côté ce qui est produit par les Français (le PIB) et de l'autre ce qu'ils consomment, notamment des produits importés dont les prix ont bondi de 28,6 % l'an dernier (pétrole et gaz, entre autres).

**Toujours est-il que le ratio de la dette publique rapportée au PIB a été ramené de 112,9 %, en 2021, à 111,6 % en 2022 pour une raison d'arithmétique élémentaire: le PIB, qui figure au dénominateur, a été gonflé par l'inflation, alors que la dette, au numérateur, ne l'est pas.** Celle-ci est en effet constituée des déficits annuels accumulés depuis 1974 et qui subissent de facto l'érosion monétaire.

Vive l'inflation pour alléger le poids de la dette? L'État n'est pas le seul à profiter de ce mécanisme. Tous les emprunteurs immobiliers en bénéficient, pour peu que leurs revenus n'aient pas reculé, qu'ils se soient endettés à taux fixe, et que la valeur de leur logis se maintienne... Voilà beaucoup de conditions.

### **Quant à la dette publique, son allègement mécanique lié à l'inflation, se heurte à des vents contraires**

*Jean-Pierre Robin*

Il en va de même pour l'État: les deux mécanismes qui lui sont clairement favorables s'inscrivent dans un contexte où jouent de nombreux phénomènes hostiles. **Les recettes des finances publiques sont indexées sur l'inflation, mais les dépenses le sont aussi peu ou prou, à plus ou moins brève échéance. C'est le cas des minima sociaux et des traitements des fonctionnaires avec un certain retard. De même, les aides gouvernementales pour préserver le pouvoir d'achat (boucliers tarifaires) ont un coût prohibitif.**

Quant à la dette publique, son allègement mécanique lié à l'inflation, se heurte à des vents contraires. **En premier lieu le relèvement des taux d'intérêt. L'emprunt phare - les obligations à dix ans - a vu son taux, qui était proche de zéro, avoisiner les 3 % en dix-huit mois.** Rien de dramatique pour le moment: la charge annuelle de la dette a certes bondi de 38,1 à 53,2 milliards d'euros entre 2021 et 2022, mais pour plus des trois quarts, cette surcharge est due aux obligations indexées sur l'inflation (le dixième de l'encours de l'endettement public total).

Pour le reste, du fait de la très longue maturité de la dette française (huit ans et demi en moyenne), le renchérissement des taux a un impact relativement lent mais néanmoins inéluctable. **«La baisse du rapport de la dette au PIB n'est que temporaire si le taux apparent de la dette (la charge annuelle rapportée à l'endettement qui a été de 1,8 % en 2022) finit par augmenter autant, voire plus que l'inflation»**, avertit François Ecalte sur le site Fipeco. **Sans compter les méfaits inhérents à la fièvre inflationniste, source d'inégalités et de blocages sociaux, comme vient de s'en inquiéter l'agence Fitch en dégradant la note française. Miser sur l'inflation, c'est jouer la politique du pire.**

8 mai 2023 (NZZ)

[Studentinnen wollen einen erfolgreichen Mann, sagt eine Umfrage \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

KOMMENTAR

## Familie macht viele Frauen glücklich – mit Diskriminierung hat das nichts zu tun

Eine Umfrage zeigt, was wir schon immer ahnten: Frauen sind weniger karriereorientiert als Männer.

Katharina Fontana

08.05.2023, 17.45 Uhr



Frauen haben bei der Berufswahl und den Ambitionen andere Präferenzen als Männer, das zeigt eine Umfrage unter Studierenden. Martin Ruetschi / Keystone

In rund einem Monat findet in der Schweiz der nächste grosse **Frauenstreik** statt, an dem Feministinnen, Zeitgeist-Politikerinnen und anverwandte Kreise einmal mehr gegen die Zumutungen protestieren wollen, denen Frauen hierzulande angeblich täglich ausgesetzt sind. **Zu erwarten ist das bekannte Lamento über das Patriarchat, alte Rollenbilder und rücksichtslose Männer, die den Frauen keine Karriere gönnen.**

Eine neue Umfrage unter knapp 10 000 Studentinnen und Studenten an der ETH und der Universität Zürich passt da wie die Faust aufs Auge. **Die in der «Sonntags-Zeitung» vorgestellte Umfrage**, von der Ökonomin Margit Osterloh und der Soziologin Katja Rost durchgeführt, **wollte herausfinden, warum Frauen in akademischen Spitzenpositionen deutlich unterrepräsentiert sind, obschon sie doch inzwischen mehr als die Hälfte der Studentenschaft ausmachen.**

### **Man will traditionell leben**

**Die Antwort lautet: Es sind nicht die Umstände, es sind nicht die Männer, sondern es liegt daran, dass die Frauen selber keine unbändige Lust auf einen beruflichen Volleinsatz verspüren. Mehr noch: Viele Studentinnen träumen von einem Mann, der das Geld nach Hause bringt und die Familie finanziert. Sich selber sehen die jungen Frauen in der Rolle als Mutter, die neben ihrem erfolgreichen Gatten Teilzeit arbeitet. Das passt insofern prächtig, als sich ein Gutteil der befragten Studenten ebenfalls ein traditionelles Familienmodell wünscht.**

Diese Ergebnisse sind für jede Gleichstellungsbeauftragte zutiefst frustrierend. Seit Jahren und Jahrzehnten wird den Frauen gesagt, sie sollten trotz Ehe und Kindern finanziell unabhängig bleiben – und dann das. **Doch wirklich erstaunlich sind die Resultate der Umfrage nicht; sie decken sich im Übrigen weitgehend mit jenen aus Jugendbefragungen. Dass Frauen bei der Berufswahl und den Ambitionen andere Präferenzen haben als Männer, ist augenfällig. Und dass sie als Mütter gerne Zeit mit ihren Kindern verbringen und sich nicht als «unbezahlte Care-Arbeiterin» verstehen, ebenfalls. Familie macht viele Frauen glücklich.**

## **Hohle Glaubenssätze**

**Man mag das gut finden oder nicht.** Mag kann auch den Eindruck haben, dass die früheren Generationen von Frauen ambitionierter waren als die heutigen Jungen und ihr ökonomisches Lebensmodell in der Regel nicht darin sahen, vorteilhaft zu heiraten. **Die Einstellung der Studentinnen zeigt aber auch, wie hohl die Glaubenssätze sind, die seit Jahren von Gleichstellungs- und Familienpolitikern gepredigt werden.**

**Wenn das Reservoir an beruflich ehrgeizigen Frauen relativ klein ist, sind Geschlechterquoten oder andere Vorzugsbehandlungen unnötig. Auch braucht es keine Offensive für Gratiskrippen im 24-Stunden-Betrieb oder eine mehrmonatige Elternzeit.** Wer sich ein Leben als Veterinärin im Halbtagespensum mit Kindern, Haus und Garten vorstellt, wird wegen solcher Angebote nicht zur Vollzeit-Karrierefrau. Wie es im Leben dann kommt und wie viele der befragten Personen am Ende in einer klassisch-bürgerlichen Ehe landen werden, ist wieder eine andere Frage. **Und selbstredend sollte jeder Frau bewusst sein, dass die Ehe als ökonomisches Modell nur so lange funktioniert, wie die Verbindung Bestand hat.**

## **Erfolgreiche Propaganda**

**Entlarvend ist der Befund von Osterloh und Rost, dass viele Studentinnen zwar keine Benachteiligung an der Universität erlebt haben, aber dennoch finden, diskriminiert zu werden.** Man kann darin einen Erfolg der Dauerpropaganda von Behörden und Lobbys sehen, die den Mädchen schon in der Primarschule einreden, sie würden im Leben stets den Kürzeren ziehen. **Dieses negative Gefühl besteht bei zahlreichen modernen Frauen offenbar auch dann, wenn es gar keinen konkreten Grund gibt. Es ist Zeit, dass sich die Frauen davon emanzipieren.**

8 mai 2023 (FAZ)

[Zum Tod von Philippe Sollers \(faz.net\)](#)

PHILIPPE SOLLERS IST TOT:

## Emsig wechseln die Horizonte der Avantgarde

VON [JÜRGEN ALTWEGG](#)

-AKTUALISIERT AM 08.05.2023-12:03



Philippe Sollers prägte die Avantgarde. Bild: Helene Bamberger/Laif

Er war der wandelbare Papst der französischen Intellektuellen: Zum Tod des katholischen Schriftstellers Philippe Sollers.

Bei [Gallimard](#) hatte Philippe Sollers noch immer ein Büro und einen Sekretär, dessen Aufgabe sich zusehends darauf konzentrierte, Anfragen aus aller Welt abzuwimmeln. Zum 700. Todestag von Dante fehlte dem Schriftsteller die Zeit, um über die „Göttliche Komödie“, die er liebte, zu schreiben. Doch mit dem Schreiben hatte er keineswegs abgeschlossen. 2021 erschien eines seiner letzten Werke, eine ziemlich entrückte Abhandlung über die westliche Zivilisation. Erstmals in seinem Leben war ihm eine Avantgarde fremd: Der Kampf gegen die Cancel Culture und den triumphierenden Moralismus nicht nur in der Literatur war sein vorletzter. Doch längst hatte er seinen Horizont auf die Ewigkeit ausgeweitet.

Philippe Sollers wurde 1936 geboren. Der gaullistische Nobelpreisträger François Mauriac und der Kommunist Louis Aragon begeisterten sich für seinen Erstling „Une curieuse solitude“ (1958), den klassischen Bildungsroman eines frühreifen Genies. Mit seinem Beitritt zum Kollektiv „Tel Quel“ wurde er zur Symbolfigur der französischen Avantgarde. Er teilte ihre ästhetischen Sprünge und ideologischen Verrenkungen. Bei Sollers ging es vom Stalinismus und Marxismus zum Maoismus und vom Maoismus zurück zum Katholizismus seiner Kindheit.

### Avantgardisten der Blindheit

Dass Sollers die politischen Irrtümer besser als andere und relativ unbeschadet überstand, hat mit seiner bewundernswürdigen Wandlungsfähigkeit zu tun. Aber auch mit seiner Gabe, immer eine theoretische Rechtfertigung zu finden. Am überzeugendsten gelang es ihm mit den Faschisten Pound und Céline: Er erklärte sie zu Avantgardisten der Blindheit einer Epoche. Damit war die Avantgarde nicht mehr der ideologische Stoßtrupp auf dem Feldzug in die strahlende Zukunft.

Als die Linke mit Mitterrand an die Macht kam, zerfielen die Versprechungen der Revolution endgültig. Sollers löste „Tel Quel“ auf und gründete die Zeitschrift „L’Infini“. Er schrieb seinen besten Roman, „Femmes“, der auch sein spektakulärster Bestseller wurde. Es ist die ironische Autobiographie eines eitlen Pariser Intellektuellen und der Schlüsselroman einer Epoche, deren Schicksal sich „im Bett entscheidet“. Die „Gehirnwäsche der Libido“ hat die Ideologien abgelöst. Von [Roland Barthes](#) bis Louis Althusser treten Zeitgenossen auf – sie alle sind längst tot.

### Private Papst-Audienz



Philippe Sollers, der am Samstag in Paris verstorben ist, blieb ihnen näher als dem Zeitgeist seiner letzten Gegenwart. Literaturwissenschaftler werden sein umfangreiches, vielfältiges und undogmatisches Werk für die Nachwelt erst noch einordnen müssen. Aber seinen Abschied von den Avantgarden werden sie nicht mit Mitterrand begründen, sondern zweifellos auf den Rücktritt von Benedikt XVI. datieren. Der deutsche Papst hatte ihn zu einer privaten Audienz empfangen. Der tiefgläubige Katholik und Schriftsteller Philippe Sollers verehrte das Oberhaupt der Katholiken und verklärte Benedikts Rücktritt zum Ende der Kirche, es machte ihm das eigene Sterben erträglicher. Sollers geißelte den Umgang der Kirche mit der Homosexualität und ihre kriminelle Fahrlässigkeit gegenüber der Pädophilie. Die Kreise, die sich für die Priesterehe starkmachen, bezeichnete er als „die reaktionärsten überhaupt“: „Die Kirche wie die LGTB-Bewegung will eine gleiche Sexualität für alle.“

Mit seiner Gattin, der jüngst als Agentin verdächtigten Schriftstellerin und Psychoanalytikerin Julia Kristeva, führte Philippe Sollers seit ihrer Ankunft aus Bulgarien eine Beziehung wie Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre. Als Achtzigjähriger veröffentlichte er seine Liebesbriefe an seine verstorbene belgische Geliebte, die Schriftstellerin Dominique Rolin. In „Légende“ (ebenfalls 2021) bekannte er, dass er für sein Grab eine Skulptur mit dem Titel „Die Rose der Vernunft für das Kreuz der Gegenwart“ herstellen ließ. In seiner allerletzten Kritik der westlichen Zivilisation ist von der Zerstörung der Metaphysik und dem Jüngsten Gericht die Rede. Sie bekam den Titel „Graal“. 86 Jahre lang hat ihn Philippe Sollers im Diesseits gesucht.

## Nos étudiants en quête de sens ?

8 mai 2023



### L'édito de Vincent Tournier

Au début, la question a commencé à se poser de manière discrète. Chacun y allait de ses petites anecdotes. On en riait entre deux cours, à l'occasion d'un café. Et puis on passait rapidement à autre chose parce que, quand même, il ne faut pas passer pour réac.

Mais avec le temps, les anecdotes se sont multipliées. Les rires ont fait place aux interrogations, voire au désarroi. Que se passe-t-il ?

Et puis brusquement, les vaguelettes sont devenues un tsunami. En l'espace de quelques années, un cap a été franchi. Une vague entière de délires et de bêtises s'est abattue sur l'université : les féminicides, l'écriture inclusive, le patriarcat, le racisme systémique, le privilège blanc, le décolonialisme, et on en passe.

Durant les cours, les tensions avec les étudiants sont devenues chroniques. Les débats vivent très vite au pugilat. La situation peut basculer en une fraction de seconde. Au mieux, les étudiants soupirent et roulent des yeux ; au pire le clash est frontal. Telle prof d'histoire explique qu'elle n'ose plus aborder l'esclavage ; tel collègue raconte que les étudiants lui déniaient le droit de choisir les images qu'il propose en illustration. Il en tire une amère conclusion : **je ne peux plus faire mon métier.**

**Et puis il y a les pleurs. Oui les pleurs.** Cela devient chronique, souvent pour trois fois rien. La moindre contrariété suffit. On interroge les collègues pour savoir si on est devenu un monstre et on découvre que tout le monde y est confronté. **Les larmes sont désormais l'issue prévisible de tout débat d'idées, de toute confrontation.**

### Comment en est-on arrivé là ?

La baisse du niveau ne saurait être complètement écartée. Les écrans et les réseaux sociaux sont passés par là, peut-être les drogues aussi. Mais le niveau a bon dos. Nos jeunes sont loin d'être bêtes. Ils sont même terriblement attachants avec leur obsession de l'inclusion et de la bienveillance, même s'ils n'en voient pas les contradictions. Pendant la mobilisation contre la réforme des retraites, ils ont spontanément remplacé les applaudissements par l'agitation des mains, sans réaliser que leur solidarité avec les sourds les conduit à dénigrer les aveugles.

L'explication est donc ailleurs. En réalité, les nouvelles générations sont tiraillées entre deux forces considérables, dont la rencontre est potentiellement destructrice sur le plan psychologique : d'un côté une surprotection familiale, de l'autre une accumulation de terreurs.

La première est la rançon de l'internationalisation. Pour faire face à une compétition accrue, les parents ont multiplié les activités parascolaires et les pressions de toute sorte dans l'espoir d'accroître les chances de leurs rejetons. La hausse de l'immobilier illustre le retour d'une lutte territoriale dont le but est de mettre sa famille à

l'abri, tandis que le recours massif aux écoles privées dans la bourgeoisie urbaine a fini d'achever un enseignement public moribond au détriment des classes moyennes et populaires. La mise en place de Parcoursup, terrible source de stress pour ces jeunes à qui on répète que leur bac ne vaut plus rien, a ajouté la dernière goutte à cet océan de pessimisme.

Parallèlement, les jeunes ont vu se multiplier les événements terrifiants : après les attentats islamiques, ils ont vu revenir les épidémies. La guerre russo-ukrainienne a donné du crédit à l'hypothèse d'une guerre avec la Chine. Et puis il y a bien sûr la crise climatique, cette nouvelle Grande peur millénariste, qui fait dire aux étudiants qu'il faut « sauver la planète » comme si celle-ci était susceptible de disparaître. Cette angoisse millénariste vient se greffer sur un contexte d'insécurité physique. Car les jeunes en font l'expérience au quotidien : les rues ne sont plus sûres. On peut mourir dans le tramway ou à la sortie d'une discothèque pour un regard de travers. Les filles redécouvrent la fragilité et la vulnérabilité dont elles ont cru être débarrassées par leur remarquable ascension dans la société.

Or, non seulement toutes ces peurs sont angoissantes par elles-mêmes, mais leurs effets se trouvent démultipliés par l'absence de solutions. Aucun contre-récit ne fournit une bouée de secours, aucune alternative ne permet de se rassurer, aucune promesse d'avenir radieux ne permet d'avoir une branche à laquelle se raccrocher. Le seul pronostic envisagé par les médias est celui d'une arrivée au pouvoir du Rassemblement national, ce qui correspond au pire des scénarios pour cette génération biberonnée au lait de l'antifascisme.

Si aucun récit collectif ne vient prendre le relais, on voit mal ce qui pourrait changer. Il faut s'attendre à faire encore longtemps pleurer nos étudiantes.

8 mai 2023 (NZZ)

[Woke-Kultur: warum der neue Moralismus gefährlich ist \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Der neue linke Moralismus spaltet die Gesellschaft: warum sich die Woke-Kultur nicht auf Jacques Derrida berufen darf

Was woke bedeutet, wissen oft nicht einmal die, die behaupten, woke zu sein. Der Begriff ist im besten Falle unscharf, im schlechtesten verwirrend. Versuch einer Klärung.

Peter Engelmann

08.05.2023, 05.30 Uhr



Jacques Derrida ist der wohl schwierigste und zugleich einer der einflussreichsten Philosophen der Nachkriegszeit.

Philippe Matsas / Laif

Wenn es um Wokeness geht, bewegen wir uns im Spannungsfeld zwischen den Forderungen einer medial sehr präsenten politischen Linken, den universitären Diskursen der politischen Theorie und der Cancel-Culture in den sozialen Netzwerken. Woke bedeutet da nicht mehr wie ursprünglich Aufmerksamkeit für rassistische Diskriminierung, sondern gilt als Index für richtige Sprache und korrektes Verhalten.

Was woke ist und was nicht, bezeichnet eine scharfe Trennungslinie zwischen Gut und Böse. Zwischen uns und den anderen, die unsere Ansichten und unsere Sprache nicht teilen wollen. Woke spaltet die Gesellschaft. Woke macht die Menschen ungleich und verletzt damit ein Grundprinzip demokratischer Gesellschaft: die gleiche Geltung und die gleichen Rechte aller Bürger, auf deren Basis Interessenkonflikte in institutionellen Verfahren ausgetragen werden.

Auf den Spuren der intellektuellen Dimension der Woke-Kultur landet man bald bei Jacques Derrida und der poststrukturalistischen Philosophie. Ihm wird häufig die geistige Vaterschaft der woken Ideen unterstellt. Derrida ist der wohl schwierigste und zugleich einer der einflussreichsten Philosophen der Nachkriegszeit. Und das Verständnis seiner Philosophie wird heute stark durch seine amerikanischen Interpreten bestimmt. Doch die amerikanische Interpretation, die unter dem Schlagwort «French Theory» bekannt wurde, ist nicht nur problematisch, sondern falsch.

In Amerika wurde Derridas Ansatz, dem es um die Anerkennung von Differenz ging, politisch missbraucht als philosophische Grundlegung einer Ideologie, die die Grenzen zwischen gesellschaftlichen Identitätsgruppen zementiert und die Interessen einiger Gruppen zum neuen Massstab erheben will. Verfechter dieser Ideologie betonen gern und viel die Merkmale und Bedürfnisse ihrer eigenen identitären Gruppe und urteilen pauschal über jene, die sie als politische Gegner auserkoren haben. Nach dem Schema: Wir, die Guten, gegen sie, die Problematischen.

## Wir und die anderen

Vor ihrem historischen Hintergrund lesen sich die französischen Denker jedoch ganz anders. Nämlich als denkerische Bemühung darum, was das Gemeinsame der totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts war. Und als Frage danach, ob und, wenn ja, wie wir totalitäre Ideologien und Gesellschaftssysteme verhindern können. Genau das Gegenteil also von dem, was der heute vorherrschende Woke-Begriff praktiziert.

Das Gemeinsame totalitären Denkens bestand für die französischen Denker in der Herrschaft eines absolut gesetzten Allgemeinen, das über das Einzelne herrscht. Dieses Allgemeine nimmt verschiedene Gestalten an, es kann ein Gott sein, aber auch ein absoluter Herrscher. Die europäische Aufklärung versuchte eine grundsätzliche Umkehr, indem sie die gleichberechtigten Individuen als Ausgangspunkt von Gesellschaftlichkeit verstand und das Individuum nicht nur als Moment eines übergeordneten, aus sich selbst geltenden Allgemeinen gelten liess.

Dieser Perspektivenwechsel bot wirtschaftlich die Voraussetzung für die Befreiung der Produktivkräfte der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Politisch war sie Treiber für die Entwicklung demokratisch organisierter Gesellschaften auf der Basis der Anerkennung gleicher Rechte aller Individuen. Dessen also, was die unabdingbare Grundlage und Gemeinsamkeit demokratischer Gesellschaften bildet.

Ist es also falsch, Gruppen zu definieren? Nein, Verallgemeinern ist eine notwendige kognitive Strategie, um die Komplexität der Welt handhaben zu können. Der Mensch muss Gruppen bilden, um sich in der Gesellschaft zu orientieren. Seit Anbeginn der menschlichen Entwicklung unterscheiden wir zwischen uns und den anderen.

## Gefahr für die Demokratie

Falsch ist es allerdings, solche Verallgemeinerungen für die Realität zu nehmen und das Individuelle, das die Mitglieder einer Gruppe voneinander unterscheidet, unter den Tisch zu kehren, wie es beispielsweise Rassisten tun. Wir können Verallgemeinerung nicht vermeiden, aber wir müssen aufpassen: Oft reduziert sie die Komplexität so, dass sie kontraproduktiv wird. Was genau bedeutet das nun für die Wokeness und die Cancel-Culture?

Solange woke nur meint, Sensibilität für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen zu entwickeln, könnte es als Form der Toleranz verstanden werden. Wer stimmte nicht zu, Rassismus und Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie und alle möglichen denkbaren Formen der Diskriminierung als inakzeptable, mit unserem Menschenbild und unserer Demokratie nicht zu vereinbarende Haltung abzuweisen.

Das Problem der Wokeness liegt nicht in deren Ziel, gegen Diskriminierung vorzugehen, sondern in der ideologischen, von Realitäten abgeschotteten Verabsolutierung dieser Konstruktion. Wokeness wird zur Gefahr für die Demokratie, wenn aufgrund von vereinfachenden Aussagen Gegner identifiziert und diese niedergemacht werden, um damit die eigene Gruppenidentität zu stärken. Leider ist dies der vorherrschende Gebrauch von Wokeness geworden.

Das Konzept der Wokeness wird aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gegen Rassismus hergeleitet und lebt bis heute von deren moralischer Integrität. Aber es hat sich längst von seiner Herkunft gelöst und ist zum ideologischen Kampfbegriff eines linkspopulistischen akademischen Milieus geworden, das in der Gewissheit, im Besitz unumstößlicher Wahrheiten zu sein, an der Umerziehung der Mehrheitsgesellschaft arbeitet.

## Das Letzte, was Derrida gewollt hätte

War die ursprüngliche Wokeness der Bürgerrechtsbewegung eine genuin demokratische Bewegung, weil sie Gleichheit forderte, ist sie heute zum Gegenteil geworden: zu einer aggressiv spaltenden, Andersdenkende denunzierenden Bewegung. Sie bekämpft die Demokratie und ihre Institutionen, sofern sie Widerstand gegen die Forderungen leisten, die sie der Mehrheit überstülpen will. Doch Demokratie bedeutet Toleranz gegenüber Minderheitspositionen, nicht deren Verabsolutierung.

Der Bezug auf Jacques Derrida erweckt den Anschein, das Konzept der Wokeness sei philosophisch solid abgestützt. Doch die ideologische Aufladung des Begriffs ist durch die Positionen der Dekonstruktion und Postmoderne nicht gedeckt. Im Gegenteil, sie steht den Theorien dieser Denker diametral entgegen. Ihnen ging es nicht um die selbstermächtigende Überhebung von Partikularinteressen, sondern um die tolerante Anerkennung von Vielfalt und den Ausgleich von Interessen in den Institutionen und Verfahren der Demokratie.

Die woke, linke Lesart von Derridas Denken der Differenz zielt an deren Intention vorbei. Die Konsequenz seiner Philosophie ist nicht ein zügelloser Individualismus, sondern Toleranz. Die politische Schlussfolgerung aus der Anerkennung von Differenzen besteht nicht darin, Gesellschaftlichkeit zu leugnen. Sondern darin, darauf zu bestehen, dass diese nur über gegenseitige Anerkennung aller Individuen und ihrer jeweiligen Eigenheiten gelingen kann. Es wäre das Letzte, was Derrida gewollt hätte, wenn sein Denken totalitären Tendenzen zur Macht verhelfen würde.

***Peter Engelmann ist Philosoph und Verleger. Er gründete die Wiener Edition Passagen und den Passagen-Verlag.***

8 mai 2023 (NZZ)

[Krieg in der Ukraine: Wie NVA-Offiziere Putins Überfall agitieren \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Wie ehemalige DDR-Offiziere für Putins Krieg in der Ukraine werben

Im einstigen Militär Ostdeutschlands dienten Zehntausende Parteikader. Sie lieben russische Militärparaden und halten den Überfall auf die Ukraine für berechtigt. Ihre Aufrufe und Wortmeldungen sind feinste Moskauer Indoktrination.

Marco Seliger, Berlin 07.05.2023, 05.30 Uhr



Russische Soldaten stehen in einem Panzer während der Siegesparade am 9. Mai 2022 auf dem Roten Platz in Moskau.

Evgenia Novozhenina / Reuters

Am 9. Mai werden voraussichtlich wieder Tausende Soldaten mit Panzern, Haubitzen und Raketenwerfern über den Roten Platz in Moskau marschieren. Dann lässt der russische Präsident Wladimir Putin den Tag des Sieges über den Hitler-Faschismus zelebrieren. Mit ihm feiern auch Tausende ehemalige Offiziere der früheren Nationalen Volksarmee der DDR (NVA), Ex-Militärs in Ostdeutschland, die sich als Friedensfreunde gerieren und doch vor allem eines tun: Sie agitieren für Russlands Krieg in der Ukraine.

Wer wissen will, warum Teile des Ostens Deutschlands auch 33 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer anders ticken, muss sich mit diesen Leuten beschäftigen, mit Putins NVA-Kolonne. Wenn man das tut, stösst man nicht nur auf einen gut organisierten Kreis ehemaliger DDR-Offiziere, sondern auch auf ein Netzwerk aus Juristen, Parteikadern, Stasi-Mitarbeitern und Intellektuellen der untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik.

Die meisten von ihnen sind betagte Menschen, deshalb aber noch lange nicht zu alt, um nicht zu wissen, was sie tun. Unter dem Deckmantel angeblicher Friedensgruppen skandieren sie russische Parolen und betreiben die Propaganda, deren sich [linke wie rechte Extremisten](#) in Deutschland bedienen.

Ein Beispiel hierfür ist der «Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR». Er hat gute Kontakte zum russischen Militär. Mitglied sind zum Beispiel zwei Herren namens Siegfried Eichner und Gerhard Matthes. Der eine ist für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich, der andere war Vorsitzender der Regionalgruppe des Verbands in Strausberg bei Berlin.

Am 9. Mai vor einem Jahr, der russische Überfall auf die Ukraine lief seit gut zweieinhalb Monaten, nahmen beide am [Aufmarsch des Putin-Militärs](#) in Moskau teil. Anschliessend setzten sie sich vor eine Videokamera, um darüber zu berichten. Man kann die [Aufnahme im Internet](#) auf der Seite von Weltnetz.tv finden, einer «Plattform für linken und unabhängigen Videojournalismus».

«Russische Paraden beeindruckten immer»

Eichner, geboren 1954, Oberstleutnant ausser Diensten, dunkelblauer Anzug, weisses Hemd, sagt in dem Video, die Parade habe bei ihm «besondere Eindrücke» hinterlassen. Putin fuhr damals auch Waffen auf, die er ein paar Tage vorher noch in der Ukraine hatte einsetzen lassen. «Russische Paraden beeindruckten immer, und als Militär, der die NVA kennt und die Bundeswehr gesehen hat, weiss man, wie Paraden auszusehen haben», erklärte Eichner. Er wurde nach der Wiedervereinigung nicht in die Bundeswehr übernommen.

Matthes, geboren 1936, Kapitän zur See ausser Diensten, dunkle Krawatte mit Anker-Motiv zu beigem Hemd, sagt mit schwacher, brüchiger Stimme, interessant sei für ihn an diesem Tag das Gespräch bei der Kommunistischen Partei Russlands gewesen, «wo wir uns wunderbarerweise mit den gleichen Ansichten über die Sonderoperation in der Ukraine unterhalten haben». Russen und Ukrainer seien ein «Brudervolk», weshalb Putins Truppen von Beginn an «sehr viel Rücksicht auf die Bevölkerung unternommen» hätten, «um weniger Zerstörungen anzurichten, als nötig sind». Auch Matthes wurde nicht in die Bundeswehr übernommen.

Geschenkt, könnte man über diese Äusserungen sagen, sind halt Ewiggestrige. Man könnte sich aber auch fragen, mit wem dieser Verband ehemaliger DDR-Offiziere heute noch so seine Verbindungen pflegt. Und da landet man schnell bei der russischen Botschaft in Berlin.

Dies ist auf der [Website des Traditionsverbandes](#) zu lesen. Dort berichtet Siegfried Eichner über ein Vereinstreffen zum Jahrestag der NVA am 8. Oktober 2022 in Demen, Mecklenburg-Vorpommern. «Der am Sonnabend erfolgte [Angriff auf die Krim-Brücke](#)», formulierte er, «zwang den ebenfalls eingeladenen Verteidigungsattaché der Botschaft der Russischen Föderation zunächst, umzukehren und nach Berlin zurückzufahren. Dass er dennoch am Nachmittag zu uns nach Demen kam, dürfen wir guten Gewissens als hohe Wertschätzung für unsere Arbeit und für das gute Verhältnis zueinander werten.»

Der russische Militärattaché – Soldat oder Spion?

Dieser Militärattaché heisst Sergei Chukhrow, ein Generalmajor, bei dem man allerdings nicht wissen kann, ob er wirklich Soldat ist oder für einen russischen Geheimdienst spioniert. Vielleicht tut er auch beides. Russland versucht, die Tätigkeiten seiner Dienste in Deutschland zu tarnen, indem es sie als Diplomaten akkreditiert. Vor wenigen Wochen erst hat die Bundesregierung mal wieder mehrere Dutzend dieser angeblichen Diplomaten wegen Spionage des Landes verwiesen.

Der Auftrag von Moskaus Agenten besteht unter anderem darin, die deutsche Unterstützung für die Ukraine zu untergraben. Unter den ehemaligen DDR-Offizieren finden sie dafür offenbar willige Helfer. Die Pamphlete, mit denen der NVA-Traditionsverband seit seiner Gründung 2013 eine Öffentlichkeit sucht, enthalten so gut wie alle Narrative, mit denen der Kreml seit Jahren agiert.

Dazu gehört etwa der Antiamerikanismus, konkret der Vorwurf, die USA zielten in der Ukraine darauf ab, Russland als Konkurrenten auszuschalten und die EU zu schwächen. Dazu gehört aber auch die Bezeichnung der deutschen Medien als «Systempresse», in der «korrumpierte Journalisten» für «unverbesserliche Politiker» die «Kriegstrommeln» rührten. Und dazu gehört die Mär von den zwei «Volksrepubliken» im Donbass, die sich aus der «Unterdrückung» durch die «Nazis in Kiew» befreien wollten.





Soldaten der früheren sowjetischen Streitkräfte und der ehemaligen NVA im Gespräch während des «Sportfestes der Waffenbrüder» an der damaligen Offiziershochschule «Franz Mehring» in Kamenz (heute Sachsen).

Imago

Man muss dazu wissen, dass diese Leute von ihrer Nationalen Volksarmee geprägt wurden, wie Soldaten überall in der Welt von dem System geprägt werden, dem sie dienen. Doch eine Armee des Volkes war die NVA nie. Sie war eine Armee des Zwanges. Jeder junge Mann musste «zur Fahne», wie der Wehrdienst in der DDR genannt wurde. Das Offizierskorps bestand zu nahezu einhundert Prozent aus systemkonformen Parteikadern der Sozialistischen Einheitspartei (SED).

### **Kein anerkannter Status für ehemalige DDR-Offiziere**

**Das Gros von ihnen fand in der Bundeswehr keine neue Beschäftigung. Nur etwa 18 000 von 1990 noch 89 000 NVA-Soldaten wurden insgesamt übernommen, unter ihnen 6000 Offiziere. Gut fünfzehn Jahre später waren es nur noch etwas mehr als 3500 Soldaten aller Dienstgradgruppen.**

Einen staatlich anerkannten Status, wie er für ehemalige Bundeswehrsoldaten existiert, gibt es für die DDR-Offiziere bis heute nicht. In ihren Rentenbescheiden steht: «Gedient in fremden Streitkräften». «Dass diese Leute die DDR und die Sowjetunion verklären, ist doch nachvollziehbar», sagt der Militärgeschichtler Sönke Neitzel.

Neitzel, der als Professor an der Universität Potsdam lehrt, hält die Ausgrenzung der NVA-Offiziere aus westdeutscher Sicht für verständlich, aus gesamtdeutscher Sicht aber für einen Fehler. «Die NVA war der militärische Arm einer Diktatur», sagt er. Aber die Bundesrepublik habe diesen Leuten auch «kein Angebot gemacht, um sie an den neuen Staat zu binden». Nun «geistern sie als freie Radikale herum», erklärten die NVA zur Friedensarmee und mit ihr Putins verbrecherische Truppen in der Ukraine.

Zu diesen Leuten zählt Manfred Grätz, einst Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR. Er wurde 1998 wegen Beihilfe zum Totschlag im Mauerschützenprozess zu 15 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Zu Beginn dieses Jahres hat Grätz mit einem weiteren früheren NVA-General einen Aufruf verfasst unter der Überschrift: «Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens».

Gespräch mit der NZZ kurzfristig abgesagt

Veröffentlicht wurde der Aufruf unter anderem beim russischen Propagandasender RT Deutsch und auf linken Webseiten. Der 88-jährige Grätz schreibt etwas holperig: «Von einer geschichtsvergessenen oder die Geschichte arrogant missachtenden Minderheit, die sich berufen fühlt, unser Land zu regieren, und in

Vasallentreue dem transatlantischen Bündnispartner folgt, herbeigesehnt und -geredet von einer einmalig gleichgeschalteten Medienlandschaft: Panzer gen Osten ist beschlossene Sache.»

Wenn Menschen mit unterschiedlichen Ansichten nicht miteinander reden, entstehen Feindbilder. Eine liberale Demokratie sollte verhindern, dass Verhärtungen, Abkapselungen und Frustrationen auf der jeweiligen Gegenseite wachsen. Doch kann man mit Menschen wie Grätz wirklich reden?



In der Nähe des Kernkraftwerks Tschernobyl haben russische Soldaten Schützengräben ausgehoben und Feuerstellungen errichtet.

Efrem Lukatsky / AP

Die NZZ hätte es gern getan. Für den 11. April war bereits ein Gesprächstermin mit dem NVA-Traditionsverband ausgemacht. Doch kurz vorher sagte der Sprecher des Vereins ab. Die nebulöse Begründung lautete, es habe «da in jüngster Zeit einige Artikel gegeben, die uns an der bisherigen Einschätzung, die NZZ sei eine seriöse Zeitung, zweifeln lassen». Konkreter wurde er nicht, aber es steht zu vermuten, dass diese Artikel mit dem russischen Überfall auf die Ukraine zu tun hatten.

Da bleibt man lieber unter sich. «Mitglieder und Sympathisanten, Genossen und Freunde, erhebt eure Stimme, versteckt euch nicht», so forderte es am Ende seines Pamphlets der Ex-NVA-General Grätz. Und die «Genossen» folgten. Ihre Wortmeldungen sind in einem Sammelband zusammengefasst, herausgegeben im März vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V.

#### Verharmloser der DDR-Geschichte

Das ist ein Dachverband verschiedener Organisationen im Osten Deutschlands. Der Historiker und frühere Direktor der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen Hubertus Knabe etwa bezeichnete ihn in seinem Buch «Die Täter sind unter uns» als «Volksfront gegen die deutsche Einheit». Der Bremer Extremismusforscher Udo Baron sieht in dem Kuratorium eine «Organisation des marxistisch-leninistisch orientierten Linksextremismus».

Bei den in dem Sammelband vereinten Autoren handelt es sich teilweise um ehemalige Angehörige der NVA und der Stasi, Intellektuelle und Juristen der früheren DDR. Viele von ihnen gehören heute Vereinen und Organisationen an, die von ehemaligen Spitzenfunktionären der DDR Anfang der 1990er Jahre gegründet wurden.

Dazu gehören etwa der «Deutsche Friedensrat», die «Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde» (GBM) und die «Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung» (GRH). Marianne BIRTHLER, die frühere Chefin der Stasi-Unterlagenbehörde, wirft etwa der GRH vor, die DDR-Geschichte schönzureden und die Tätigkeit der Stasi zu verharmlosen.

Ein Bericht des Berliner Verfassungsschutzes über diesen Verein spricht von «mangelndem Unrechtsbewusstsein», das sich etwa darin zeige, dass Begriffe wie Stasi-Unrecht, westliche Demokratie und Menschenrechte sowie Stasi-Verbrechen in der Verbandszeitschrift der GRH jeweils in Anführungszeichen gesetzt würden. Eine rechtliche Handhabe für eine Beobachtung bestehe gleichwohl nicht. Es gebe keine Anhaltspunkte, dass diese Gesellschaft die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wolle.

### **Russland ist Teil der ostdeutschen Identität**

Das gilt offenbar auch für den «Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR». Die NZZ hatte beim Bundesamt für Verfassungsschutz und mehreren Landesämtern gefragt, ob sie die ehemaligen DDR-Offiziere auf dem Radar hätten. Das Bundesamt teilte mit, es äussere sich nicht zu Organisationen, die nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt seien. Die Landesämter formulierten ihre Antwort ähnlich.

**Doch während die Menschen in der «alten» Bundesrepublik die Waffenlieferungen an die Ukraine mehrheitlich unterstützen, lehnen die Ostdeutschen sie in grosser Anzahl ab. Warum ist das so?** Anruf bei Sarah Pagung, Politikwissenschaftlerin der gemeinnützigen Körber-Stiftung in Hamburg. Sie stammt aus Mecklenburg-Vorpommern und forscht zu Russland und zu sicherheitspolitischen Themen.

Russland, sagt Pagung, sei Teil der ostdeutschen Identität. Viele Ostdeutsche wollten sich aus dem Krieg in der Ukraine heraushalten, weil er ihrer Auffassung nach kein deutscher sei und auch keiner werden solle. Dass sie sich heraushalten möchten, hänge wiederum damit zusammen, dass die Verbindung und Identifikation mit dem Westen fehle.



Am 7. Oktober 1989 fand anlässlich des 40. Jahrestages der DDR eine Parade der Nationalen Volksarmee statt. Es war ihr letzter Aufmarsch. Einige Wochen später fiel die Berliner Mauer.

Ullstein/Getty

**Dem könnte man entgegenhalten, dass es auch im früheren Westdeutschland viele Menschen gibt, die sich mit «dem Westen» nicht identifizieren. «Doch sie haben», sagt Pagung, «im Gegensatz zu vielen Ostdeutschen nicht die Wende als Zeit der Verluste und Benachteiligungen erlebt.»**

**Ein Grossteil der Menschen im Osten Deutschlands sehe Russland daher als Teil seiner ostdeutschen, von der DDR geprägten Identität. Sie hätten die Erfahrungen der Wendezeit an ihre Kinder und Enkel weitergegeben. «Das Ergebnis ist, dass heute Ostdeutsche verschiedener Generationen Russland verteidigen – und damit auch die eigene Identität.»**

**Ostland wird damit zur Projektionsfläche für die Unzufriedenen in Ostdeutschland.** Dort gibt es zwei Parteien, die diese Unzufriedenheit ganz besonders bedienen. Es sind die Linkspartei und die AfD, zwei politisch gegensätzliche Organisationen. Dennoch finden die von den einstigen NVA-Offizieren verbreiteten Narrative zum Krieg in der Ukraine in beiden Parteien breite Verwendung.

Vor wenigen Wochen zitierte die «Washington Post» russische Geheimunterlagen, wonach der Kreml die rechts- wie die linksextremistischen Splitterparteien in den europäischen Ländern unter «dem Banner des Friedens» vereinigen wolle. So sollen Linkspartei und AfD in Deutschland eine «Anti-Kriegs-Koalition» aufbauen. Ziel sei es, eine Mehrheit bei den Wahlen auf allen Ebenen zu erzielen.

8 mai 2023 (FAZ)

[Einser-Abitur: Was Noten über die Bildung wirklich aussagen \(faz.net\)](#)

INFLATION DER GUTEN NOTEN:

## Brauchen wir noch Schulnoten?

VON NIKE HEINEN

-AKTUALISIERT AM 08.05.2023-05:40

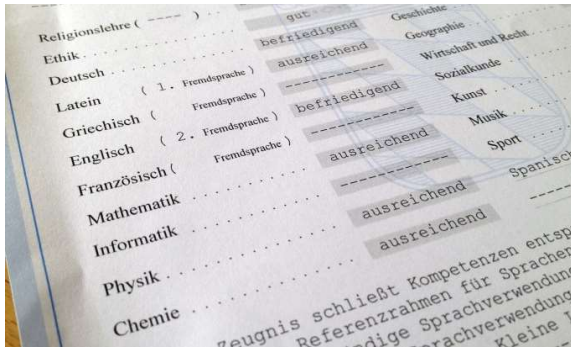


Immer mehr Schüler auf Gymnasien bekommen ein Spitzen-Abi – ohne wirklich besser zu sein. Ist die Zeit der Schulnoten vorbei?

Am Anfang waren es Brötchen. Duftige, knackige Seelenstreichler aus Weizenmehl, verteilt am Halbjahresende an diejenigen Schüler, die im Examen „löblich“ abgeschnitten hatten. Für sie seien, so schrieb es die sächsische Schulordnung von 1580 vor, „Semmeln oder dergleichen“ zu kaufen, damit sie „zu großem Fleiße gereizt werden“. Da wusste man, was man von der ganzen Lernerei hat. Anders geht es wohl vielen der Hunderttausenden jungen Menschen, die gerade sehr fleißig sind und überall im Land ihre **Abiklausuren** hinter sich bringen. Denn auch wenn sich wohl viele über Einserabitur freuen werden, könnte diese Freude schnell schwinden. Denn bald werden diesjährige Abiturienten merken, wie wenig sie damit bei der Studienzulassung anfangen können: Denn da etwa ein Drittel der Abiturienten inzwischen ein „Spitzenabitur“ bekommt, verhängen immer mehr Universitäten Zugangstest für beliebte Fächer. Sie trauen den Schulzeugnissen nicht mehr.

Die Noten in Deutschland haben sich verändert. Sie sind viel zu gut und damit zu unscharf geworden. Der Anteil der Schüler mit einer Eins vor dem Komma steigt seit 2006, als die Abiturnoten der Länder erstmals von der **Kultusministerkonferenz** veröffentlicht wurden, stetig an: Damals lag er noch bei 20 Prozent, ist also seither um 50 Prozent gewachsen. Der Anteil exzellenter Ergebnisse, Abiturnoten von 1,3 und besser, hat sich sogar mehr als verdoppelt, von vier auf zehn Prozent, der früher so seltene Abschluss 1,0 ist dreimal häufiger: drei Prozent der Schüler und Schülerinnen erreichen ihn.

Das alles ist Folge einer Politik, die nicht mehr aussortieren, sondern beteiligen möchte und dafür die Bewertungsmaßstäbe aufgeweicht hat. Ist es Zeit, das Notensystem in der Schule abzuschaffen? Oder haben die Leistungsskalen doch einen Sinn? Müsste man sie wieder strenger machen?



Abiturzeugnisse von heute lassen sich nur schwer mit denen vorhergehender Generationen vergleichen. :Bild: Picture-Alliance

Wenn es um Kinder geht, regieren in der Öffentlichkeit die großen Emotionen. So schreibt die Website [www.inklusion-digital.de](http://www.inklusion-digital.de), schlechte Noten seien für Kinder „sehr verletzend“ und „emotional belastend“. Durch die Enttäuschung könnten sie ihren Entdeckergeist verlieren, da sie sich selbst als „nicht gut genug“ ansehen. Die Bedeutung der Schulnoten für die Psyche des Grundschulkindes werde von den Verantwortlichen zu wenig bedacht. Die Noten in der Mittel- und Oberstufe, kritisieren die Autoren, würden den Lernprozess regelrecht behindern, statt nachhaltig fürs Langzeitgedächtnis werde nur kurzfristig auf eine Prüfung hin gelernt.

Diese Argumente beruhen wohl auf wirtschaftlichem Interesse, auf der Website wird eine App vertrieben, mit der Lehrer individuelle Förderpläne für Schüler erstellen sollen, die keine guten Leistungen im Notensystem erreichen. Aber ähnliche Kritik findet sich derzeit überall im Netz, auf Portalen von Reformpädagogen, bei Lerntherapeuten, in Elternchats.

## Bundesländer testen alternative Bewertungssysteme

Viele wollen Noten sogar ganz abschaffen. Sogar die Politik prüft das: So kündigte Baden-Württembergs Kultusministerin im vergangenen Jahr einen wissenschaftlich begleiteten Schulversuch an, bei dem 39 Grundschulen ohne Noten auskommen sollen – um die Motivation der Schüler nicht zu zerstören und um „bulimisches Lernen“ zu verhindern.

In Hamburg gibt es einen Abschlussbericht zu einem ähnlichen Experiment, von 2014. Fünf Jahre lang hatten Dutzende Schulen, Grundschulen und Oberschulen bis zur Klassenstufe 7 „alternative Rückmeldesysteme“ anstelle der Ziffern 1 bis 6 verwendet, Forscher des städtischen Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung hatten sie dabei beobachtet. Ihr Ergebnis: Ohne Noten lernten die Kinder und Jugendlichen nicht mehr als mit. In den meisten Klassenstufen und Jahren gab kaum einen relevanten Unterschied. Und wenn es ihn gab, lag er mal bei den notenfremen Unterrichtsformaten, mal bei den Notenschulen, ohne klaren Gewinner.

## Kinder brauchen Orientierung, wo sie selbst stehen

Es könnte daran liegen, dass Kinder keine leeren Gefäße sind, in die man Wissen nur auf die richtige Weise hineinfüllen muss. Sie bringen ihren Kopf mit in die Schule, der die Umwelt beständig auslotet und vermisst. Ob nun Noten oder nicht, Kinder merken sehr schnell, ob ihnen das Lernen schwerer fällt als anderen.

Das zeigte eine Untersuchung an bayrischen Modellklassen von 2006 mit zweiten Klassen, die einen mit, die anderen ohne Noten in Rechnen. Die Frage der Forscher: Wie verändert sich das Selbstbild eines Kindes, wenn immer nur die anderen gute Noten bekommen?



Die Zahl guter Abiturnoten hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. :Bild: dpa

Ihre Antwort: Es verändert sich, aber nicht entscheidend. Noten bewirken zwar, dass sich ein starkes Kind noch stärker und ein schwaches Kind noch schwächer fühlt. Ob es sich aber grundsätzlich für einen guten oder schlechten Schüler hält, hängt an anderen Faktoren, dem Leistungsniveau der Klasse etwa: Unter vielen schlecht rechnenden Kindern wird sich ein schlechter Rechner besser vorkommen. Aber am meisten wurde das Selbstkonzept in der Studie von etwas anderem beeinflusst: ob die Kinder objektiv gut oder schlecht rechnen konnten.

## Für den Schulwechsel unverzichtbar

Olaf Köller ist einer der Autoren der bayrischen Notenuntersuchung, heute ist er Direktor am Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik in Kiel. Seiner Meinung nach geht es nicht ohne Noten. „In einem gegliederten Schulsystem sind sie als Übergangsempfehlungen für verschiedene Schulformen unverzichtbar.“



Bundesländer testen inzwischen alternative Bewertungssysteme. :Bild: ZB

Aus den Zeugnisnoten am Ende der Grundschule kann man ziemlich zuverlässig die Schulleistung am Ende der Mittelstufe vorhersagen. „Mit einer mittelhohen Korrelation. Das liegt auch an dem, was die Noten messen“, sagt er. Die Ziffern erfassen nicht nur die kognitive Leistungsfähigkeit eines Kindes, sondern auch das, was man Sekundärtugenden nennen könnte. Ob ein Kind dem Unterricht brav folgt und mitarbeitet oder ob es stört und träumt, wie gewissenhaft es Hausaufgaben erledigt, wie gut es sein Lernen organisieren kann, wie sehr es Erfolg haben will. „Auch dadurch werden Noten zu einem Messwert für den Bildungserfolg, denn diese Tugenden sind manchmal wichtiger als die Intelligenz.“

Das illustriert auch eine Untersuchung aus den Niederlanden und den USA, die 2016 in PNAS erschienen ist. Sie verglich Noten mit Zugangstests für höhere Schulen. Demnach hängt das Ergebnis dieser Tests vor allem vom Intelligenzquotienten ab. Bei Schulnoten dagegen hat die Persönlichkeit den weit größeren Einfluss. Die besten Schüler sind die ehrgeizigsten der Klasse und die geschickten Strategen. In Wirklichkeit, so zeigen es die Daten, schneiden die „Bulimielerner“, für die die Notengegner einen Vorteil

unterstellen, bei Noten nicht besser ab. Vielmehr haben diejenigen einen Vorteil, die geschickt und ökonomisch lernen und nur dort Zeit investieren, wo es gerade nötig ist. Das sind auch die, die später am effektivsten durchs Berufsleben gehen.

## Noten sind kein Problem, sondern eine Hilfestellung

„Noten sind ein sehr komplexes, aber richtig eingesetzt auch sehr hilfreiches pädagogisches Instrument“, sagt Susanne Lin-Klitzing, Professorin für Schulpädagogik an der Philipps-Universität Marburg. „In Klassenarbeiten etwa melden sie zurück, was aus der letzten Unterrichtseinheit verstanden wurde. Das ist wichtig für Kinder und Eltern, vor allem aber auch für die Lehrkräfte: Jeder Test verrät auch, was im Unterricht nicht gelungen ist.“ Würden Lehrer das ernst nehmen, sofort etwas verändern, Angebote zum Nachholen machen, dann würden die Schüler Noten nicht als Stigma erleben. „In einem wertschätzenden Umfeld sind Noten nicht das Problem, sondern eine Hilfe.“

Und gerade weil sie noch viel mehr beurteilten als nur die Denkleistung der Kinder, weil zum Beispiel auch die Beteiligung im Unterricht inzwischen zu mindestens 50 Prozent in die Zeugnisnote einfließe, hätten sie auch bei intellektuell starken Kindern eine wichtige Steuerungsfunktion. „Kinder, die von vornherein viel können, glauben mitunter, sie müssten sich nicht anstrengen. Ihnen kann man dann mit Noten vermitteln, dass man von ihnen mehr erwartet, nämlich dieselbe Anstrengung wie bei ihren Klassenkameraden, denen nicht alles zufällt. Richtig eingesetzt, belohnen Noten die, die sich ehrlich anstrengen, nicht die, denen vieles leicht fällt. Sie können also auch ein Instrument der Gerechtigkeit sein, einen Ausgleich zwischen Begabungen herstellen.“

## Eine „Eins plus“ gibt es, obwohl fünf Prozent der Aufgaben falsch sind

Lin-Klitzing fürchtet allerdings, dass das immer schlechter funktioniert, wenn die Notensysteme weiter aufweichen. Von ihrer Universität ist sie zurzeit freigestellt, weil sie den Vorsitz des Deutschen Philologenverbandes innehat, sie vertritt also die Lehrer der deutschen Abiturschulen. Aus ihrer Sicht sind die Kultusminister für die Eiserschwemme verantwortlich. Als Beispiel nennt sie die Notenschlüssel für die Oberstufe, die 2016 neu definiert wurden. Seitdem bekommen schon Klausuren, in denen nur 85 Prozent der Punkte erreicht wurden, die Note „Eins“. Die vermeintlich tadellose „Eins plus“ ist möglich, wenn fünf Prozent falsch sind.

Zusätzlich ziehen die Gemeinschaftsschulen, die es in den meisten Bundesländern neben klassischen Gymnasien gibt, Noten nach oben. Schüler in den beiden Schulformen müssen trotz formal gleicher Bildungsabschlüsse unterschiedlich anspruchsvoll lernen. Das ist lange belegt, unter anderem hatte es Olaf Köller 1999 in 12. Klassen in Nordrhein-Westfalen untersucht. Als die angehenden Abiturienten beider Schulformen ihre mathematischen Fähigkeiten zeigen sollten, erreichten die Schüler der Gemeinschaftsschule aus dem dortigen Leistungskurs, ähnlich dem heutigen „Profilfach auf erhöhtem Niveau“, kaum das mittlere Grundkursniveau der Gymnasien, also das „einfache Niveau“, von heute. Der Psychologe hat solche Untersuchungen inzwischen im Profilsystem mehrerer Bundesländer wiederholt. „Tatsache bleibt, dass eine gute Note dort oft einen deutlich geringeren Kompetenzstand abbildet als dieselbe Note auf dem Gymnasium“, sagt Köller.





Dieses System von zweierlei Maß trifft nun immer häufiger auf ein Zentralabitur, dieselben Prüfungsaufgaben für alle Schulformen eines Landes. Zu was das führt, ist in Hamburg zu beobachten: Seit der Einführung der stadtweiten Prüfung werden im Deutschabitur keine klassischen Texte mehr behandelt, aus Angst, die altertümliche Sprache könne Schüler der Stadtteilschulen überfordern. Statt die Messlatte für alle hoch zu legen, einigt man sich lieber auf den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Für Gymnasiasten wird es so noch leichter, eine sehr gute Klausur zu schreiben. Der Notenschnitt wird besser. Lin-Klitzing findet es „ärgerlich“. Das Zentralabitur sollte mehr und nicht weniger Vergleichbarkeit herstellen. Jemand, der das umsetzt, ist nicht in Sicht: Ein Lehrervertreter, der damit nicht zitiert werden will, sagt: Würden die Kultusminister strengere Bewertungen umsetzen, brächten die Kinder ihrer Wähler schlechtere Noten nach Hause, und genau diesen Ärger fürchten sie.

Olaf Köller ist optimistischer. Er meint, trotz der Aufweichung seien Abiturnoten weiterhin nützlich, als Vorhersagewert für den weiteren Berufsweg. „Eine gute Abiturnote korreliert immer noch damit, dass jemand wahrscheinlich sein Studium oder seine Ausbildung abschließen wird.“ Es funktioniere wohl auch deswegen, weil die meisten Gymnasiasten auch nach dem Abitur andere Wege einschlagen als Gemeinschaftsschüler oder Fachabiturienten. „Sie streben eher einen Masterstudiengang an, die anderen belassen es beim Bachelor, gehen an die Fachhochschule oder in die duale Ausbildung. Die Schüler können ihre Fähigkeiten einfach oft selbst gut einschätzen.“ Auch ohne Bildungsreformen.

8 mai 2023 (WSJ)

[Ignore the Hysteria on AI and Jobs - WSJ](#)

## Ignore the Hysteria on AI and Jobs

A study found that 60% of employment in 2018 was in roles that didn't exist in 1940.

By [Andy Kessler](#)

May 7, 2023 4:25 pm ET



PHOTO: GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

Will artificial intelligence destroy jobs? As sure as night follows day. Old jobs disappear and new jobs are created all the time. It reminds me of the time I got jobbed. On a “radio tour” promoting a book a decade or so ago, I was up at 4 a.m. California time calling drive-time radio programs on the East Coast, switching every five minutes and then calling in to stations farther west. I remember two things. Every radio personality sounds the same: “Hey, we’ve got a new book author coming atcha, right after these messages . . .” And the ambush.

I called into a big-city public-radio station, a great catch. We discussed my 12 rules for entrepreneurs and investors including lower costs, waste what’s abundant, scale and get horizontal. But the host wanted to discuss only the title, “Eat People.” **OK. I walked through the history of how technology has replaced lower-end jobs—tellers, librarians, travel agents, stock traders—with higher-value, better-paying jobs.**

**I thought it was going well until the host said, “Well, I’m against it.” I asked, “Against what?” “I’m against technology destroying careers and lives. It has to stop. That’s why we have unions.” Ruh-roh, I thought. I calmly explained that you can’t be for or against it—it’s part of progress and happens again and again, from buggy-whip manufacturers to elevator operators. And history shows that more and better-paying jobs are always created as some jobs are destroyed. He didn’t want to hear it and babbled on about the evils of big business and the need for unionization. I was ready to move on to St. Louis and Denver.**

**New and better jobs are always created, yet no one believes it. We no longer have “Mad Men”-era typing pools, stenographers, composers or typesetters.** A 2022 paper studying automation and job categories, led by economist David Autor, states that **“roughly 60% of employment in 2018 is found in job titles that did not exist in 1940.”** A [Goldman Sachs](#) report from March goes further: “85% of employment growth over the last 80 years is explained by the technology-driven creation of new positions.” Bingo.

Job destruction is still happening. Last July, [Southwest Airlines](#) ended expiration dates on flight credits. Generous? Nah. Having real people handling calls is expensive; I bet the airline figured it would be cheaper to have no expiration date so customers would stop calling and use its website instead. **And people fight against job destruction: A few weeks ago, dockworkers reached a tentative deal with West Coast ports on automation technology—a decadeslong battle. The union wants limits on everything from**

computer-controlled cranes to bar codes—anything that threatens jobs. Yes, bar codes. And now this: Striking Hollywood writers are demanding that AI not be used to write “sloppy first drafts.”

Now touch-screen cash registers are turned around at [McDonald](#)’s and lots of other restaurants to face customers. White Castle is using Miso Robotics’s Flippy 2—with computer vision and AI—at its fry stations, replacing workers. Soon robots will be making the chain’s famous greasy sliders.

**Yet with all those jobs destroyed, there aren’t long lines at unemployment offices. U.S. nonfarm payrolls are at a record high at 155.7 million and median real wages are near their pre-pandemic and pre-inflation highs. Real jobs in real economic stats!**

Yet the whining continues: **ChatGPT** has been out in the wild for barely six months and pundits and naive public-radio personalities warn of massive job losses. New tools like DALL-E create images based on text prompts, which apparently threatens artists. AI created a new song “Heart on My Sleeve,” with simulated voices of Drake and The Weeknd. Bye-bye finicky music divas?

Oh, and **that same Goldman Sachs report also claims generative AI “could expose the equivalent of 300mn full-time jobs to automation.”** Last week [Chegg](#), which makes study tools, saw its stock price drop by almost half as it warned about students using ChatGPT. IBM CEO Arvind Krishna thinks 30% of the firm’s non-consumer facing employees will be gone in five years (that should have happened 20 years ago). **Now comes the predictable demand for universal basic income to pay soon-to-be-laid-off workers to sit around and play videogames all day.**

**Slow your roll. New jobs are always created.** Search-engine optimization barely existed two decades ago, and entire industries sprung from it. Imagine the boom in AI-optimization jobs. **Plus, augmentation outruns automation—workers use new tools to enhance existing jobs and create higher-paying ones.**

**Progress will always eat people, which means we need education, training and temporary safety nets to help workers make the transition to better jobs. Are we prepared?** The Journal recently [reported](#) that school districts in Las Vegas and elsewhere are abandoning homework and deadlines in favor of “**equity grading.**” **In a world of continued job disruption, that doesn’t sound like the right solution.**

8 mai 2023 (The Economist)

[Europe is struggling to rebuild its military clout | The Economist](#)

Europe's armies

## Europe is struggling to rebuild its military clout

It is spending more on defence; some countries more urgently than others



May 7th 2023

For decades after the fall of the Berlin Wall Europeans spoke of their peace dividend, a welcome freeing up of money no longer needed for defence and available for more pleasant and productive uses. Since Russia invaded Ukraine in February last year, all that has supposedly changed. Yet in the 14 months since then, the picture across the continent when it comes to actually putting money where mouths are is a patchy one. Overall, European defence spending, according to sipri, a think-tank, went up by an impressive-sounding 13% last year; but around two-thirds of that was eaten up by inflation, and the number also included Russia and Ukraine.

Look first at **Germany**. Its chancellor, Olaf Scholz, promised a "[Zeitenwende](#)", a historic shift, three days after the invasion. **Its central measure was a €100bn (\$110bn) debt-funded special fund for the modernisation of the country's armed forces. But the fund is so far almost untouched. That is partly because the defence minister for most of that time, Christine Lambrecht, was out of her depth. Her successor, Boris Pistorius, who took over in January, has brought a new dynamism to the job. But although €30bn has been earmarked for big-ticket items, such as 35 f-35 fighter jets, most of which will not be delivered until near the end of the decade, very little money has yet found its way into actual contracts.**



The Economist

**Another problem is Germany's unwieldy procurement process.** It took until the end of last year just to prepare contracts for the parliament's budget committee, which must approve any purchase greater than €25m. Finding consensus within the coalition government on how the money should be spent is far from easy.

It should also be a concern that the fund will be used to help Germany's otherwise frozen €50bn defence budget limp towards the nato goal for each member country to spend at least 2% of its gdp on defence—a figure that will not be reached until 2024, ten years after the commitment was originally made by Angela Merkel following the annexation of Crimea. After that, the budget could fall again.

Worse still, as Bastian Giegerich of the International Institute for Strategic Studies, another think-tank, points out, the more the fund is back-end loaded, the less it will buy. The longer the money sits around, the more it is eroded by inflation. Rafael Loss, an analyst at the European Council on Foreign Relations, reckons that if you also include vat, the sum of money left to spend on hardware may be only €50-70bn. Mr Giegerich thinks that up to €20bn of that may have to be spent on bringing Germany's stock of munitions up to the level expected by nato. At present, the Bundeswehr may have only enough for two days of high-intensity warfare.

**Britain** had about eight days' worth according to simulations in a war game held in 2021—better, but not by much; and stocks have since been further depleted by the £2.3bn (\$2.9bn) worth of military support (the most generous in Europe) it has given to Ukraine. But the problems for the armed forces of the country with the second-biggest defence budget in nato (about £50bn a year) run deeper and wider than that. [Decades of cuts](#) to the army have called into question its ability to field even one heavy division (about 30,000 soldiers with tanks, artillery and helicopters) in a conflict involving nato.

At just 76,000 strong and with further cuts in the pipeline, the army is the smallest it has been since the Napoleonic era. The army is also having to manage with [ancient armoured vehicles](#) and will not get new ones for years because of successive procurement disasters that have cost billions. The defence secretary, Ben Wallace, a former army officer, describes his forces as "hollowed out".

The army's lack of claws is a reflection of how the British defence budget has been skewed away from the contingencies of a European land war and towards "out of area" expeditionary operations. Two large aircraft carriers have recently come into service, and they need both escorts and a version of the f-35 to fly from them.

The other big drain on the British budget is the modernisation of the nuclear deterrent. Four new Dreadnought ballistic-missile submarines are being built to replace ageing Vanguards at a cost of at least £31bn. Britain is also expanding its arsenal of Trident missile warheads. It should exceed the nato spending target, but a commitment soon to hit 2.5% has been weakened.

**France, too, invests heavily in its nuclear deterrent, but it is unlikely to start replacing its four Triumphant submarines until well into the 2030s.** In January, President Emmanuel Macron committed to boosting spending over the seven years from 2024 to €413bn, a 40% cash increase from the last budget cycle that began in 2019, which should take it above nato's target.

However, although Mr Macron cited Russia's aggression in Ukraine as the main reason for there being "no more peace dividend" and encouraging French defence firms to go on a "war economy" footing, Mr Giegerich says that Ukraine will not determine the kind of investments that France is likely to make: "It still looks at the threat environment more in terms of the southern flank and the so-called 'arc of instability' than the eastern flank and Russia."

**No spending increases seem likely for Italy under the new right-wing government of Giorgia Meloni.** Despite earlier promises to get to 2% of gdp by 2028, Italy will come in at just below 1.5% for this year according to Francesco Vignarca, a military-budget analyst. It is reasonable to assume that it will just maintain spending at current levels, especially as by far Italy's biggest security concern is irregular migration and turbulence in its near-abroad.

**The contrast with Poland could not be starker. The equally right-wing government of Mateusz Morawiecki is aiming to spend 4% of gdp this year. No country in Europe, not even the three Baltic states of Estonia, Latvia and Lithuania all of whom are pledged to up their military spending to 3% of gdp, has felt more threatened by Mr Putin's aggression.** Despite their membership of nato, ordinary Poles believe that if he prevails in Ukraine, they will be next. Polish analysts also fear that Russia is capable of reconstituting its land forces within just a few years.

So Poland's shopping list is huge: \$10bn for 18 [himars](#) rocket launchers; \$4.6bn for f-35 jets, plus 96 Apache helicopters, 250 Abrams tanks for \$4.9bn, six more Patriot air-defence batteries, and much else. Poland is also planning to double the size of its army to 300,000 within the next 12 years with the aim of being able to field as many as six well-equipped divisions, making it probably the strongest land force in Europe. Quite how Poland will pay for all this muscle is less clear. A recent government bond sale had to be pulled. But Poland is in no doubt about what has to be done to keep its people safe. Other Europeans, the Poles would argue, are only slowly catching up.

**Russia's invasion of Ukraine has given Europe a collective shock. nato has renewed energy and purpose. Across the continent, defence budgets are starting to rise. But the test will be how long the sense of urgency, and the willingness to do something about it, endure.**

8 mai 2023 (Le Figaro)

[Dépenses publiques : la fin sans fin du «quoi qu'il en coûte» \(lefigaro.fr\)](#)

Dépenses publiques : la fin sans fin du «quoi qu'il en coûte»

Par [Julie Ruiz](#)

Publié hier à 09:00 , mis à jour hier à 09:49



Le ministre de l'Économie, Bruno Le Maire, mi-avril. STEFANI REYNOLDS / AFP

## **DÉCRYPTAGE - Tout en promettant de réduire le déficit, le gouvernement continue d'annoncer dépenses sur dépenses.**

On le sait, les bonnes résolutions sont plus faciles à prendre qu'à tenir. Et il semblerait que cette règle s'applique aussi en matière de sérieux budgétaire. **Bercy affirme et réaffirme depuis des mois, que les cordons de la bourse du «quoi qu'il en coûte» sont bel et bien fermés. « La France est à l'euro près», avait même martelé Bruno Le Maire en présentant le budget 2023. Alors que les négociations pour le budget de 2024 se préparent, les annonces donnent plutôt l'impression que le gouvernement n'est pas à un milliard près.**

Jeudi encore, l'exécutif annonçait un plan pour développer la pratique du vélo à 2 milliards d'euros. Au même moment, en déplacement en Charente-Maritime, Emmanuel Macron promettait 1 milliard par an pour la réforme du lycée professionnel. Jeudi toujours, Stanislas Guérini, ministre de la fonction publique, annonçait qu'il souhaitait recevoir les syndicats pour discuter d'augmenter les salaires des fonctionnaires. Dans les prochains jours, le ministre de la transition écologique, Christophe Béchu, présentera quant à lui un *«grand plan de rénovation énergétique des écoles»* et du logement. Si le coût de l'opération pour l'État n'est pas encore connu, la facture risque fort d'être salée. Pour rappel, il y a près de 44.000 écoles publiques. Et la liste pourrait continuer. Armée, justice, santé, énergie, ruralité... Chaque ministère semble avoir son propre *«grand plan»*, assorti de l'enveloppe pour le financer. Évidemment, il existe un moyen de réduire les déficits même lorsqu'on augmente les dépenses : accroître d'autant plus les recettes. Cela peut passer par plus de croissance, mais celle-ci est justement atone (+0,2% prévu au deuxième trimestre). Dans le cas de l'État, les recettes ce sont aussi les impôts, mais les dernières annonces de l'exécutif ne vont pas dans ce sens non plus. Bruno Le Maire l'a rappelé le mois dernier: les baisses d'impôt sont *«l'ADN de la majorité»*.

Vendredi, le ministre des Comptes publics Gabriel Attal, confirmait lui aussi sa volonté de baisser les impôts pour les ménages avant la fin du quinquennat évoquant des *«leviers possibles»* tels que l'impôt sur le revenu ou les cotisations prises sur le salaire brut. Cette mesure -qui se fera *«en fonction de la réduction des déficits»*- s'inscrit selon le ministre au sein d'un *«plan Marshall pour les classes moyennes»*. Pour mémoire, le programme américain d'aide à la reconstruction de l'Europe après la seconde guerre mondiale avait coûté 16,5 milliards de dollars de l'époque (soit 173 milliards de dollars en 2020). Si rien ne porte à croire que le plan Marshall voulu par le ministre du Budget atteindra cette ampleur, il n'en reste pas moins qu'il risque de peser lui aussi sur les comptes de l'État.

# Une arlésienne

Pourtant, les appels au sérieux budgétaire des autorités internationales et nationales se font pressants. Déjà, dans son rapport annuel publié en mars, la Cour des comptes avait épinglé le gouvernement sur sa gestion des deniers publics estimant qu'il mettait en œuvre des mesures insuffisamment ciblées et donc trop coûteuses. «*L'année 2023 aurait dû être marquée par la fin du "quoi qu'il en coûte"*» avait regretté son premier président Pierre Moscovici dans les colonnes du Figaro.

**La fin du «quoi qu'il en coûte» est devenue en trois ans seulement une arlésienne.** À l'origine, cette formule avait été martelée par Emmanuel Macron lors de son allocution du 12 mars 2020 à l'aube du premier confinement. Le chef de l'État s'était ainsi inspiré du fameux «*Whatever it takes*» - une phrase prononcée par Mario Draghi, qui est entrée dans l'histoire économique comme la formule qui a mis fin à la crise des dettes souveraines.

L'expression du président s'était alors traduite par une politique de soutien sans faille aux entreprises pour faire face à la pandémie. Une politique dont la facture avait été estimée par Bercy à 240 milliards d'euros à l'été 2021. Déjà 2021, devait être l'année de la sortie du «quoi qu'il en coûte», selon plusieurs déclarations du ministre des Comptes publics d'alors, Olivier Dussopt, au printemps. Cette volonté avait été résumée en une phrase par Bruno Le Maire lors des universités d'été du Medef la même année : «*Le "quoi qu'il en coûte", c'est fini*».

Depuis, il n'en finit plus de finir. Déjà, pendant la campagne pour la présidentielle de 2022, les coûteuses promesses d'Emmanuel Macron n'allaient pas dans le sens de la vertu budgétaire. **Puis vint la guerre en Ukraine, la crise énergétique, l'inflation... Et, pour faire face, le gouvernement s'est vu dans l'obligation d'ouvrir à nouveau le portefeuille.** Le bouclier tarifaire, pour ne citer qu'un exemple, a coûté près de 24 milliards l'année dernière. **Cette année, la facture s'établirait autour de 30 milliards d'euros**, et elle ne sera pas la dernière, puisque Bercy a annoncé que le bouclier tarifaire sur l'électricité sera maintenu jusqu'en 2025.

Entre deux annonces de plan d'aide ou d'augmentation de budget de ministère, **le gouvernement continue vaille que vaille de promettre qu'il réduira le déficit et la dette d'ici la fin du quinquennat.** Dans le programme de stabilité (PSTAB) 2023 - document envoyé à Bruxelles qui contient les prévisions macroéconomiques du pays -, le gouvernement prévoit une dette à 108% du PIB (contre 111,6% fin 2022) et un déficit public porté sous la barre des 3% (contre 4,7%) en 2027. Un objectif pour le moins volontariste auquel l'exécutif se tiendra, on l'espère, quoi qu'il en coûte.



8 mai 2023 (Le Figaro)

[L'éditorial du Figaro Magazine: «Immigration, l'éternel déni» \(lefigaro.fr\)](#)

L'éditorial du Figaro Magazine:

## «Immigration, l'éternel déni»

Par [Guillaume Roquette](#)

Publié le 05/05/2023 à 06:00

**Les bonnes âmes qui répètent en boucle que Mayotte n'est pas la France réfutent toute comparaison avec la situation en métropole.**

**Mayotte n'est pas la France.** C'est ce que répètent en boucle les bonnes âmes pour minimiser la crise migratoire qui submerge ce département, réfutant toute comparaison avec la situation en métropole. Ils affirment à juste titre que le voisinage avec les Comores, pays à la fois très pauvre et proche à tous égards, est singulier. Mais il n'empêche: c'est aussi parce que Mayotte est française qu'elle se trouve précipitée dans le chaos.

**Notre pays est le plus généreux d'Europe avec les étrangers, même entrés illégalement:** Mayotte n'est pas une exception. **Les avantages sociaux qui attirent les clandestins sur l'île sont comparables à ceux qui font de la métropole la destination privilégiée des migrants d'Afrique.** De la même façon, la naïveté dont fait preuve l'État français avec le gouvernement comorien est à l'image de notre faiblesse avec l'Algérie, la Tunisie ou le Maroc. Nous sommes le premier pourvoyeur d'aide humanitaire aux Comores, et pour quel résultat? Ce pays refuse de reprendre les clandestins que nous voulons expulser, comme le font les gouvernements du Maghreb.

**Et puis, il faut constater que la justice,** à Mayotte comme dans l'Hexagone, est bien la meilleure alliée d'une immigration sans limites. Là-bas, un tribunal a interdit le démantèlement d'un bidonville, première étape de l'opération visant à rétablir la sécurité sur l'archipel. Ici, ce sont aussi des juges qui entravent quotidiennement le contrôle des migrants et leurs expulsions. Tout le monde se souvient du fiasco de l'*Ocean Viking* dont les passagers se sont éparpillés dans la nature après leur débarquement à Toulon, suite aux décisions des juges des libertés et de la détention. Dans tous les départements, à Mayotte comme ailleurs, les mêmes causes produisent les mêmes effets

**Dans tous les départements,** à Mayotte comme ailleurs, les mêmes causes produisent les mêmes effets. À commencer bien sûr par l'insécurité. Après des années de déni, le lien entre immigration non contrôlée et délinquance est enfin admis par les autorités. Et les statistiques du ministère de l'Intérieur sont sans appel: la moitié des actes de délinquance commis à Paris l'année dernière l'étaient par des étrangers. Pour les vols dans les transports, la proportion est supérieure à 80%. Et c'est la même chose dans tout le pays: à Lyon, 61% des personnes mises en cause pour des atteintes aux biens sont étrangères. De Toulouse à Nantes en passant par Bordeaux, l'ensemble des métropoles enregistrent cette surreprésentation.

**Et que fait le gouvernement,** à part organiser des opérations à grand spectacle sans résultats probants? Maintes fois annoncée, la loi supposée réprimer plus durement l'immigration clandestine a été une nouvelle fois renvoyée à plus tard, faute de majorité à l'Assemblée. Il y a pourtant une solution: en appeler directement aux Français; 82% sont favorables à une loi sur l'immigration favorisant les expulsions des délinquants, clandestins ou illégaux. Dans tous les territoires de la République, les citoyens pensent la même chose. Le pouvoir ne pourra pas éternellement les ignorer.

8 mai 2023 (FAZ)

[Klimaneutralität: Degrowth und Entkoppelung vom Wachstum \(faz.net\)](#)

## Muss das Wachstum weg?

VON [PATRICK BERNAU](#)

-AKTUALISIERT AM 05.05.2023-20:04



Klima-Demonstration in Edinburgh. Bild: dpa

Zwei Szenarien zeigen, wie Deutschland klimaneutral werden kann. Eines davon hat gravierende Konsequenzen für den Wohlstand.

**Muss die Wirtschaft aufhören zu wachsen, wenn Deutschland klimaneutral werden möchte? Das glaubt zumindest die „Degrowth“-Bewegung. Freunde des Wirtschaftswachstums sehen das anders: Die Wirtschaft könne auch wachsen, während der CO<sub>2</sub>-Ausstoß zurückgeht, sagen sie. Außerdem sei Wachstum nötig, denn die Menschen würden mit wachsendem Wohlstand eher auf die Umwelt achten.**

In politischen Forderungen unterscheiden sich beide Seiten gar nicht so stark: Sie fordern klimafreundliche Regeln für die Wirtschaft. **Der größte Dissens liegt darin, ob nach aller Klimafreundlichkeit noch Wachstum übrig ist.** Damit man sich besser vorstellen kann, was das bedeuten würde, hat die Bertelsmann Stiftung einige Rechnungen angestellt, die kommende Woche vorgestellt werden. Und die helfen in der Entscheidung tatsächlich weiter.

**Die erste Feststellung: Schon in den vergangenen Jahren konnte Deutschlands Wirtschaft wachsen, während die CO<sub>2</sub>-Emissionen sanken.** Das gilt übrigens nicht nur für die Emissionen, die in Deutschland entstehen, sondern auch, wenn die Emissionen mitgezählt werden, die mit Produkten aus anderen Ländern quasi importiert werden, wie das „Global Carbon Project“ immer wieder ausrechnet.

### Zwei Szenarien für die Klimaneutralität

Linke Skala: Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent je Mio. Euro BIP  
Rechte Skala: Reales BIP Milliarden Euro

- ① Starke Entkopplung von BIP und CO<sub>2</sub> — BIP jährlich +1,25% — THG-Intensität -11,31%
- ② Schwache Entkopplung von BIP und CO<sub>2</sub> ... BIP jährlich -7,23% ... THG-Intensität -2,84%



Grafik: thel., pir. / Quelle: Bertelsmann Stiftung

Bild: F.A.Z.-Grafik pir.

Gleichzeitig sinken die Emissionen nicht schnell genug. **Im Moment verursacht jede Million Euro an Wirtschaftsleistung in Deutschland einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 200 Tonnen. Der Wert schrumpft jedes Jahr um rund drei Prozent. Würde es dabei bleiben, so errechnen die Ökonomen der Bertelsmann Stiftung, dann müsste das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich um mehr als sieben Prozent schrumpfen, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht – mehr als während der Corona-Pandemie oder während der Finanzkrise, und das jedes Jahr und dauerhaft. Im Jahr 2045 hätte sich Deutschlands Wohlstand insgesamt auf rund ein Siebtel reduziert.**

Die Entkopplung müsste vier Mal so schnell gehen

Alternativ könnte Deutschlands Wirtschaft weiter wachsen wie bisher, dann müsste aus jeder Tonne CO<sub>2</sub> künftig sehr viel mehr Wirtschaftskraft herausgeholt werden. **Die Treibhausgas-Intensität müsste viermal so schnell schrumpfen wie bisher. Ist das möglich? Eine „Herkulesaufgabe“** nennt es Studienmitautor Marcus Wortmann.

Inzwischen sind weitreichende Regelungen dafür getroffen, zwei Sektoren klimaneutral zu machen, die bisher noch kaum zur Reduktion der Treibhausgase beigetragen haben: **die Heizungen und der Verkehr.** Für beide hat die Europäische Union einen **Emissionsdeckel** mit Handelssystem beschlossen: Wer Heizungs- oder Autokraftstoff verkauft, braucht dafür ein Zertifikat, und deren Menge wird im Einklang mit den Klimazielen der EU immer weiter zurückgehen bis schließlich nach 2040 gar keine Zertifikate mehr verkauft werden sollen. **Als würde das die Emissionen nicht begrenzen, gibt es zusätzliche Verbote. Das Aus für neue Autos und Heizungen, die Klimagase ausstoßen, ist politisch schon beschlossen.**

**Vieles wird jedenfalls davon abhängen, ob die Umstellung von fossilen Brennstoffen auf Strom dadurch ausgeglichen wird, dass Deutschland mehr grünen Strom produziert.** Damit der Weg zur Klimaneutralität tatsächlich gelingt, fordern die Autoren der Studie, den Emissionsdeckel der EU früher einzuführen und auch auf die Landwirtschaft auszuweiten, den letzten noch nicht betroffenen bedeutenden Sektor.